



*Andrea Fischer Tahir und Christian Pommerening*

## **ZWISCHEN AUFSTAND UND FLUCHT**

**Zur jüngeren Geschichte Irakisch Kurdistans**

**ROSA-LUXEMBURG-VEREIN 1996**

*Andrea Fischer-Tahir/Christian Pommerening*

**Zwischen Aufstand und Flucht**

**Zur jüngeren Geschichte Irakisch Kurdistan**

# TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

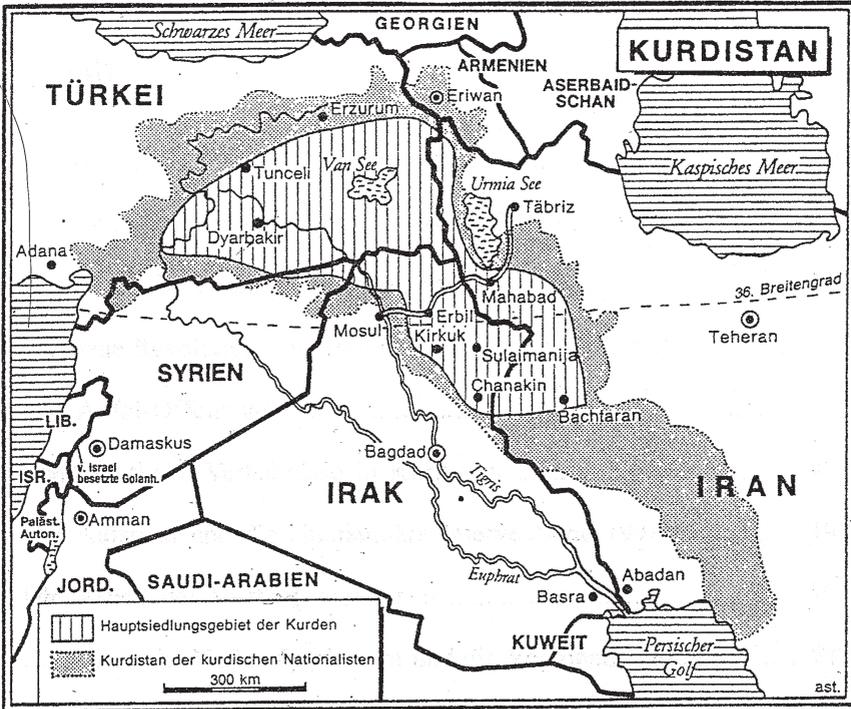
Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins  
herausgegeben von Lutz Höll und Manfred Neuhaus

Heft 22

ISBN 3-929994-81-X

© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e.V. 1996  
Sternwartenstr. 31  
D-04103 Leipzig

Redaktion: Jonas Beyer und Claudia Reichel  
Korrektur: Ursula Albert  
Satz: Jonas Beyer und Claudia Reichel  
Herstellung: GNN Sachsen GmbH  
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz



Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1996, S. 5.



## **Inhalt**

Vorwort.....	7
Kurdistan-Irak: Landes- und völkerkundliche Einführung .....	9
Die kurdische Nationalbewegung im Irak .....	17
Die neue Revolution: Die Befreiungsbewegungen seit 1975 .....	27
Die Anfal-Offensiven .....	35
Landrechtliche Verhältnisse in Kurdistan .....	43
Der Aufstand und die »humanitäre Intervention« 1991 .....	49
Die Arbeit der Hilfsorganisationen .....	55
Das kurdische Nationalparlament und die Regionalregierung .....	63
Neue soziale und politische Bewegungen .....	67
Frauen und Frauenorganisationen .....	75
Bewaffnete Konflikte seit 1991.....	87
Zeittafel .....	95
Glossar .....	97
Auswahlbibliographie .....	100
Zu den Autoren dieses Heftes .....	100
Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins .....	101



## Vorwort

Das mediale Spektakel Golfkrieg endetete, als in vielen Städten Iraks der Volksaufstand begann, der mit Billigung der Alliierten niedergeschlagen wurde. Die Kurden flüchteten ins Rampenlicht, und eine Zeitlang schien es, als sei dieses Flüchtlingsproblem nicht zu bewältigen. Seit ihrer »Reparierung« schien sich die Entwicklung in Kurdistan-Irak zu normalisieren.

Es gibt vergleichsweise wenig Material über den Aufstand, die kurdische Autonomie und die Arbeit der Hilfsorganisationen. Selten kommt der historische regionale und internationale Kontext der jetzigen Situation in publizistischen Veröffentlichungen zum Ausdruck. Dem möchten wir mit einer umfassenden und nicht zu detailreichen Darstellung der Entwicklung Kurdistan-Iraks, insbesondere nach 1991, begegnen. Grundlage dafür sind die Erfahrungen, die wir während mehrerer Monate in Kurdistan-Irak gemacht haben.

Bedanken möchten wir uns insbesondere bei Ralf Bäcker und Ronald Ofteringer vom medico-Büro Berlin; Eberhard Walde für eine Reise durch Kurdistan-Irak, die uns an dieses Thema näher herangeführt hat; bedanken möchten wir uns auch bei Wesira Jalal, Herish Hama Rashid, Fatih Berzinci (Zacho), unserer Kurdisch-Lehrerin Dr. Samia Tschauschli (Leipzig) sowie allen Kurdinnen und Kurden, mit deren Hilfe es uns gelungen ist, viele Informationen vor Ort zusammenzutragen.

Die Transkription kurdischer und arabischer Namen und Begriffe erfolgte in vereinfachter Weise.

Das Honorar für die vorliegende Publikation spenden wir der inzwischen verbotenen Zeitung »Özgür Ülke«.

Andrea Fischer-Tahir  
Christian Pommerening



## **Kurdistan-Irak: Landes- und völkerkundliche Einführung**

Kurdistan ist ursprünglich die Bezeichnung für eine Berglandschaft, die einen Teil der von Kurden bewohnten Gebiete umfaßt. Grundlage der modernen Karten sind Darstellungen kurdischer Nationalisten über das Siedlungsgebiet der Kurden. Im Iran heißt eine der westlichen Provinzen Kordestan. Der irakische Teil Kurdistans umfaßt die gesamte Bergregion im Norden und Nordosten des Irak. Zwischen den zumeist in Nordwest-Südost-Richtung verlaufenden Bergketten mit einer Höhe von 1 000 bis 2 500 m liegen fruchtbare Täler und Ebenen. Große Teile der kurdischen Bergregion waren bis in die jüngste Vergangenheit bewaldet. Die größten Städte im Autonomen Kurdistan sind Suleimaniya und Erbil (Erbil, Hewler) mit jeweils über ½ Million Einwohnern. Bei einem Bevölkerungsanteil von 22–25% leben ca. vier Millionen Kurden im Irak, davon über drei Millionen im Autonomen Kurdistan. Das Gebiet Kurdistan-Iraks umfaßt etwa 74 000 km<sup>2</sup>, wobei auf die Autonome Region 37 062 km<sup>2</sup> entfallen.<sup>1</sup>

Die Briten orteten in Kurdistan umfangreiche Erdöllagerstätten und sicherten sich ihren Einfluß auf dieses Gebiet. Seitdem haben die Bodenschätze für verschiedene Mächte eine geopolitische Bedeutung erlangt, der letztendlich auch eine recht erfolgreiche Befreiungsbewegung wie die kurdische im Irak unterlegen ist. In Kurdistan wird etwa die Hälfte des irakischen Erdöls gefördert. Außerdem gibt es Lagerstätten verschiedener Erze und Gips, die aber nur zum Teil abgebaut werden. Die Quelle des natürlichen Reichtums in Kurdistan-Irak ist das Wasser. In den meisten Gebieten ist der Niederschlag ausreichend für den Anbau von Getreide. Größere Bedeutung hat dennoch die Bewässerung von Reisfeldern und Gärten. Es gibt zwei große Staudämme und Wasserkraftwerke: Derbendikhan und Dokan. Ein dritter Staudamm wurde noch nicht fertiggestellt. (Er sollte nach

---

<sup>1</sup> Siehe Ismet Cherif Vanly: Kurdistan im Irak. In: Kurdistan und die Kurden. Bd. 1. Göttingen 1988. S. 267.

Verschleppung der Barzan-Bevölkerung die Region Barzan überschwemmen. Interessant dürfte sein, daß seit den 80er Jahren fast alle Kartographen den irakischen Planungen vertrauten und den Stausee als bereits existent einzeichneten.)

Auch wenn es sehr kompliziert erscheint, macht sich eine genaue Betrachtung über die Ausdehnung des irakischen Teils von Kurdistan und der Autonomen Region Kurdistan erforderlich. Vom ursprünglichen Siedlungsgebiet der Kurden ausgehend, erstreckt sich Kurdistan über das gesamte Gebirgsland und direkt angrenzende Ebenen im Nordirak, einschließlich der erdötreichen Gebiete um Mossul und Kirkuk. Nach den seit den 70er Jahren andauernden Vertreibungs- und Arabisierungskampagnen des Baath-Regimes bilden Kurden dort nicht mehr die Bevölkerungsmehrheit. Auch ein Großteil der Turkmenen aus Kirkuk wurde vertrieben. Im Nordosten Iraks reicht Kurdistan bis nach Kifri, Kalar und Khanaqin, wo sich ebenfalls wichtige Erdölressourcen befinden. Die bis nach Syrien reichenden Sinjar-Berge, in denen hauptsächlich Yezidi-Kurden leben, könnten auch zu Kurdistan gezählt werden. In den Verhandlungen der Kurdischen Nationalbewegung mit den Bagdader Regierungen ging es immer um die Frage, welche Ausdehnung ein autonomes Kurdistan haben soll. Die Zentralregierung beharrte stets auf der absoluten Kontrolle über die Erdöllagerstätten und Raffinerien. Die kurdischen Politiker argumentierten, daß insbesondere Kirkuk und Khanaqin zu Kurdistan gehören, und beanspruchten für die Kurden einen angemessenen Anteil an den Exporterlösen für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Heimat. Das Bekenntnis »Kirkuk ist das Herz Kurdistans« verdeutlicht die immense Bedeutung einer wirtschaftlichen Grundlage für eine Autonomie. Im Kurdistan-Statut vom 11. März 1970 wurde die Schaffung einer Autonomen Region Kurdistan versprochen.

Am 11. März 1974 beschloß die irakische Regierung gegen den Widerstand der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) das Autonomiegesetz. Die Provinzen Suleimaniya, Erbil und die neu geschaffene Provinz Dohuk bilden seither die Autonome Region Kurdistan. Kifri und Khanaqin gehören ebenso nicht zur Autonomen Region wie Kirkuk. Die Provinz Ninive (Mosul) reicht weit nach Kurdistan hinein. Als Hauptstadt wurde das gegenüber Suleimaniya weniger bedeutende Erbil festgelegt. Für die Autonome Region wurden ein Legislativrat und ein Exekutivrat eingesetzt und später gewählt. Nach dem Volksaufstand 1991 (raperin, intifaza) und dem erzwungenen Rückzug der irakischen Armee etablierte sich eine große von Peshmergas kontrollierte und kurdisch verwaltete Region. Sie umfaßt die

drei zum Autonomiegebiet gehörenden Provinzen (nicht vollständig) und kurdische Gebiete anderer Provinzen. Trotz fortdauernder Provokationen und Truppenkonzentrationen an der Demarkationslinie hat sich diese politische Grenze seit 1991 nur an wenigen Stellen verschoben. Die von den Alliierten durchgesetzte Flugverbotszone zum Schutz der Kurden orientierte sich nicht am status quo. Etwa zwei Fünftel des kurdisch verwalteten Kurdistan befinden sich südlich des 36. Breitengrades.

In der Diskussion des Kurdistan-Konfliktes werden die Kurden oft als homogene Nation dargestellt. Differenzierungen in der kurdischen Gesellschaft werden kaum wahrgenommen. Die Kurden sehen sich mit dem türkischen Kemalismus, dem arabischen Nationalismus und dem Panislamismus konfrontiert. Die Kurden sind keine einheitliche Nation. Sie sind geprägt von der Entwicklung eines sich auf den Staat beziehenden Nationalgefühls in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien. Das kurdische Nationalbewußtsein entwickelte als Reaktion auf die türkischen und arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen des 20. Jahrhunderts, die schnell antikurdische Züge trugen. Es gibt in allen Staaten kurdische Persönlichkeiten, die dem Kurdentum kritisch bzw. feindlich gegenüberstehen und sich nur als Teil einer türkischen, irakischen, iranischen Nation sehen. (Andererseits fanden auch viele Kurden, die lange Zeit dem einnationalen Staat gedient hatten, zur kurdischen Nationalbewegung.) So mag ein Kurde aus dem Irak sich mehr als Iraker fühlen denn als Kurde. Oder ihm ist beides gleichbedeutend. Ihn kann mehr mit einem Araber oder Turkmenen aus dem Irak verbinden als mit einem Kurden aus der Türkei.

Die Kurden in Kurdistan-Irak sind durch die Entwicklung des Irak stark geprägt. Die im vorliegenden Heft beschriebene kurdische Nationalbewegung kämpft unter Bedingungen, die nur für den Irak ihre Gültigkeit haben. Daneben ist die kurdische Gesellschaft in sich stark gegliedert, was sich sowohl im Befreiungskampf als auch in jetzigen politischen Auseinandersetzungen niederschlägt. Dies wird leider selten wahrgenommen.<sup>2</sup>

Zunächst werden in Kurdistan-Irak unterschiedliche Dialekte des Kurdischen gesprochen: im Westen das zum Nord-Kurdischen gehörende Kurmanci und im Osten das zum Süd-Kurdischen gehörige Sorani. Beide Dialekte haben eine große literarische Tradition. Kleinere Unterdialekte bleiben dennoch lebendig. Als Amtssprache für das Autonome Kurdistan wird in der Regel Arabisch verwendet. Als einheitliches Kurdisch in Zeitungen und insbesondere Schulbüchern wurde Sorani festgelegt. Über

---

2 Siehe Martin M. van Bruinessen: Agha, Scheich und Staat. Berlin 1989.

Anpassung und Veränderung des Kurdischen, vor allem in der Schriftsprache, wird nach wie vor heftig diskutiert.

Die Kurden unterscheiden sich auch in ihren religiösen Bekenntnissen. Mehrheitlich sind sie sunnitische Muslime. Schiitisch sind die Faili-Kurden und ein Teil der Kurden im Iran. Darüber hinaus gibt es alevitische Kurden, die überwiegend in Dersim (türkisch Tunceli) leben. Ahl-e Haq (Kaka'i) und Yezidi sind nicht-islamische oder auch pseudo-islamische Gemeinschaften, die in der Regel zu den Kurden gezählt werden. Einige Armenier und Assyrer, die nach den Massakern des 20. Jahrhunderts ihren christlichen Glauben leugneten oder ablegten, wurden als Kurden registriert. Doch auch bezüglich des Islam wäre es falsch, die Kurden schlichtweg als Muslime zu bezeichnen. Vielfach dürfte Islam in heutiger Zeit oberflächlich oder kulturell verstanden sein, was zumindest zwei Gründe haben wird: Zum einen sieht sich die kurdische Bewegung im Irak einem arabischen Nationalismus gegenüber, der mit dem Islam argumentiert; zum anderen hatte die Irakische Kommunistische Partei (IKP) jahrzehntelang beträchtlichen Einfluß unter den Kurden. In der Geschichte Kurdistans spielten islamische Orden eine weitaus größere Rolle als der orthopraxe Islam; die im irakischen Kurdistan wirkenden sind der Naqshbandi-Orden und der Qadiri-Orden.

Als kulturelle Regionen in Kurdistan-Irak treten Bahdinan und Soran am deutlichsten hervor. Bahdinan ist weniger dicht besiedelt und aus der Vergangenheit kurdisch-christlich geprägt. Die heutigen Regionen Bahdinan und Soran beziehen sich auf die bis Mitte des 19. Jahrhunderts bestandenen halbautonomen Fürstentümer. Bahdinan war historisch mehr nach Norden ausgerichtet, Soran dagegen nach Osten. Andere wichtige Fürstentümer wie Baban haben keine Entsprechung als Region mehr. Allgemein gebräuchlich ist die Bezeichnung der Regionen nach den Stammesgebieten.

Im Verlaufe des 18./19. Jahrhunderts siedelten sich allmählich nomadische bzw. halbnomadische kurdische Stämme an. Seit langer Zeit sesshafte Bauern gerieten in große Abhängigkeit. Stammesführer eigneten sich den gemeinschaftlichen Boden an. Dies und die Landreformen, von der osmanischen über die britische zu den irakischen, führten zu sehr unterschiedlichen Besitzverhältnissen und Loyalitätsbeziehungen. Es gibt Gebiete ohne nennenswerten Großgrundbesitz und Gebiete, in denen die bäuerliche Bevölkerung enorm ausgebeutet wird. Als regionale Machthaber treten Aghas

---

3 Männliche Familienangehörige werden als Sheikhs bezeichnet, selbst wenn sie keine Rolle im religiösen Leben des Ordens spielen.

(Stammesführer), Sheikhs (religiöse Führer der islamischen Orden<sup>3</sup>) und Nicht-Kurden auf. All dies hatte und hat Konsequenzen für den Kampf der kurdischen Nationalbewegung. Trotzdem wäre es falsch, die kurdische Gesellschaft vorschnell als Stammesgesellschaft zu bezeichnen. Nicht alle Kurden gehörten einem Stamm an. Unter den Stämmen gab es vielschichtige Abhängigkeits- und Patronatsverhältnisse, die Kurden, arabische und armenische Stämme, die städtische Bevölkerung, Christen und Juden erfaßten. Diese soziale und ökonomische Struktur war wesentlich für die kurdische Gesellschaft. Nach den Christenverfolgungen stellte sich eine starke Dominanz der Kurden in Kurdistan ein.

Innerhalb der Stämme bildete sich eine Elite von oberen Familien heraus, die ihre Stellung durch Heiraten untereinander festigte. Nach der Zerstörung der Stammesstrukturen durch eine moderne Staatsentwicklung, die bereits im Osmanischen Reich begann, wurde sie zu einer hauptsächlich besitzenden Elite. Daraus ergaben sich neue politische Loyalitätsbeziehungen. Die gebildeten Kurden kamen hauptsächlich aus diesen Kreisen, weshalb sie in der Führung der kurdischen Nationalbewegung stark vertreten sind. Britische und irakische Strategie war es gewesen, Stammesstrukturen wiederzubeleben und zu stützen, sofern sie sich gegen nationalistische Rebellionen ausnutzen ließen. Bis in die Gegenwart verdanken alte Eliten so ihre starke Position der staatlichen Protektion. Die kurdische Nationalbewegung unter Führung von Mulla Mustafa Barzani mußte sich ebenso auf Stammesstrukturen stützen. Andernfalls konnten Bauern (insbesondere stammeslose) nur gewonnen werden, wenn sie auch aus Ausbeutungsverhältnissen befreit wurden. Das gelang nicht immer. Die teilweise nationalistischen Aufstände im Osmanischen Reich und im Irak der Mandatszeit<sup>4</sup> waren in der Regel von Sheikhs geführt worden. Nur sie konnten Kraft ihrer Autorität Massen mobilisieren und Stammesrivalitäten aufheben. Auch das Charisma von Mulla Mustafa Barzani, auf den in einem späteren Kapitel näher eingegangen wird, gründet sich auf die Sheikhfamilie, aus der er stammt.<sup>5</sup>

Außer von Kurden ist die Bevölkerung Kurdistans in den letzten Jahrhunderten vor allem von turkstämmigen Einwanderern geprägt. Dies führte jedoch nicht zu einer Turkisierung der Bevölkerung. Ein Teil der Turkoma-

---

4 Das Gebiet des heutigen Irak war von 1534 bis 1918 Bestandteil des Osmanischen Reiches. Großbritannien hatte von 1920 bis 1932 das Völkerbundmandat über den Irak.

5 Siehe Martin M. van Bruinessen: *Agha Scheich und Staat*. Berlin 1989; *Kurdish society, ethnicity, nationalism and refugee problems*. In: *The Kurds*. London, New York 1992.

nen, die in Kurdistan mit Verwaltungsaufgaben betraut waren, wechselte in die Städte. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der kolonialen Aufteilung verließen viele Bewohner die nun zum britischen Irak gehörenden Gebiete in Richtung Anatolien. Die verbliebene turkmenische Bevölkerung lebt hauptsächlich in den Städten. Eine politische Vertretung hat sie unter anderem in der Türkmen Partisi. Sie steht besonders seit 1991 unter starkem Einfluß der Türkei. Ihre Förderung ist ein Bestandteil der türkischen Außenpolitik in Kurdistan-Irak.

Die orientalischen Christen bezeichnen sich selbst als assyrische Nation, obwohl sie verschiedenen Kirchen angehören. Ihr Ursprung liegt in der Alten Apostolischen Kirche des Ostens, die auch als nestorianische Kirche bezeichnet wird. Liturgie- und oft auch noch Alltagssprache ist aramäisch. Seit erfolgreicher Missionierung gibt es eine mit dem Vatikan unierte Kirche (eigentliche assyrische bzw. chaldäische) sowie zu anderen Kirchen gehörende Gemeinschaften. Besonders in Bahdinan finden sich viele christliche Dörfer.

Nicht gegebene Garantien gegenüber den Assyryern verzögerten das Ende der britischen Mandatszeit in Irak. Im Jahr 1932 wurde Irak in den Völkerbund aufgenommen. Das Massaker am 7. August 1933, bei dem die Armee Tausende Assyryer hinmetzelte, wurde als Vergeltung für das Streben nach mehr Souveränität innerhalb des Irak dargestellt. Seit Beginn des Befreiungskampfes der Kurden unter Mulla Mustafa Barzani wurden auch zunehmend Assyryer Opfer staatlicher Repressalien. In den 60er Jahren kämpften bereits Peshmergas der Assyrischen Demokratischen Bewegung (ADM) an der Seite der Kurdischen Demokratischen Partei.<sup>6</sup> Für sie bedeutete der kurdische Befreiungskampf auch eine größere Anerkennung ihrer Nation. Vereinnahmungsversuche durch die Bezeichnung »kurdische Christen« lehnen die Assyryer jedoch strikt ab. Die Assyryer hatten genauso unter der Unterdrückungspolitik zu leiden. Auch ihre Dörfer waren von Umsiedlungs- und Zerstörungsmaßnahmen betroffen. Hunderte von alten Kirchen wurden in den letzten Jahren zerstört.<sup>7</sup>

In Kurdistan leben neben den assyrischen Christen auch Armenier. Nach dem Exodus Anfang des Jahrhunderts blieben nur wenige Überlebende in ihrer Heimat; die Abwanderung in die Städte und die Auswanderung halten bis heute an.

---

6 Die Assyrische Demokratische Bewegung ist im Parlament und der Regierung des Autonomen Kurdistan vertreten.

7 Siehe Abdulmesin Brahim: Assyryer im Irak. Dokumentation. Augsburg 1992. S. 6ff.

Eine besondere Gruppe in Kurdistan sind die Yezidi. Sie werden allgemein zu den Kurden gerechnet, sind aber genau wie die orientalischen Christen eine religiöse und weniger eine ethnische Gruppe. Ihre Religion ist eine Mischung aus altorientalischen, muslimischen, christlichen und anderen religiösen Traditionen. Ihnen galt das besondere Interesse der europäischen Reisenden und Wissenschaftler, da ihre Religion als etwas Teuflisches und Geheimnisvolles angesehen wurde. Deshalb erlitten sie in der Vergangenheit zahlreiche Verfolgungen. Das Interesse der Kurden an dieser Bevölkerungsgruppe erstarkt jedoch derzeit, da sich die Yezidi auf zoroastrische Wurzeln berufen und Intellektuelle deren Religion als alt-kurdische interpretieren. Die Yezidi haben ihre in vielen Veröffentlichungen beschriebenen Eigenarten und Sitten im Laufe der modernen Entwicklung allerdings verloren.

Eine wichtige Bedeutung für Kurdistan hatten die kurdischen Juden. Sie stellten neben den Christen eine besondere Bevölkerungsschicht in den Städten und in den Dörfern dar. Nach 1967 wanderten fast alle Juden nach Israel aus. Dort bilden die kurdischen Juden nach wie vor eine eigene Gruppe. Sie pflegen ihre Kultur und gebrauchen auch noch die kurdische Sprache.<sup>8</sup>

Zu den schiitischen Kurden zählen neben einigen Stämmen im Iran die Failli-Kurden. Sie leben hauptsächlich in Bagdad und bilden dort eine eigene soziale Schicht. Der Großteil von ihnen arbeitet als Händler. Das Baath-Regime führte mehrere Aussiedlungskampagnen durch, da es sie als nicht staatsreu ansah. Pässe von Failli-Kurden wurden nicht verlängert. Sie verloren ihre irakische Staatsangehörigkeit. Als Ausländer behandelt und ihrer sämtlichen Habe beraubt, wurden sie über Nacht auf Lastwagen verladen und in den Iran ausgewiesen. Dies betraf 1971 ca. 40 000 und 1982 etwa 60 000 Menschen; diese Verfolgungsmaßnahmen dauern an.<sup>9</sup>

---

8 Siehe Birgit Ammann: Kurden in Israel. In: Kurden im Exil. Bd. 1. Berlin 1991.

9 Siehe Ismet Cherif Vanly: Kurdistan und die Kurden. Bd. 2. Göttingen 1986. S. 157ff.



## Die kurdische Nationalbewegung im Irak

Dieses Kapitel beschäftigt sich hauptsächlich mit dem größten Führer der kurdischen Nationalbewegung Mulla Mustafa Barzani. Er wurde 1903 in der Familie der Sheikhs von Barzan geboren. (Mulla bezeichnet hier einen zum Vornamen gehörenden »Beruf« als Mitglied einer Sheikh-Familie.) Als Barzanis – in der Bedeutung eines Stammes – haben sich im 19. Jahrhundert die Bewohner des Barzan-Tales etabliert, nachdem die Sheikhs viele Anhänger gewinnen konnten, von denen sich viele dort ansiedelten. Sheikh Abdussallam, Bruder von Mulla Mustafa, lehnte sich gegen die osmanischen Kriegssteuern und die Rekrutierung für die Hamidiye-Regimenter (aus kurdischen Stämmen rekrutierte osmanische Söldner) auf. Nach der Revolte wurde er wegen angeblicher Zusammenarbeit mit Rußland hingerichtet. Sein als Sheikh nachfolgender Bruder Ahmed lebte nicht zuletzt aufgrund religiöser Exzentrizität in ständiger Feindschaft der benachbarten Stämme und der britischen Mandatsmacht. Um Barzan herrschte eine Atmosphäre der permanenten Rebellion, tatkräftig geführt von Mulla Mustafa. An den Kämpfen gegen die britische Mandatsmacht unter Führung von Sheikh Mahmud 1919 und 1924 beteiligten sich die Barzanis jedoch nicht.<sup>10</sup> Ein Aufstand 1931/1932 in Barzan hatte eher lokale Rivalitäten zur Ursache. Danach flüchtete die Familie in die Türkei, wurde ausgeliefert und mußte bis 1943 in der Verbannung leben. Mulla Mustafa entkam (Sheikh Ahmed konnte erst 1958 nach Barzan zurückkehren) und entfachte mit Hilfe von desertierten Offizieren und mit Unterstützung städtischer patriotischer Kreise einen erneuten Aufstand in Barzan. Die kompromißlose Bombardierung der Dörfer durch die Royal Air Force (mit dem später als Bomber-Harris bekanntgewordenen Piloten) zwang die Aufständischen mit ihren Familien zur erneuten Flucht, diesmal nach Kurdistan-Iran. Dort waren die Ideen der kurdischen Selbstbestimmung soweit fortgeschritten, daß aus einem politischen Zirkel und vielen Persönlichkeiten die Kurdische Demokratische Partei als eine nationale Front

---

10 Sheikh Mahmud Berzinci hat sich als Gouverneur des Vilayat Mossul in Suleimaniya zum »Herrscher von Kurdistan« ausgerufen und 1924 eine eigene Regierung ernannt. Die britische Royal Air Force beendete den Aufstand.

fungierte. Mulla Mustafa stellte sich mit 1 000 Peshmergas der gerade erst entstehenden Republik von Mahabad zur Verfügung. Er wurde Verteidigungsminister und einer ihrer Generäle. Der Republik waren nur wenige Monate beschieden. Von sowjetischen Gnaden gegründet, konnte sie sich nicht auf eine Unterstützung durch die Rote Armee verlassen. Die Sowjetunion hatte mit den westlichen Alliierten den vollständigen Rückzug aus Iran und mit dem Iran des jungen Shah ein Abkommen über die Beteiligung an künftigen Erdöleinkünften vereinbart. Dem Vormarsch iranischer Truppen waren die Peshmergas von Mahabad nicht gewachsen. Die Republik wurde niedergeschlagen, ihre Führer hingerichtet. Dem gleichen Verrat erlag die iranische Republik Azerbaidzhan. Mulla Mustafa beugte sich dem Beschluß über einen Rückzug und zog noch vor dem Eintreffen der Armee ab. Doch der Rückzug in den Irak wurde massiv verhindert. Von der iranischen, irakischen und türkischen Armee verfolgt, erreichten 500 Männer in einem mehrwöchigen Marsch die Sowjetunion. Ihnen wurde Asyl gewährt, aber sie genossen in keiner Weise das Leben geachteter Exilanten. In Kurdistan, nicht nur im irakischen Teil, hatte es Mulla Mustafa durch seine militärischen Führungsqualitäten und Durchsetzungskraft zu Berühmtheit und hohem Ansehen gebracht.<sup>11</sup> Bei der Gründung der Kurdischen Demokratischen Partei-Irak (KDP) im Jahre 1946 hatten seine Vorschläge über den Charakter der Partei Berücksichtigung gefunden, und er wurde in Abwesenheit zum Präsidenten gewählt. Im Exil hatte er aber erst 1957 Gelegenheit, von der sowjetischen Führung gebilligt, die Parteiarbeit zu leiten. Mit dem Sturz der Monarchie durch den Putsch der Offiziere um Qasim – Qasim führte 1945 als Offizier kurdische Stämme gegen die Barzanis – ergab sich die Möglichkeit für eine Rückkehr.

Die KDP wurde damals hauptsächlich von Intellektuellen und patriotischen Armeeingehörigen getragen. Mulla Mustafa schuf Bündnisse zwischen Stämmen, die bisher gegen die Barzanis gekämpft bzw. sich neutral verhalten hatten. So mobilisierte er Bauern für nationale und soziale Ziele. Erstmals erreichte das Engagement für die kurdischen Ziele das gesamte irakische Kurdistan. Mulla Mustafa stand zwar an der Spitze der Partei, aber er brauchte sie nicht. Wichtiger war ihm die militärische Verteidi-

---

11 Die in der Türkei fast völlig zerschlagene Nationalbewegung lehnte sich in den 60er und 70er Jahren an die Barzani-Bewegung an. Die KDP-Türkei konnte jedoch auf keine großen Erfolge verweisen. Der staatliche Terror in der Türkei führte zu radikaleren Formen des Kampfes.

gungskraft der Nationalbewegung. Die deshalb notwendige Integration von Stammesautoritäten stieß auf Widerspruch in der Partei. Heftiger Streit entstand in bezug auf die Zusammenarbeit mit Qasim und den Kommunisten. Das Ende der Monarchie ermöglichte eine demokratische Entwicklung des Irak und politische Rechte für die Kurden. Gleichsam bedeutete es das Aufstreben eines arabischen Nationalismus mit bald anti-kurdischen Zügen.

Neben der KDP hatte die 1934 gegründete Irakische Kommunistische Partei Irak (IKP) großen Einfluß unter den Kurden. Sie war eine Sammlung linker, patriotischer Kräfte, die für eine längst fällige soziale Revolution und die konsequente irakische Unabhängigkeit kämpfte. Viele Mitglieder und Kader der Partei waren selbst Kurden. Das Verhältnis beider Parteien war oft schwierig. Anfang der 50er Jahre erkannte die IKP erstmalig die zentrale Bedeutung der Kurdistanfrage als nationales Problem an. Sie betrachtete ihre Kurdistan-Sektion als einzige Avantgarde im kurdischen Befreiungskampf und kritisierte den kurdischen Nationalismus (Kurdâyeti) der KDP als »bürgerlich«. Die KDP wiederum bezeichnete die Kurdistan-Sektion als »abweichende Neuerung« der Organisation, die mit der Tradition einer leninistischen Partei nichts zu tun hätte.<sup>12</sup> Die Kommunistische Partei betrieb eine Politik der Zusammenarbeit mit arabischen Kräften, von denen sie eine erfolgreiche Demokratisierung des Irak erwartete. Dabei versuchte sie oft, zwischen der KDP und den jeweiligen Machthabern im Irak zu vermitteln. Trotz Nichtzulassung 1959 stand sie an der Seite Qasims und wandte sich anfänglich gegen den bewaffneten Kampf der kurdischen Nationalbewegung. 1962 erkannte sie jedoch, daß eine kurdische Autonomie die einzige Chance für eine Demokratisierung des gesamten Irak bieten könnte.

Nach der Juli-Revolution 1958 konnte die Kurdische Demokratische Partei legal und mit großem Erfolg in der Öffentlichkeit arbeiten. Ihr Ziel war ein autonomes Kurdistan innerhalb eines demokratischen Irak. Arabische Nationalisten und Konservative schürten jedoch geschickt Zwistigkeiten zwischen der kurdischen Nationalbewegung und dem zunehmend diktatorischen System. Die IKP wurde 1959 nicht als legale Partei zugelassen, und das Verbot der KDP folgte im Jahr darauf. Lange hatte die KDP geglaubt, daß Qasim angesichts der äußeren Bedrohung und inneren Reaktion auf die Kurden nicht verzichten könne. Mit der Bombardierung

---

12 Siehe Ferhad Ibrahim: Die kurdische Nationalbewegung im Irak. Berlin 1983. S. 420ff.

kurdischer Dörfer, besonders in Barzan, im September 1961 wurde der Krieg in Kurdistan wieder aufgenommen. Nun willigte auch die Parteiführung in den seit Monaten von Mulla Mustafa vorbereiteten Kampf ein. Gegen die koordiniert agierenden Peshmerga-Einheiten errang die irakische Armee nur verlustreiche Teilerfolge. Häufig dienten diese nur noch der Verteidigung der Städte und der Versorgung eingeschlossener Einheiten. Große Gebiete außerhalb der Städte waren unter ständiger Kontrolle der Peshmergas. Nachts mußte sich die Armee vollständig in ihre Stützpunkte zurückziehen. In den befreiten Gebieten, die über Jahre gehalten wurden, etablierte sich eine kurdische Verwaltung. Sie entschied über Steuern, Rechtsfälle und sogar Landrechtsfragen. Etliche Bauern verdanken ihr Land dieser Landreform. Eine wirtschaftliche Grundlage hatte diese quasi Autonomie im Grenzhandel. Um die Verwaltung in eine zivile umzuwandeln, bereitete ein Volkskongreß im Juli 1964 Wahlen vor. Diese fanden zu den Parteigremien, den Peshmerga-Strukturen und zur Vertretung der Städte und Stämme (kurd.: Ancuman-i Sekirdayet-i Shorish, deutsch: Kommandorat der Revolution) statt. Aus letzterem bildete sich ein Exekutivausschuß.<sup>13</sup>

Die durch den Putsch 1963 an die Macht gekommene Baath-Partei kaufte sofort Waffen in Großbritannien. Syrische Truppen kamen den irakischen zu Hilfe, ohne daß damit wesentliche Erfolge gegen die Peshmergas zu erringen waren. Iranische und türkische Beobachter waren an der Front präsent. In den folgenden Jahren kam der Krieg in Kurdistan nie endgültig zum Erliegen.<sup>14</sup> Als die Brutalität der irakischen Kriegsführung immer mehr zunahm, setzten sich die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten für die Kurden ein. In der Region trafen Hilfslieferungen aus verschiedenen Ländern ein. Die Mongolei setzte 1963 die »Genozidpolitik der irakischen Republik gegenüber dem Kurdenvolk« auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung. Auf Vermittlung der Sowjetunion unterstützten palästinensische Organisationen die Ausbildung von KDP-Peshmergas. Diese Politik machte die Sache der Kurden international bekannt.<sup>15</sup>

Im Jahre 1964 bot die irakische Regierung unter Abd as-Salam Arif der KDP Verhandlungen an. Im Alleingang handelte Mulla Mustafa mit

---

13 Siehe E. Haraldsson: Land im Aufruhr. Hamburg 1966.

14 Siehe Ismet Cherif Vanly: Kurdistan und die Kurden. 2 Bde. Göttingen 1986, 1988. Vanly schloß sich der kurdischen Nationalbewegung im Irak in den 60er Jahren an und wurde von Mulla Mustafa mit diplomatischen Missionen im Ausland betraut.

15 Siehe Fadil Rasoul: Großmachtspolitik und Befreiungskampf. Wien 1988. S. 150ff.

der irakischen Regierung einen Friedensplan aus. Daraufhin führten Politbüro und Zentralkomitee unter Leitung von Ibrahim Ahmed eine Parteikonferenz durch, auf der sie den Friedensplan ablehnten und Mulla Mustafa als »Verräter« verurteilten. Dieser entschied die Situation jedoch für sich, indem er die Parteibüros von seinen Anhängern besetzen ließ und auf dem VI. Parteitag im Juli 1964 vierzehn Führungskader ausschloß. Unter den ausgeschlossenen »Verrätern« waren Jalal Talabani, Ibrahim Ahmed, Ali Abdullah und Nuri Shaweis.<sup>16</sup>

Mulla Mustafa war sich sicher, daß die kurdische Nationalbewegung auf internationale Unterstützung angewiesen ist. Doch ihre Waffen waren zum größten Teil erbeutet, und schwere Waffen besaß sie nicht. Flugabwehrkanonen gab es nur vereinzelt. Der Iran bot sich stets als Rückzugsgebiet an, und der Shah machte deutlich, daß ihm eine Destabilisierung des Irak sehr gelegen war. So wie der Irak die iranische Opposition aktiv unterstützte, entwickelte sich zwischen der KDP und dem Iran eine Kooperation, die bald zu großer Abhängigkeit führen sollte. (Die Zusammenarbeit schloß das gemeinsame Vorgehen gegen die KDP-Iran ein. Seitdem ist das Verhältnis beider Parteien von tiefer Feindschaft geprägt. Peshmergas der KDP-Iran sind in Kurdistan-Irak heute geduldet, werden aber wegen drohender direkter Intervention des Irans nicht unterstützt.) Zu den an der kurdischen Nationalbewegung Interessierten gehörte auch Israel. Die Unterstützung umfaßte die Ausbildung einiger Kurden in Guerillataktik, die Lieferung eines Feldhospitals und Militärberater. Israel war aus existenziellen Gründen an einer Schwächung und Bindung des irakischen Militärpotentials interessiert. Das zeigte sich 1967, als die Unterstützung mit Geld und speziellen Waffen massiv zunahm.<sup>17</sup>

Am 17. Juni 1968 putschte sich die Baath-Partei erneut an die Macht. Neben dem Terror, den sie ihre politischen Gegner spüren ließ, suchte sie diesmal jedoch nach starken Bündnispartnern im Ausland und im Inland. Der Kurdischen Demokratischen Partei bot sie Autonomieverhandlungen und der Kommunistischen Partei eine gemeinsame Volksfront an. Am 11. März 1970 veröffentlichte der Kommandorat der Revolution (KRR) der Baath-Partei eine 15 Punkte umfassende Erklärung zur Autonomie Kurdistans. Was als »Märzabkommen« bekannt ist, war eine einseitige Absichtserklärung der Baath. Die Erklärung sicherte Autonomie für die

---

16 Siehe Issam A. Sharif: Die irakischen Kurden. Wien 1991. S. 89ff.

17 Siehe Michael M. Gunther: Foreign influences on the Kurdish insurgency in Iraq. In: Orient (1993)34/1. S. 105–119.

mehrheitlich von Kurden besiedelten Gebieten zu. Diese Mehrheiten waren jedoch durch Volkszählung erst noch zu ermitteln. Kurdisch sollte in den danach festgelegten Regionen gleichberechtigte Sprache neben dem Arabischen werden; Kurden sollten Zugang haben zu den Ministerien, hohen Militärposten usw. Das Schul- und Hochschulwesen sollte gefördert werden, Staatsbeamte in Kurdistan sollten Kurden sein oder Kurdisch sprechen können. Das Recht zur Gründung eigener Organisationen, Gewerkschaften und Vereine wurde unter der Bedingung zugebilligt, daß sie Bestandteil der baathistischen Massenorganisationen sind. Ein Wirtschaftsplan sollte die Kriegsschäden beseitigen und die industrielle Infrastruktur entwickeln helfen. Zwangsumgesiedelte könnten wieder nach Hause zurückkehren. Eine Agrarreform zugunsten der Kleinbauern und gegen die Macht der Großgrundbesitzer sollte durchgeführt werden. Die Peshmergas müßten die Waffen abgeben.<sup>18</sup>

Am 16. Juli 1970 wurde eine weitere provisorische Verfassung verabschiedet, die die Märzklärung nicht berücksichtigte. Der Irak blieb ausschließlich Bestandteil der arabischen Umma. Dennoch wurde Art. 5 der Verfassung geändert und die kurdische Bevölkerung neben der arabischen zur Hauptnation im Irak erklärt. In den Jahren 1970 bis 1974 versuchte die Baath durch Umsiedlungsoperationen neue demographische Tatsachen zu schaffen. Aus den erdötreichen Gebieten Khanaqin und Kirkuk wurden 1971/1972 über 60 000 Kurden, davon ca. 40 000 schiitische Failie-Kurden, in den Iran getrieben, für den sie angeblich als Agenten arbeiten.<sup>19</sup>

Während die Baath ihre Parteistrukturen im Norden des Landes ausbaute, bildete sie gemeinsam mit der Kommunistischen Partei 1973 die Progressive Nationale Front (PNF). Die IKP hatte kaum eine Alternative, angesichts des Drucks seitens der sowjetischen Regierung, die selbst 1972 mit dem Irak einen Friedens- und Kooperationsvertrag unterzeichnet hatte und über innenpolitische Maßnahmen wie die Nationalisierung der Iraq Petrol Company oder außenpolitische wie die diplomatische Anerkennung der DDR glaubte, einen wichtigen Bündnispartner im Nahen Osten gefunden zu haben. Der Schritt zur PNF führte nicht nur innerhalb der IKP zu heftigen Spannungen, sondern auch zu einem Bruch mit der KDP. Beide Parteien gerieten nun auch militärisch aneinander. Da sich die Baath-Partei nicht

---

18 Zum Märzabkommen siehe Fadel Khalil: Kurden heute. Wien, Zürich 1985. – Ferhad Ibrahim: Die kurdische Nationalbewegung im Irak. Berlin 1983. – Ismet Cherif Vanly: Kurdistan im Irak. In: Kurdistan und die Kurden. Bd. 1. Göttingen 1988.

19 Siehe Ismet Cherif Vanly: Kurdistan im Irak. S. 157.

nur als »sozialistisch« bezeichnete, sondern auch hinsichtlich der Landfrage, der Nationalisierung der Industrie, der Frauenfrage usw. eine Richtung einschlug, die dem Programm der IKP näher stand als die Bewegung Mulla Mustafas, entschied sich die Partei für die PNF.

Angesichts der irakischen Deportationspolitik und der ablehnenden Haltung der Baath in bezug auf die Kirkuk-Frage, aber auch angesichts zweier Attentate auf Mulla Mustafa im Sommer und Herbst 1971 sowie der Tatsache, daß die Regierung nicht bereit war, ausreichende Mittel für den wirtschaftlichen Aufbau der kurdischen Gebiete bereitzustellen, wuchs in der Führung der KDP immer mehr der Entschluß, ihren Forderungen militärisch Nachdruck zu verleihen. Hinzu kam, daß Bagdad Mulla Mustafa als Verhandlungspartner immer mehr ignorierte und sich an die Talabani-Ahmad-Gruppe sowie einzelne einflußreiche Kollaborateure hielt. Angesichts der sowjetischen Unterstützung für Bagdad, sahen sich der iranische Shah und die USA gezwungen, für die Kurden Partei zu ergreifen. Auf Vermittlung von Henry Kissinger wurden sowjetische Waffen an die KDP geliefert. Außerdem erfolgten politische Zusagen. Mulla Mustafa sah im Herbst 1973 den geeigneten Zeitpunkt, um militärisch loszuschlagen, denn die irakische Regierung war gerade mit dem Oktober-Krieg und seinen Folgen beschäftigt. Aus Washington erfolgte aber eine Absage, und der Schlag blieb aus.<sup>20</sup> Als sich im Frühling 1974 der 4. Jahrestag der Märzerklärung näherte, stellte der irakische Vizepräsident Saddam Husain ein 14-tägiges Ultimatum und verlangte, daß die KDP der PNF beitrete und das Autonomieabkommen unterzeichnet. Mulla Mustafa lehnte ab. Die 1970 in die irakische Regierung aufgenommenen fünf kurdischen Minister kehrten nach Kurdistan zurück. Am 5. Oktober 1974 wurde entsprechend einem Gesetz des Kommandorates der Revolution vom 12. März 1974 ein Legislativrat aus 80 Mitgliedern gebildet, der drei Jahre amtierend sollte. Im Januar 1975 ernannte der KRR die 12 Mitglieder des kurdischen Exekutivrates, dem das ehemalige KDP-Mitglied Hashem Hassan Akrawi vorsah. Nach Art. 14/15 der irakischen Verfassung unterstand die Bezirksverwaltung dem Exekutivrat und dessen übergeordneter Instanz, dem KRR.

Die USA lieferten leichte und schwere Waffen nach Kurdistan. Die mobilen Peshmerga-Einheiten wandelten sich zu einer kleinen Armee. Sie verloren dabei allerdings an Flexibilität und blieben von Nachschub abhängig. Fast alle Lebensmittel und Medikamenten kamen über den Iran.

---

20 Siehe Günther Deschner: *Saladins Söhne*. München 1980. S. 270ff.

So konnte der Irak eine Zeit destabilisiert werden, ohne daß die Kurden gewonnen hatten. Der Zusammenbruch des Widerstandes war besiegelt, als am Rande der OPEC-Tagung in Algier 1975 – auf Initiative und Vermittlung des algerischen Staatschefs Boumedienne – Irak und Iran ein Abkommen unterzeichneten, in dem beide sich verpflichteten, die Unterstützung oppositioneller Gruppen des Nachbarlandes einzustellen. Abrupt endete die Unterstützung. Der amerikanische Außenminister Kissinger reagierte nicht auf die Hilferufe. Gegen den Willen der Parteiführung und Peshmerga-Führer erklärte Mulla Mustafa die Beendigung des Aufstandes, da er eine Fortsetzung ohne iranische Unterstützung für aussichtslos hielt. Die Tatsache, daß der Irak bereit war, der iranischen Seite hinsichtlich des Shatt al-Arab Zugeständnisse zu machen, die fünf Jahre später nichts mehr wert waren und zum Golfkrieg führten, zeigt, wie enorm wichtig die Regelung der Kurdistan-Frage bzw. die Niederschlagung der »Barzani-Revolution« für die Bagdader Regierung war.

Der Krieg in Kurdistan kostete 60 000 Menschenleben.<sup>21</sup> Was nach der Kapitulation Mullah Mustafas im März 1975 folgte, waren eine Massenflucht von Zivilisten und der Rückzug der Peshmergas in den Iran. Mullah Mustafa war nach dieser Katastrophe ein gebrochener Mann. Er ging ins amerikanische Exil. Die KDP war zerstritten und diskreditiert. Die Notwendigkeit einer erneuerten Nationalbewegung, nicht nur einer neuen Führung, wurde offenbar. Nach der Niederlage schien es nicht klar, ob die KDP überhaupt überleben könne. Sie reorganisierte sich und vertrat in Anbetracht ihrer Fehler deutlich sozialistische Ziele. Die Führung der Partei (KDP-Provisorische Führung) lag in den Händen von Idris und Massud Barzani, zwei Söhnen Mulla Mustafas. Sie hatten seit den 60er Jahren Führungspositionen innerhalb der Peshmerga-Armee und des Partei-Geheimdienstes Parastin inne. Ihnen gelang es in den Wirren der völligen Parteizersplitterung relativ schnell, Peshmergas in Bahdinan zu rekrutieren.

Andere Söhne und Verwandte von Mulla Mustafa unterstützten zeitweise die Nationalbewegung. Sohn Ubeydullah dagegen war ab 1970 Staatsminister in Bagdad und blieb es, als sein Vater 1974 den bewaffneten Kampf wieder aufnahm. Er und andere Familienmitglieder zogen sich früher oder später von der Politik zurück und lebten in Bagdad, wo sie nach und nach »verschwanden« bzw. umgebracht wurden. Der nach Sheikh Ahmeds Tod sich durchsetzende Sohn Mohammed Khalid näherte sich der

---

21 Siehe Fadil Rasoul: Großmachtspolitik und Befreiungskampf. Wien 1988. S. 163.

Bewegung von Mulla Mustafa an und blieb nach dem Zusammenbruch 1975 in engem Kontakt zu dessen Söhnen, denen er jeweils eine Tochter zur Frau gab. Er zog mit einigen hundert Bewaffneten und vom Iran unterstützt 1985 selbst in den Kampf. Seine übertrieben »Hizbullahi Kurdistan« genannte Gruppe ging auch gegen Peshmergas anderer Parteien vor.<sup>22</sup> Sie spielt politisch heute keine Rolle, trat aber bei den jüngsten Parteienauseinandersetzungen wieder in Erscheinung. Vom Iran ausgerüstet, kämpfte sie an der Seite der Islamischen Bewegung gegen die Patriotische Union Kurdistans. Idris Barzani wurde 1987 im Iran ermordet. Seit 1979 ist Massud Barzani Vorsitzender der KDP. Sein jüngster Bruder Dilshad vertritt die Partei in Bonn. Mulla Mustafa begab sich nach 1975 verbittert in den Iran und später in die USA, wo er 1979 krebskrank starb. Er wurde auf seinen Wunsch in Ushnuwiye/Kurdistan-Iran beerdigt. Zu seinem Begräbnis kamen Hunderttausende. Mulla Mustafa ist in Kurdistan zu einem Mythos geworden. Im Oktober 1993 wurden seine sterblichen Überreste und die seiner Sohnes Idris nach Barzan überführt. Die Prozession gestaltete sich zu einer tagelangen Kundgebung.

Die neuen Bewegungen nach 1975 kritisierten zunächst Mulla Mustafas Entscheidung zur Kapitulation und Beendigung des Aufstandes. Sie kritisierten auch seinen Führungsstil und die Rigorosität, mit der er gegen abweichende Tendenzen in der kurdischen Bewegung vorging und keine Alternative zu sich und zur KDP zuließ. Nach Ferhad Ibrahim<sup>23</sup> waren es aber gerade das Einparteiensystem und die charismatische Führungspersönlichkeit Mulla Mustafas, die verhinderten, daß sich einzelne Stämme dieser segmentären kurdischen Stammesgesellschaft unter Berufung auf politische Legitimität aus der Bewegung gelöst hätten. Mulla Mustafa selbst akzeptierte das Einparteiensystem, weil seine Person als oberste Autorität zu dieser Bewegung in komplementärer Relation stand. Dennoch bleibt Mulla Mustafa bis heute die bedeutendste Figur des kurdisch-nationalen Widerstands. Er gewann über die Staatsgrenzen hinaus nicht nur unter Kurden enorme Sympathie. Die KDP kann auch heute noch ihre Akzeptanz und Sympathie in der irakisch-kurdischen Bevölkerung auf der Gestalt Barzanis aufbauen.<sup>24</sup>

---

22 Siehe Martin M. van Bruinessen: *Agha, Scheich und Staat*. Berlin 1989. S. 371–373.

23 Siehe Ferhad Ibrahim: *Die kurdische Nationalbewegung im Irak*. Berlin 1983. S. 777f.

24 So erhielten wir im Mai 1993 auf die Frage, wem N. bei den Parlamentswahlen 1992 seine Stimme gegeben hat, die verblüffende Antwort: Mulla Mustafa.



## Die neue Revolution: Die Befreiungsbewegungen seit 1975<sup>25</sup>

Die Niederlage der Barzani-Revolution 1975 hatte der kurdischen Bewegung einen schweren Schlag versetzt, von dem sie sich zwar erholte, der aber eine zunehmende Zersplitterung der Bewegung zur Folge hatte. Die Parteien und politischen Vereinigungen, die sich in den folgenden Jahren bildeten, wurden zumeist von Persönlichkeiten geführt, die auch schon in der KDP zu den leitenden Kadern gezählt hatten und dort irgendwann ausgetreten oder ausgeschlossen worden waren.

Als bedeutendste Organisation unter den Neugründungen ist zuerst die Patriotische Union Kurdistans (PUK) zu nennen. Am 1. Juni 1975 veröffentlichte sie ihr Programm. Die PUK war ein Zusammenschluß von drei Organisationen. Die offensichtlich zahlenmäßig größte stellte die schon 1970 in Kurdistan-Irak gegründete Komalai Rendjdarani Kurdistan (Komala) dar, die ihr Vorbild in der in den 40er Jahren im Iran gegründeten Komala hatte. An der Spitze stand bis zu seiner Ermordung Shazwar Jalal, der unter dem Namen Kak Aram bis heute höchstes Andenken genießt. Später übernahm Nawshirwan Mustafa Amin, der in Österreich Politikwissenschaft studiert hatte, die Leitung der Komala. Es gelang ihr innerhalb weniger Jahre, zumindest in den Provinzen Suleimaniya und Kirkuk breiten ländlichen, aber auch städtischen Widerstand zu mobilisieren. Die Komala bezeichnete sich lange Zeit selbst als marxistisch-leninistische Partei, deren Organisation streng zentralistisch war. In der Komala waren auch sehr viele Frauen aktiv, die von dem eben nicht nur nationalen, sondern auch sozial-ökonomischen Programm angesprochen wurden. Eine zweite Strömung innerhalb der PUK war die Sozialistische Bewegung Kurdistans unter Ali Askeri.

Heli Gishti (Hauptlinie) ist die Strömung innerhalb der PUK, die durch ihren führenden Kader die Politik der Union am meisten beeinflusste: Jalal

---

25 In diesem Kapitel werden islamische Bewegungen nicht dargestellt. Der Begriff »neue Revolution« wird nicht nur von der PUK gebraucht; er soll den organisatorischen und inhaltlichen Neubeginn nach 1975 charakterisieren.

Talabani. Heli Gishti wurde in Syrien gegründet, und Talabani hat stärker als die KDP den Kontakt zur arabischen Opposition, bis hin zum prosyrischen Baath-Flügel, der nach der Machtübernahme Saddam Husains an den Rand der physischen Vernichtung getrieben worden war, gesucht. So trat auch Heli Gishti für eine kurdische Autonomie innerhalb des Irak ein und wandte sich gegen sowohl »nationalistische, isolationistische und rechtsgerichtete Tendenzen« als auch »tribale, bürgerlich-reaktionäre Methoden«<sup>26</sup>. Der Kurdischen Demokratischen Partei mit ihrer angeblich »tribalen« Führung wollte Talabani eine moderne Partei mit kollegialer Führung entgegensetzen. Kollegial ist zumindest, daß die Funktionen innerhalb der Patriotischen Union Kurdistans unter den drei Strömungen geteilt werden. So ist Talabani Generalsekretär, Nawshirwan Mustafa bis heute sein Stellvertreter, und Ali Askeri war bis zu seinem Tod der Kommandeur der Peshmerga-Verbände.

Ideologisch bestanden zu Beginn noch größere Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien. Übereinstimmung bestand in Fragen einer kurdischen Autonomie innerhalb eines demokratischen Irak und sozial-ökonomischer Veränderungen (radikale Agrarreform), die den Übergang zum Sozialismus schaffen sollten. Die Komala strebte ein unabhängiges, vereintes, sozialistisches Kurdistan an. Noch auf ihrem 1. Kongreß 1981 betonte die Komala die Notwendigkeit einer sozial-ökonomischen Revolution *neben* und nicht nach der nationalen Revolution. Alle drei vertretenen Richtungen sind ideologisch von maoistischen Ideen beeinflusst, was bei der Bedeutung des ländlichen Sektors in Kurdistan und angesichts damals bedeutender und global verbreiteter Ideologien nicht verwundert. So sind es auch Schriften von Mao, die, je mehr die PUK an Boden gewinnt, ganz oben auf den Index im Irak gesetzt werden. Die PUK unterhält Beziehungen nach Syrien und nach Libyen, deren Staatschefs beidermaßen das irakische Regime schwächen wollen. In Damaskus und Tripolis wurden Auswärtige Büros eröffnet. International solidarisch erklärte sich die PUK besonders mit linken palästinensischen Organisationen, namentlich der PFLP, und warf der KDP Beziehungen zur Regierung Israels vor. Im Ausland ist die Union über offizielle Vertreter, aber auch über Studierende und andere Exilkurden vertreten, so daß einige Publikationen auch in englischer und französischer Sprache erscheinen können.<sup>27</sup>

26 Ismet Cherif Vanly: Kurdistan und die Kurden. Bd. 2. Göttingen 1986, S. 182.

27 Ausdrückliches Organ der Komala ist eine gleichnamige Zeitung, *Rebazy Niwe* (Neue Stimme) erscheint als *ash-Sharara* (arabisch: der Funke), *The Spark* (in englisch) und

Im Jahre 1976 schlug die Patriotische Union in Nawzang, nahe Qala Dize und an der iranischen Grenze gelegen, ihr Hauptquartier auf. Das Tal wird *Tal der Parteien* genannt, weil sich diesseits und jenseits der Grenze immer mehr Parteien niederließen. Bei dem Versuch, Peshmerga-Verbände der PUK nach Bahdinan zu legen, um die Versorgungswege von Syrien aus besser zu sichern, kam es 1978 zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der KDP. Der Krieg wurde selbst in Hakkari (Kurdistan-Türkei) ausgetragen, wo sich die KDP auf die Unterstützung der dortigen kurdischen Bewegungen stützen konnte. Die Verbände der PUK wurden dezimiert. Unter den Gefallenen waren auf beiden Seiten hohe Partei-Kader, auf Seiten der PUK auch Ali Askeri. Daraufhin verließen einige Kader seines Flügels die PUK und schlossen sich Dr. Mahmud Osman und dessen Vereinigter Sozialistischer Partei an. Diese benannte sich auf einer Konferenz im Mai 1981 in Sozialistische Partei Kurdistan-Irak (SPK) um und veröffentlichte in ihrem Zentralorgan *Regai Azadi* die Grundzüge ihres Programmes, das sich inhaltlich kaum von dem der bisher genannten Organisationen unterschied. Der eigentliche Generalsekretär der SPK, Salih Yussefi, wurde einen Monat später in Bagdad umgebracht. Er hatte 1975 zu den wenigen Kadern der KDP gehört, die nicht in den Iran geflohen waren, sondern sich dem Bagdader Regime ergeben hatten. Eine Allianz mit dem Shah auf Kosten der iranisch-kurdischen Bewegungen lehnte er konsequent ab.<sup>28</sup>

Eine andere Bewegung, die hier kurz erwähnt werden muß, ist die Kurdische Sozialistische Partei (PASOK), die ein gleichnamiges Pendant in Kurdistan-Türkei hat. Die PASOK gründete sich 1976 in Anlehnung an die Vereinigung für Freiheit, das Wiedererwachen und die Einheit Kurdistans von 1959. Ausgehend von den kulturellen und moralischen Werten Kurdistans, strebt sie einen spezifisch kurdischen Sozialismus an. Nach dem Auszug vieler Sozialisten aus der PUK gründeten die Verbliebenen dieser Richtung gemeinsam mit der Heli Gishti die Yeketi Shorshgeran (Union der Revolutionäre).

An dieser Stelle muß auch die Irakische Kommunistische Partei/Sektion Kurdistan erwähnt werden, deren noch bis vor kurzem amtierender Generalsekretär, Aziz Mohammed, Kurde ist. 1978 wurden acht Mitglieder der

---

*L'etincelle* (in französisch). Das Komitee für Auslandsbeziehungen gibt zusätzlich in arabischer Sprache die Zeitungen *al-Ittihad* (Die Union), *Saut al-Ittihad* (Stimme der Union) sowie in kurdischer Sprache die Zeitung *Yeketi* (Union) heraus.

28 Siehe Ismet Cherif Vanly: Kurdistan und die Kurden. Bd. 2. Göttingen 1986. S. 185.

Partei wegen Zellenbildung innerhalb der Armee, was nach der Satzung der Progressiven Nationalen Front (PFN), aber auch nach anderen Gesetzen verboten war, hingerichtet. Daraufhin setzte eine ganze Verhaftungswelle ein, so daß die IKP 1979 ihren Rücktritt aus der Front erklärte und in den Untergrund ging. Viele der Mitglieder gingen ins Exil, besonders nach Europa und in den Jemen. Andererseits zogen sich auch etliche arabische und kurdische Kommunisten in den Nordirak zurück, wo sie zunächst von der PUK zumindest als Gäste aufgenommen wurden. Nach der KDP, PUK, PASOK und SPK stellte die IKP fortan die fünftstärkste Kraft innerhalb des kurdischen Kampfes, obwohl sie im Vergleich zu den anderen nur sehr kleine Peshmerga-Verbände hatte.

Entsprechend dem leninistischen Postulat des unbedingten Selbstbestimmungsrechts eines jeden Volkes, hatte auch die IKP schon vor Jahren die Notwendigkeit nationaler Autonomie oder gar Unabhängigkeit für Kurdistan gefordert. Ihre tatsächliche Politik ließ jedoch zeitweise das ganze Gegenteil vermuten. Dies betrifft insbesondere ihren Beitritt zur Patriotischen Nationalen Front und die positive Einstellung zum »autonomen«  
Legislativrat. Die IKP litt oft an dem Konflikt zwischen einer sehr starken Sektion Kurdistan und den realen Verhältnissen im Irak einerseits und der Abhängigkeit von der Sowjetunion und deren Bündnispolitik andererseits.

Am 12. November 1980 schlossen sich fünf arabisch-oppositionelle Parteien gemeinsam mit der PUK, der IKP und der Vereinigten Sozialistischen Partei zur Nationalen Patriotischen und Demokratischen Front (NPDF) zusammen. Schon wenige Tage später verließen die Vereinigten Sozialisten die Front und schlossen sich mit der KDP und der IKP zur Nationalen Demokratischen Front (NDF) zusammen. Die IKP trat schließlich im Mai 1981 aus der NPDF aus und arbeitete nur noch in der letzteren Front mit. Zwischen den kurdischen Parteien kam es zu heftigen Spannungen, die sich auch in bewaffneten Zusammenstößen entluden. Die arabischen Oppositionsgruppen boten sich zwar jeweils als Vermittler an, die Konflikte konnten aber nicht beigelegt werden. Der PUK, die 1975/1976 immerhin als erste den Kampf gegen das Baath-Regime aufgenommen hatte, wurde Hegemoniestreben vorgeworfen. Ein Vorwurf, der sicherlich stimmte, der aber auch auf andere Parteien zutraf. Die KDP hatte zunächst durch interne Streitigkeiten eine Reihe Kader und an Einfluß verloren; das setzte sich durch die Erfolge, die die PUK inzwischen hatte, weiter fort. Außerdem befand sich die Führung der Kurdischen Demokratischen Partei seit 1975 im Iran. Intern hatten besonders intellektuelle Kader versucht, in Anerkennung der Niederlage von 1975 und ihrer Ur-

sachen die Partei zu verändern, was die Söhne Mulla Mustafas ablehnten und einige dieser Kader aus der Partei drängte. So wurden die Demokratische Volkspartei Kurdistan (Parti Gel) unter Sami Abdulrahman und die Demokratische Union Kurdistans unter Ali Sinjari gegründet. Die KDP, die immerhin 30 Jahre die wichtigste Kraft in Kurdistan-Irak war, wollte einen Verlust ihrer Rolle als hegemoniale Partei nicht hinnehmen. Die Spannungen und Auseinandersetzungen mit der PUK sind aber auch auf unterschiedliche Haltungen zum Teheraner Regime zurückzuführen, das im Krieg gegen den Irak, aber auch in Auseinandersetzungen mit inneriranischer Opposition, auf die Unterstützung der KDP und anderer kurdisch-irakischer Kräfte baute. So ging die KDP-Irak auch immer öfter militärisch gegen die KDP-Iran vor.

Die sozialistischen Parteien und vor allem die Kommunistische Partei stellten sich ebenfalls aus Hegemonialgründen gegen die PUK, die ideologisch im Grunde ähnliche Ziele anstrebte wie sie selbst. Die IKP verhielt sich gegenüber der Patriotischen Union Kurdistans nicht anders als viele kommunistische Parteien in anderen Ländern, wenn neben ihnen plötzlich eine ernstzunehmende linke Kraft populärer wird als sie selbst.

Anfang Februar 1983 trafen in Tripolis 18 kurdische und arabische Parteien und Organisationen zu einer Konferenz zusammen. In Anbetracht des fortdauernden Golfkrieges, aber auch der nicht abreißen den Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Parteien, mußten endlich Vereinbarungen getroffen werden, die auf ein gemeinsames Vorgehen gegen das Bagdader Regime abzielten. Im Kommuniqué von Tripolis einigten die Parteien sich nicht nur auf den Sturz der Diktatur als vordringlichste Aufgaben, sondern auch auf eine gerechte Autonomie-Regelung für Kurdistan, den Schutz der anderen ethnischen Minderheiten und schließlich darauf, jegliche Propaganda gegeneinander einzustellen. Das Kommuniqué wurde von Idris Barzani für die KDP, von Dr. Fuad Ma'sum für die PUK und von Naziha al-Dulaimi für die IKP am 6. Februar als Pakt von Tripolis unterzeichnet.<sup>29</sup> Dennoch kam es wenige Tage später wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Erst 1985 kamen sich KDP und PUK etwas näher, bis schließlich am 12. Mai 1988, d. h. in der größten Not während der Anfal-Offensiven, KDP, PUK, IKP/Sektion Kurdistan, PASOK und SPK ein gemeinsames Bündnis schlossen: die Kurdistan-Front (*Berei Kurdistan*).

---

29 Siehe Ismet Cherif Vanly: Kurdistan und die Kurden. Bd. 2. Göttingen 1986. S. 202.

An dieser Stelle soll nur noch kurz auf einige Entwicklungen der PUK und ihr Umfeld eingegangen werden. 1984 führte die PUK Verhandlungen mit der Bagdader Regierung. Vor dem Hintergrund befreiter Gebiete, in denen gegen-staatliche Strukturen aufgebaut wurden (Dorfräte, neue Dorfschulen, Komitees mit quasi-verwaltenden und rechtsprechenden Aufgaben), aber auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit den Parteien der Nationalen Demokratischen Front und der Bedrohung durch iranische Truppen und Luftwaffe, unterbreitete die PUK Vorschläge zur Neuregelung einer kurdischen Autonomie. Die Verhandlungen scheiterten aber an Drohungen der Türkei gegenüber Bagdad, das im Laufe des Golfkrieges immer weniger Möglichkeiten des Erdöl-Exportes über den Persischen Golf besaß, auch die Pipeline über Syrien eingebüßt hatte und somit sein Öl zu großen Mengen über die Türkei (Dörtyol/Iskenderun) ausführen mußte. Bereits während ihrer militärischen Intervention im Nordirak (vom 26. Mai bis 2. Juni 1983), die nur Teil einer weitaus größeren und gegen die »eigenen« Kurden gerichteten Operation in Botan und Hakkari war, hatte die türkische Regierung brutal demonstriert, was sie von kurdisch befreiten und selbstverwalteten Gebieten in der Region hielt. Die Separatverhandlungen der PUK führten zwar nicht zu einem neuen Autonomieabkommen, aber immerhin zu einer Amnestie, die vielen Hundert Menschen das Leben rettete, aus Gefängnis und Folter befreite und eine Rückkehr ins zivile Leben ermöglichte. Andererseits waren diese innerhalb der PUK und vor allem der Komala sehr umstrittenen Verhandlungen der Grund für zahlreiche Austritte und weitere Spaltungen innerhalb der Befreiungsbewegungen.

War die PUK, insbesondere die Komala und die sozialistischen Strömungen innerhalb der Patriotischen Union, in den 70er Jahren noch mit äußerst revolutionären Programmen angetreten, so gab es auch hier im Verlauf der 80er Jahre Veränderungen. So hatte z. B. die Komala alle Kräfte auf die nationale Befreiung konzentriert und weitreichende Kompromisse an soziale Klassenunterschiede und die Geschlechterfrage gemacht, was andererseits maßgeblich zu ihrer wachsenden Akzeptanz und Stärke innerhalb der Bevölkerung beitrug.

Nach 1985, besonders aber während der Jahre des Exils im Iran (1988 bis 1991), hat sich die Patriotische Union Kurdistan schließlich, beeinflusst von der sowjetischen Glasnost und Perestroika sowie dem persönlichen Wirken von Jalal Talabani und Nawshirwan Mustafa, sozialdemokratisiert. Dabei wurde abweichenden Tendenzen gegenüber teilweise rigoros begegnet. So wurde Mela Bakhtyar, der die an einem national- und sozi-

alrevolutionärem Programm festhaltende Gruppe Alai Shorsh gebildet hatte, gleichzeitig aber als höchster Verantwortlicher des PUK-Quartiers in Qaradagh arbeitete, von der PUK inhaftiert. Die Gruppe Alai Shorsh spaltete sich von der PUK ab und schloß sich später der aus der SPK hervorgegangenen marxistisch-leninistischen Hizbi Zahmet Kêshan (Kurdistan Toilers Party – KTP) an, die seit 1985 eigenständig am bewaffneten Kampf teilnahm und bis heute zu den wichtigsten Bewegungen in Kurdistan-Irak gehört. Im Exil zählen viele Intellektuelle, die vormals der Komala angehörten zu ihren Mitgliedern und Sympathisanten. Die KTP sagt, sie sei von den Veränderungen in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten nicht wesentlich beeinflusst worden. Sie arbeitet aber eng mit der PUK zusammen.<sup>30</sup>

Eine andere Art von Organisation soll noch erwähnt werden. Bereits Ende der 70er Jahre gab es islamische Strömungen, die mal gegen das Regime in Bagdad kämpften und mal mit ihm gegen die kurdisch-nationalen Bewegungen kollaborierten. 1988 gründete sich im Iran die Islamische Bewegung in Kurdistan-Irak (IBK). In ihr gibt es drei Personen, die auch die Fraktionierung zu bestimmen scheinen. Vorsitzender ist Mulla Osman Abdul Aziz. Die eigentlichen Entscheidungen aber treffen die beiden jüngeren Männer, Ali Bapir und Nadjmeddin Faradj (Mulla Krekar). Ali Bapir führt eine radikal gegen die nationalen Bewegungen gerichtete Fraktion. Mulla Krekar war früher Mitglied der PUK. Später soll er selbst in Afghanistan an der Seite der Mudjaheddin gekämpft haben. Tatsächlich erfreut sich die IBK nicht nur iranischer, sondern auch afghanischer Unterstützung, die materiell der eigentlichen Größe der Organisation unangemessen scheint. Ihre Bedeutung ist nach 1991 dann auch enorm gewachsen. Als eine Hochburg der IBK gilt Halabça.<sup>31</sup> Die IBK organisiert sich ausnahmsweise anders als die anderen Organisationen in Kurdistan-Irak, die mit einem Politbüro und einem Zentralkomitee Strukturen und Vokabular der Kommunisten übernommen haben. Ein »Politbüro« gibt es bei der IBK zwar auch, allerdings heißt das oberste Gremium Büro der Generalleitung, wobei für Leitung das arabische Wort *murshid* steht, das eine eindeutig religiöse Konnotation hat.

30 Inzwischen haben Teile der alten Alai Shorsh- Gruppe Zahmet Kishan wieder verlassen und sind zur PUK zurückgegangen, wo Mela Bakhtyar zu den wichtigsten, aber auch streitbarsten Ideologen und Persönlichkeiten zählt.

31 In Halabça ist tatsächlich bemerkenswert, daß die Bevölkerung zu einem großen Teil aus Kaka'î, einer pseudo-islamischen Religionsgemeinschaft besteht, die mit der PUK sympathisieren, während unter kurdischen Muslimen die IBK großen Einfluß gewonnen hat.

Abschließend einige einschätzende Bemerkungen: Heute noch währt ein Streit zwischen den Parteien um die Hegemonie innerhalb der zersplitterten Bewegung. Die Kurdische Demokratische Partei lebt in nicht unerheblichem Maße noch von der Legende Mulla Mustafa Barzanis. Die KDP behauptet oft, sie sei bis 1975 die einzige nationale Kraft gewesen und habe sich gegenüber dem Neuanfang der Patriotischen Union Kurdistan und anderer weiterhin als stärkste Partei behauptet. Die PUK nun wieder behauptet, sie allein hätte die letzte Schlacht (1988) geschlagen, während die Barzanis nur noch im sicheren iranischen Exil saßen. Die Wahrheit scheint in der Mitte zu liegen. Die PUK hatte über Jahre hinweg ihre größten Stützpunkte innerhalb Kurdistan-Iraks, wie etwa den Sitz Talabanis in Bergalou-Sergalou, ca. 30 km von Suleimaniya entfernt. Und tatsächlich waren die von der PUK befreiten und kontrollierten Gebiete Realität. Andererseits aber hat es auch in den 80er Jahren wieder von KDP-Peshmergas befreite Gebiete gegeben. Wie bereits eingangs erwähnt, durchlebte die KDP nach 1964 und ab 1975 einen Zerfallsprozeß, in dessen Verlauf ehemalige Mitglieder, langjährige und hohe Kader neue Parteien und Bewegungen gründeten. Ideologisch stellten die Parteien dieser Periode einen Neubeginn dar. Immerhin hatten Kader die KDP verlassen, die wirklich an einer linken und auch sozial-revolutionären Bewegung und nicht an einer bloßen Etikettierung je nach Wunsch der ausländischen Unterstützer interessiert waren. Anders als der Kommunistischen Partei und anderen orthodox-marxistischen Parteien und Gruppen gelang es der PUK, sich an die gesellschaftlichen Verhältnisse in Kurdistan anzupassen, und so wird der PUK heute gerade von linken Splitter-Gruppen das vorgeworfen, was die Union 1975 in Abgrenzung der KDP und als Charakteristik einer neuen modernen Partei formulierte.

## Die Anfal-Offensiven

Die Zeit der sogenannten Anfal-Offensiven<sup>32</sup> stellt sicher das dunkelste Kapitel in der Geschichte Kurdistan-Iraks dar. Als Anfal-Offensiven werden acht planmäßig durchgeführte Militäroffensiven der irakischen Armee unter Einsatz von Geheim- und militärischem Nachrichtendienst sowie kurdischer Kollaborateure bezeichnet.<sup>33</sup>

Der Irak befand sich 1987 noch im Krieg gegen den Iran, der im Bündnis mit den meisten irakisch-kurdischen Parteien stand. In den südlichen, östlichen und nördlichen Gebieten Kurdistans waren weite Regionen unter Kontrolle der Peshmergas. In dieser Situation startete das Büro für Angelegenheiten des Nordens, welches unter Leitung von Ali Hasan al-Madjid stand, eine Volkszählungskampagne. Der zensus, der am 17. Oktober 1987 stattfand, erfaßte nur die Dörfer und Städte außerhalb der befreiten Gebiete sowie jash-Dörfer. Dorfbewohner innerhalb der befreiten Gebiete wurden nicht mehr als Iraker angesehen, sondern als »iranische Spione« oder eben Iraner stigmatisiert. Sich dennoch an der Volkszählung zu beteiligen bedeutete, sofort Repressionen auf sich zu ziehen, wenn nachweislich oder vermutlich der Sohn, die Tochter, der Ehemann etc. ein »Saboteur« (d. h. Peshmerga) war oder allgemein von einer Unterstützung der Befreiungsbewegung ausgegangen wurde. Wer außerhalb der befreiten Gebiete in Dörfern oder anderen kleineren Ansiedlungen erfaßt wurde und »Saboteure« als nahe Verwandte hatte, mußte damit rechnen, vertrieben zu werden. Allerdings haben viele Bewohner in befreiten Gebieten nicht mitbekommen, daß eine Volkszählung (immerhin die sechste innerhalb eines halben Jahrhunderts) durchgeführt wurde. Nach dem zensus wurden neue Karten herausgegeben, in denen die »nicht erfaßten« Dörfer dann auch nicht mehr eingezeichnet waren. Das

---

32 Anfal, Begriff aus dem Koran: Beute machen im Kampf gegen Ungläubige, vgl. Koran Surat al-Anfal. – Auf eine nähere Geschichte der Anfal soll hier nicht weiter eingegangen werden. Verwiesen sei auf die Arbeiten von Middle East Watch: Genocide in Iraq. The Anfal Campaign against the Kurds. New York 1993.

33 Mustashar – »Berater« (Bezeichnung für hochrangige Kollaborateure); jash – »kleiner Esel« (Bezeichnung für Kollaborateure).

hatte kurzfristig den Nachteil, daß z. B. Bewohner aus der Gegend des befreiten Qaradagh/Suleimaniya, die in die nächste Stadt gingen, um ihre Rationen gegen Lebensmittelbezugsscheine zu erhalten, als »Iraner« abgewiesen wurden. Hatte der zensus von 1977 in der Provinz Suleimaniya noch 1 877 Dörfer gezählt, so waren es 1987 nur noch 186. Einige hundert Dörfer waren bereits tatsächlich zerstört worden, andere wurden einfach auf der Landkarte ausradiert.<sup>34</sup> Ein düsteres Vorzeichen für das, was kurze Zeit später tatsächlich passieren sollte.

Wie schon im Krieg gegen den Iran 1982/1983, so wurde auch gegen die kurdische Befreiungsbewegung und Zivilbevölkerung ab 1987 mehrmals Giftgas während der Bombardements aus der Luft oder Artillerieangriffe eingesetzt: so im April und Mai gegen Bergalu-Sergalu, Dörfer in Balisan und in Qaradagh. In den oder nahe der betroffenen Dörfer befanden sich meist Stützpunkte der Peshmergas.

Die erste Anfal traf in der Zeit vom 23. Februar bis 22. März das Gebiet der Jafaty-Berge, nordöstlich von Suleimaniya, wo sich in Bergalu-Sergalu der wichtigste Stützpunkt der PUK befand. Vor allem durch die ununterbrochenen Bombardements, den Artilleriebeschuß und den Einsatz von chemischen Waffen war es der irakischen Armee möglich, die Peshmergas zurückzudrängen. Über die Verluste durch die Giftgasattaken, deren letzte die Luftwaffe noch gegen die Rückzugsgebiete an der iranischen Grenze unternahm, gibt es keine genauen Zahlen. Viele der Verwundeten starben erst Stunden, wenn nicht Tage später, an ihren Verletzungen. In diese Zeit fällt auch das *Giftgasmassaker von Halabça*. Allein durch die Angriffe am 16. März 1988 kamen zwischen 3 200 und 5 000 Menschen ums Leben. Wer fliehen konnte, versuchte sich in den nahen Iran zu retten. Etliche Bewohner von Halabça wurden aber gefangengenommen und in Gefängnisse und Lager zunächst nach Kirkuk gebracht.

Die zweite Anfal-Offensive soll exemplarisch für die anderen etwas näher dargestellt werden. Qaradagh liegt nur 15 km südwestlich von Suleimaniya. 1987 befand sich in der kleinen Kreisstadt Qaradagh kein irakischer Soldat mehr. Die in der Region verbliebenen Bewohner wurden für ihre baath-feindliche Haltung durch die Kappung der Stromversorgung, staatlich geförderter Schulbildung, Lebensmittelverweigerung lange bestraft.

---

34 Siehe Middle east Watch: Genocide in Iraq. The Anfal Campaign against the Kurds. New York 1993. S. 84ff.

Die Bevölkerung und die Peshmergas standen am 22. März 1988, als sie das neue Jahr (Newroz) feiern wollten, noch unter dem Eindruck der Ereignisse von Halabça, als das Dorf Sewsenan, in dem sich nicht nur Komitees der Peshmergas, sondern auch ein Lazarett befanden, aus der Luft angegriffen wurde. Schon im Februar waren Belektchar und Takiya, wo sich jeweils Stützpunkte der PUK und der IKP befanden, mit Giftgas angegriffen worden. Bei dem Überfall auf Sewsenan starben 87 Menschen. In der darauffolgenden Nacht wurde das Dorf Jaferan, wo sich der einzige KDP-Stützpunkt der Region befand, bombardiert. Truppen der 43. Division und irakische Sicherheitskräfte drangen, unterstützt durch die jash, von vier Seiten aus in Qaradagh ein. Die Nachrichten aus Sewsenan und Jaferan sorgten für Panik. Immerhin war die südwestliche Straße nach Suleimaniya noch passierbar, und viele Leute konnten dort oder in den Siedlungskomplexen an der Straße Zuflucht suchen. Erst nachdem auf der Straße an einem Kontrollpunkt der Armee ein mit Kalaschnikows beladener Traktor der Bauern umgekippt war, wurde auch dieser Fluchtweg abgeschnitten. Dorfbewohner aus zwei südlich gelegenen Dörfern versuchten in das Gebiet von Germian (Kirkuk) zu entkommen, wo schließlich die dritte Anfal-Offensive sie einholen sollte.

Kak Shawkat, der in Sewsenan das PUK-Komitee für soziale Probleme in den Dörfern leitete, erinnert sich: *»Als ich am 21./22. März 1988 in Sola war, erzählte mir jemand, daß die Regierung Qaradagh überfallen würde. Tatsächlich wurde am 18. März Bergalu-Sergalu, wo das Hauptquartier der PUK gewesen war, von der Regierung kontrolliert, die Dörfer der Gegend zerstört. Dies war die 1. Anfal-Offensive. In dieser Zeit waren die Kräfte des ersten Zentrum, das Qaradagh und Germian schützte, dort gewesen. Am 21./22. März gegen 7 Uhr abends wurde Sewsenan mit chemischen Waffen und Raketen (Katjuschas) bombardiert. Gegen 9 Uhr wurde Dokan auf dieselbe Weise bombardiert. Gegen 5 Uhr am 22. März begannen die Angriffe in Derbendikhan, die aufgrund der geringen Kräfte dort für die Regierung sehr leicht waren.*

*Ich kehrte zurück nach Sewsenan und fand die überlebenden Leute in den Bergen und Felsen versteckt. Das Dorf selbst war leer, und was ich sah, kann ich nicht beschreiben. Auch eine Kamera könnte kein reelles Bild dieses Horrors wiedergeben. Ein leeres Dorf und zerstörte Häuser, alle fünf Minuten wurde von Derbendikhan aus bombardiert, und 3 Helicopter überflogen die Region.*

*Die erste Familie, die ich fand, war die von Mahdi Hagi Nagm. Sie waren 12 Personen und hatten gerade das Abendessen vorbereitet. Die*

*Bissen, die sie essen wollten, lagen auf dem Essenstuch. Sie hatten versucht, den shelter (Schutzvorrichtung), den jedes Haus hatte, zu erreichen, aber sie waren nur bis zur Tür gekommen. Aufgrund der Dichte des chemischen Geruches sah ich mich selbst gezwungen, mich im Wasser der Moschee zu waschen und dann mit der Kufiya meinen Kopf zu trocknen. Ich kehrte zu meinem Stützpunkt zurück. Dort war ein Peshmerga, Nuriman Idris, mein Cousin, der im Giftgas getötet worden war. In diesem Moment verließ der Helicopter die Gegend, und ich sah einen Traktor. Ich ging zu dem Besitzer, um mit dem Traktor die Toten zu bergen. Wir brachten 17 Leichen nach Koshki Xwaru und begruben sie dort. Die Gesamtzahl der Märtyrer betrug 97 zuzüglich der verwundeten Personen. Unter den Toten waren nur drei Peshmergas, die anderen waren Zivilisten, Frauen und Kinder.*

*Der zentrale Stützpunkt in dieser Zeit war in Derbendi Goshan gewesen. Im März 1988 war ganz Qaradagh einschließlich Qaradagh Centre von den Peshmergas kontrolliert worden. Am 23. März begann der Einfall in Qaradagh, am 25. März hatten die Regierungstruppen Qaradagh Centre erreicht. Alle Leute versuchten bei Tag und bei Nacht heimlich zu fliehen, einige wurden aber von den Truppen ergriffen. Die Truppen zerstörten alle Dörfer, die sie erreichten. Die Angriffe wurden von verschiedenen Seiten begonnen und eine Woche fortgesetzt. Am 29. März gab der melbend den Befehl, die festgenommenen Leute aus der Gewalt der Soldaten, der Sicherheitskräfte und des jash zu befreien. Am 1. April wurde die gesamte Qaradagh-Region von der Regierung kontrolliert, einschließlich der Qopis (felsige Bergkette im Süden). Entlang der zwei Dörfer Banimurd und Dereway versuchten wir, nach Germian zu gehen. Da wir nicht mehr genug zu essen hatte, begannen wir Gras zu essen. Am 2. April lebten wir ruhig, ohne Angriff.*

*In Germian waren die Leute, da sie von den chemischen Attacken gehört hatten, sehr durcheinander. Viele hatten ihre Häuser verlassen. Am 3. April begannen die Attacken von folgenden Seiten: Chwarmelan, Bawenoor, Kelar, Serqala, Kifri, Qadirkerem und Sengaw. Die Kräfte des melbendi yek (Stützpunkt 1 der PUK in Qaradagh), die am 18. März Bergalu verlassen hatten, kamen am 6./9. April in Germian sehr müde an. Sie versuchten, die Region hier zu verteidigen, aber es gab einen großen Unterschied in der Anzahl unserer Kräfte und der Regierungstruppen. So wurde beschlossen sich zurückzuziehen, und wir versuchten, nachts die Gegend zu evakuieren. Die Kräfte, die die Region von Hemewend und Jabari evakuierten, bestanden aus zwei Teilen: ein Teil befehligt*

*von Hama Resh (Märtyrer), der andere Teil von Adil Shukr. Es waren ca. 2 000 Personen, 500 davon Frauen und Kinder. Sie überquerten die Straße von Chamchamal nach Takiya und gingen nach Aghjder.*<sup>35</sup>

Durch die zweite Anfal wurden in Qaradagh alle Dörfer (ca. 70) entvölkert und zerstört, manche dem Erdboden gleichgemacht. Die ganze Offensive hatte nur knapp zehn Tage gedauert. Die Region wurde zur »verbotenen Zone« erklärt. Während der Angriffe waren viele Menschen umgekommen, andere wurden nach ihrer Ergreifung sofort exekutiert. Für die, die sich nicht vor den Sicherheitskräften retten konnten oder von jash-Leuten übergeben wurden, begann in der Regel eine Zeit der Verschleppung in verschiedene Kasernen, Gefangenenlager und Gefängnisse; mit den praktischen W 50 (IFA) aus DDR-Produktion ein leichtes Unternehmen. Die Einwohner, die zurückkehrten, und die, die noch in der nächsten Zeit anderswo aufgegriffen wurden, mußten sich in den collective towns niederlassen. Die Bevölkerung von Qaradagh fand sich schließlich völlig auseinandergerissen in den Umsiedlungslagern von Baziyan, Bayindjan, Takiya, Arbat (während der Anfal Gefangenenlager) und Woluba sowie in Suleimaniya wieder. Der baathistische Terror insgesamt hat in Qaradagh über 400 Witwen hinterlassen – die derzeitige Einwohnerzahl liegt bei 13 500 Menschen. In Gorbaz, einem Dorf im Norden der Region, gibt es mehr Witwer als Witwen. Die meisten Opfer gab es in den Dörfern, die mit Giftgas attackiert worden waren, und in denen, deren Bevölkerung nach Germian geflohen war.

Wie erwähnt, erfolgte die dritte Vernichtungsoffensive, die ebenfalls mit Giftgasbombardements eingeleitet wurde, in Germian. Sie dauerte vom 7. bis 20. April 1988. Ein Großteil der verschleppten und vertriebenen Bevölkerung mußte sich später im collective town Shorsh ansiedeln. Die vierte Anfal zerstörte im Gebiet von Sheikh Bzeini, südlich von Kojsindjak, entlang dem kleinen Zab in der Zeit vom 3. bis 8. Mai die Dörfer. Bei einem Gasangriff auf Goktapa kamen ca. 300 Menschen ums Leben. Interessant ist, daß in dieser Situation sich endlich am 12. Mai die Kurdistan-Front bildete. Dies hatte auch Auswirkungen auf die nächsten drei Anfal-Offensiven, die sich zum einen aufgrund des Widerstands, zum andern wegen außenpolitischer Ereignisse vier Monate lang hinzogen.

---

35 Kak Shawkat, seit 1976 in der Komala, ist heute aktives Mitglied der Kurdischen Bauernunion; dieser Text ist Teil eines längeren Berichts, den Kak Shawkat für eine Arbeit über Landrechtsfragen Anfang 1994 geschrieben hat.

Die fünfte, sechste und siebente Anfal am 15. Mai hatten, das nordwestlich vom Dokan-Stausee gelegene Balisan-Tal, dann die Gegend südlich von Rawanduz erreicht. Erst nach einem quasi-Waffenstillstand mit dem Iran<sup>36</sup> und nach kontinuierlichen Bombardements, ebenfalls wieder mit Giftgas, wurde die Region von den Sicherheitskräften kontrolliert.

Es lohnt sich an der Stelle, noch einmal genauer auf die letzte, die Offensive von Bahdinan vom 24. August bis zum 6. September 1988, einzugehen, da sich ihr Verlauf etwas von den anderen Angriffen unterschied. Am Abend des 24. August wurde das Hauptquartier der Kurdischen Demokratischen Partei im Bahdinan, Zewa Shkan, welches direkt an der türkischen Grenze liegt, aus der Luft und mit Artillerie beschossen. Am nächsten Morgen, zwischen 6.30 und 8.30 Uhr, wurden 17(!) Dörfer mit chemischen Waffen bombardiert. In einem einzigen dieser Dörfer gab es noch eine kleinere KDP-Stellung; die anderen zivilen Dörfer wurden scheinbar willkürlich herausgewählt, um vor allem einen Effekt zu erzielen: eine Massenpanik hervorzurufen. Jeweils ca. zwanzig Zivilisten und Peshmergas starben an jenem Abend und Morgen, Hunderte, besonders Kinder, in den darauffolgenden Wochen. Von Dohuk aus rückte die irakische Armee aus, um den fliehenden Kurden den Weg in die Türkei abzuschneiden, wohin während der Anfal-Offensiven insgesamt etwa 80 000 Menschen flohen.

Middle East Watch hat bei ihren Untersuchungen festgestellt, daß im Vergleich zu anderen Anfal-Offensiven, im Bahdinan weniger Frauen und Kinder verschleppt wurden und andererseits mehr Exekutionen von Männern an Ort und Stelle durchgeführt wurden, und zwar so, daß es keinen Überlebenden gegeben hat. Middle East Watch führt dies auf den geringeren militärischen Widerstand in der Region unmittelbar vor und während der Anfal zurück.<sup>37</sup> Bemerkenswert ist auch, daß in der Bahdinan-Region viele Dörfer von der Anfal verschont blieben, und zwar weil sie zu Stämmen gehörten, deren Eliten sich seit Jahren und in Gegnerschaft zu den Barzanis mit Bagdad arrangiert hatten: so Dörfer der Surchis und Zebaris.

Andererseits gingen Regierungstruppen auch gegen Dörfer vor, die sich in der Vergangenheit der Zentralregierung gegenüber loyal verhalten

---

36 Am 18. Juli 1988 erklärte der Irak, daß er bereit sei, das Algier-Abkommen wieder anzuerkennen und akzeptierte auch die UN-Resolution 598; später begannen konkrete Verhandlungen zwischen den beiden Kriegsparteien.

37 Siehe Middle East Watch: Genocide in Iraq. The Anfal Campaign against the Kurds. New York 1993. S. 282f.

hatten. Das bekannteste dieser traurigen Beispiele ist das Dorf Koreme bei Mangesh. Einige Männer des Ortes arbeiteten bereits für die Sicherheit. Das Dorf hatte sich während des zensus 1987 ordentlich registrieren lassen. Nach den Giftgasattacken allerdings entschlossen sich am 27. August einige Hundert Dorfbewohner, die Flucht in die Türkei zu riskieren. Die Grenze war aber inzwischen blockiert, und so kehrten sie am nächsten Tag wieder zurück. Soldaten und jash waren jedoch vor ihnen da, und obwohl diese selbst den Fluchtversuch vielleicht nicht als Beweis für »Regierungsfeindlichkeit« ansahen, erhielt der zuständige Leutnant den Befehl, die Wehrfähigen der Gefangenen sofort erschießen zu lassen.

Am 6. September schließlich erließ der Kommandorat der Revolution in Bagdad eine Generalamnesty für »kurdische Saboteure«. Vor allem aus dem Iran kehrten viele Flüchtlinge wieder zurück, wobei berichtet wird, daß die Rückkehrer zunächst Befragungen über »andere Saboteure« und »Iraner« erdulden mußten. Die Bevölkerung von Halabça sollte sich zum Teil in der neu errichteten »Saddam-Stadt« (heute Neu-Halabça), einige Kilometer westlich niederlassen. Aus den Lagern und Gefängnissen in Mossul, Kirkuk, Bagdad und den südlichen Wüstengebieten kehrten Tausende Menschen nicht zurück. Von vielen fehlt auch eine eindeutige Todesnachricht. Allgemein wird davon ausgegangen, daß während der Anfal etwa 180 000 Menschen verschleppt und ermordet wurden. Als die Amnestie erlassen wurde, begann für die yezidische und die assyrische Minderheit, die von der letzten Anfal-Offensive ebenfalls betroffen war, eine weitere Zeit der Verschleppung und Ermordung. Die Anfal war mit dem 6. September längst nicht zu Ende.

Die Anfal-Offensiven stehen mit ihren ungeheuren Zerstörungen und Verschleppungen neben der Ermordung der 8 000 Barzanis 1983 und der Zerstörung Halabças am 16. März 1988 als einzigartiger Vernichtungskrieg gegen die Kurden im Nordirak da. Für die weitere Entwicklung dieser kurdischen Gesellschaft hatten und haben sie weitreichende Folgen. Nur vor diesem Hintergrund sind z. B. die Niederlage des Aufstandes im März/April 1991 und die ausgelöste Massenflucht zu begreifen. Die Anfal hat sich vor allem bei den damals direkt Betroffenen als ein furchtbares Trauma eingepreßt. Hätte die Weltöffentlichkeit 1983 auf die Rufe der Teheraner Regierung, die die Saddam-Regierung des Einsatzes chemischer Kampfstoffe anklagte, reagiert, wären in Halabça nicht Tausende Menschen durch die Anwendung dieses deutschen know-how qualvoll gestorben.

Der Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung ist jedoch noch nicht vorbei. Was die Bagdader Regierung scheinbar systematisch

und planmäßig in nur sechs Monaten erreicht hat, nämlich die vorerst fast völlige Zurückdrängung der Befreiungsbewegung<sup>38</sup>, Zerstörung ländlicher Strukturen und Getthoisierung Tausender Menschen mit allen Konsequenzen, praktiziert die türkische Regierung seit einigen Jahren. Auch sie verfolgt systematisch die Taktik des »Trockenlegens des Sees, um den Fisch zu fangen«, vertreibt die Bevölkerung, zerstört Dörfer und plant jetzt die Errichtung von Umsiedlungslagern, vermutlich so, wie es der irakische Nachbar vorgemacht hat. Hin und wieder setzt sie auch Napalm gegen die Guerilla ein.

Den Hilferufen der Kurdistan-Front wurde 1988 keinerlei internationale Aufmerksamkeit geschenkt. In Kurdistan selbst, aber auch bei Middle East Watch und anderswo in der Welt, lagert tonnenweise Material, das die Verbrechen der Saddam-Diktatur hinreichend dokumentiert. Aber keine Regierung der Welt will für die Kurden des Nordirak Klage beim zuständigen Internationalen Gerichtshof einlegen. In der BRD werden die verhängnisvollen know-how-Tranfers, die die Produktion von Giftgas erst möglich machen, zwar punktuell angeklagt, aber weder verurteilt noch ausreichend aufgeklärt, um nicht »höhere« Interessen in BND, Bundesregierung und Industrie zu gefährden.

So widerfährt den Opfern in Kurdistan weder Gerechtigkeit, noch sind sie wirklich vor einer Wiederholung solcher Vernichtungspolitik geschützt. Außerdem ist die internationale Nichtverurteilung der Kurdenpolitik im Irak ein Freibrief für die türkische Tagespolitik.

---

38 Nach der Anfal gab es in einigen ländlichen Gegenden noch einigen, aber sehr geringen Widerstand einzelner Peshmerga-Gruppen, so etwa der Gruppe von Hama Resh in Qaradagh, der aber ohne die Unterstützung der eben vertriebenen Bevölkerung wirkungslos blieb.

## Landrechtliche Verhältnisse in Kurdistan

Wesentliche Veränderung in der Sozialstruktur der kurdischen Stämme und dörflichen sowie nomadisierenden Gemeinschaften traten gegen Ende des letzten Jahrhunderts ein. Im Jahre 1858 war unter Sultan Abdülmecid ein Bodenrecht erlassen worden, welches die Grundbesitzverhältnisse auf dem Land neu regeln sollte. Alles Land mit Ausnahme genau definierter Kategorien von *waqf* (religiöse Stiftungen) und *mulk* (*Privatland*) wurde zu Staatseigentum erklärt. Privatpersonen, nicht aber Dorfgemeinschaften, konnten beim Tapu-Katasteramt die Eintragung von Land auf ihren Namen gegen Zahlung eines Entgelts erreichen und erhielten dafür eine Besitzurkunde (kurd.: *tapu resh*, schwarzes Tapu). Das Land konnte theoretisch jederzeit vom Staat wieder eingezogen werden. Dieser Landbesitz war per Gesetz erblich, durch Schenkung übertragbar und sogar verkäuflich, wenn das Tapu-Amt seine Zustimmung gab. Allerdings wurde Tapu-Land allmählich zu frei verfügbarem Eigentum. In der Zeit des britischen Mandats wurde in Südwestkurdistan, aber auch im ganzen Irak, diese Landpolitik fortgesetzt. Es gelang sowohl Sheikhs und Aghas als auch in der Stadt ansässigen hohen Beamten und Kaufleuten, riesige Landstriche auf ihre Namen eintragen zu lassen. Mit dem Verlust des Gemein- und Gemeindegüterbesitzes an Land und der Herausbildung einer, wenn auch inhomogenen, Großgrund besitzenden Klasse, die zum Teil in den Städten residierte, ging der segmentäre und auf Gegenseitigkeit beruhende Grundcharakter der kurdischen Stämme verloren. Viele Bauern wurden zu Pächtern oder gar Landarbeitern. Diese Entwicklung betraf die ebenen Gebiete mehr als die abgelegenen Bergdörfer. Sowohl das Bodenrecht des Sultans als auch die Politik der Briten verfolgten das Ziel, semi- und vollnomadisierenden Stämmen als schwer oder nicht kontrollierbaren militärischen Faktor, bzw. den Autoritäten dieser Stämme einen Anreiz zur Sesshaftwerdung zu geben.<sup>39</sup>

Einen weiteren wesentlichen Einschnitt in der landrechtlichen Geschichte Kurdistan-Iraks sollte ein Gesetz zur Bodenreform vom Septem-

---

39 Siehe Martin M. van Bruinessen: *Agha, Scheich und Staat*. Berlin 1989. S. 244ff.

ber 1958 – von der neuen Regierung Qassim erlassen – bewirken. Tatsächlich wurde in der Ebene Sharazur der Landbesitz der Familie Berzinji weitgehend enteignet und an kleine und landlose Bauern verteilt. Eine konsequentere Umsetzung dieser Landreform in Kurdistan verhinderte der permanente Kriegszustand seit 1961 zwischen der kurdischen Nationalbewegung und der irakischen Zentralregierung.

Im Jahre 1970 erließ der Kommandorat der Revolution (KRR) die Agrarreformgesetze Nr. 116/117, die nach ihrem Text die Macht der Großgrundbesitzer im Irak endgültig brechen sollten. Auch diese Gesetze wurden in Kurdistan kaum umgesetzt, diesmal aufgrund der Autonomieverhandlungen und späteren militärischen Auseinandersetzungen.

Zeitgleich mit der brutalen Niederschlagung der Barzani-Revolution 1974/1975 erarbeitete der KRR das Gesetz Nr. 90 »Für die unter autonomer Verwaltung stehenden Gebiete« (Kurdistans) und erließ es am 25. Mai 1975 als Sonderverordnung. Das Gesetz ging weit über die flächenmäßigen Limitierungen an privatem Grundbesitz, wie sie im Gesetz Nr. 117 bezeichnet wurden, hinaus. Angeblich sollte es nur dazu dienen, die Macht der Großgrundbesitzenden in Kurdistan zu brechen. Aber schon aus dem Gesetzestext lassen sich Forderungen, die auf eine völlige Umstrukturierung ländlicher Produktion und Sozialstrukturen abzielten, entnehmen. Ziel der Verordnung war zum einen, kleine und landlose Bauern sowie Landarbeiter von landbesitzenden Aghas und Familien, die in manchen Regionen die führenden Kräfte der kurdischen Bewegung waren, zu spalten. Andererseits sind genügend Beispiele bekannt, daß sich Großgrundbesitzer von der Landreform freigekauft haben und mit dem Baath-Regime kollaborierten. Ziel war aber auch, die ländliche Bevölkerung durch ein eingeführtes staatliches System von Vertrags- und Pachtbauern besser zu kontrollieren und außerdem durch eine geplante strikte Regulierung des Anbaus und die zeitliche Begrenzung der Verträge auf ein Jahr die Bauern von der »Einzelwirtschaft« abzubringen. Dörfer, die sich zur Bildung von staatlich anerkannten Kooperativen entschlossen (und formell mußte jeder, der einen Pachtvertrag wollte, einer der dörflichen Kooperativen beitreten), wurden mit verbesserter agrartechnischer und sozialer Infrastruktur belohnt. Landarbeiter sollten vor allem durch einen Artikel, auf dessen Grundlage Tausende Donum (1 dn = 0,250 ha) Gartenland vom Staat konfisziert und nicht wieder verteilt wurden, dazu bewegt werden, in großen staatlichen Kooperativen oder aber in der Stadt zu arbeiten. Die Umsetzung des Gesetzes Nr. 90 war ein Grund für eine verstärkte Urbanisierung in Kurdistan. Die inkonsequente, insbesondere an politischen

Maßstäben orientierte Umsetzung des Gesetzes ist eine wesentliche Ursache für zahlreiche Landkonflikte, die heute im autonomen Kurdistan Sprengstoff in sich bergen.

Eine andere wesentliche Ursache für eine verstärkte Urbanisierung und Veränderungen in der Agrarproduktion ist in der Erdölpolitik des Irak zu sehen. Durch die Nationalisierungspolitik hatte der Irak aufgrund von Absatzschwierigkeiten zunächst Einbußen. Die Situation änderte sich aber grundlegend nach dem Oktober-Krieg 1973. Jetzt hatte die Regierung die Möglichkeit, billig Getreide und Grundnahrungsmittel einzuführen (vor allem aus den USA), die dann subventioniert auf den Markt kamen.<sup>40</sup>

Der marktorientierte Getreideanbau der kurdischen Bauern wurde also mehr und mehr unrentabel. Bauern in Qaradagh/Provinz Suleimaniya berichteten beispielsweise, daß sie schon Ende der 70er Jahre Getreide und Mehl auf dem Markt gekauft hätten; angebaut worden sei es nur noch fürs Vieh. Auf dem Land konzentrierte sich die ländliche Bevölkerung immer mehr auf die Viehhaltung. Die Regierung reagierte darauf, indem sie z. B. Veterinärzentren in den ländlichen Gebieten errichtete.

Viele Bauern verließen das Dorf, um in der Stadt eine Arbeit im Dienstleistungssektor, in der Verwaltung oder der Industrie anzunehmen und sich eine neue Existenz aufzubauen. Zurück blieben oft die Ärmsten der Armen. Neben der Urbanisierung vollzogen sich aber auch Wanderungen von ärmeren Schichten einer Region in eine andere, in welcher beispielsweise etwas mehr Land frei zur Nutzung lag und sich in Anbetracht der gewissen Unrentabilität von Trockenland rechtliche Freiräume ergaben.

Die Wiederbelebung des bewaffneten Widerstandes nach 1975 hatte auch Folgen für die landrechtlichen Verhältnisse. Schon nach 1975 hat es z. B. in der Provinz Suleimaniya Fälle gegeben, wo gesetzlich enteignete Aghas weiterhin kraft ihrer ökonomischen und politischen Stärke von den Bauern Abgaben forderten. Die Peshmergas linker Parteien unterstützten oftmals die Bauern gegen diese Grundbesitzer.

Komala-Peshmergas, die in den 80er Jahren in Qaradagh aktiv waren, berichteten von einem eigens eingerichteten Komitee für die Lösung sozialer Probleme in der Dörfern. Natürlich griffen sie oft in Landkonflikte ein. Es gab auch regelrechte Verbote, an Aghas, die nicht im Dorf lebten, Abgaben zu leisten. Bauern, die dies dennoch taten, wurden gelegentlich inhaftiert und politisch »geschult«. Bei Auseinandersetzungen zwischen

---

40 Diese Politik ist für viele Erdöl exportierende Länder typisch.

Landbesitzern, die die Peshmergas unterstützten, und Bauern mußte ein bestmöglicher Kompromiß gesucht und gefunden werden, um die Landbesitzer nicht ins Kollaborationslager zu treiben.

In Qaradagh sind viele Fälle bekannt, wo Peshmergas auch Landverteilungen an Bedürftige vornahm. Diese armen Familien bildeten oft bis 1988, d. h. bis zu den Anfal-Offensiven, das Rückgrat der Befreiungsbewegungen. Heute ist dies aber die soziale Schicht, die am wenigsten Ansprüche auf früher bearbeitetes und genutztes Land geltend machen kann.

Kurz erwähnt sei hier noch die *infitah* (arab.: Öffnung), eine Privatisierungspolitik unter staatlicher Kontrolle, die nicht zufällig mit den ersten Jahren und Niederlagen im Iran-Irak-Krieg zusammenfällt. Unter veränderten politischen Bedingungen und ökonomischen Zwängen, aber auch nach dem Scheitern irakischer Kooperativenpolitik, wurden sowohl im industriellen als auch im landwirtschaftlichen Sektor Reformen durchgeführt. So war es nicht mehr notwendig, für die Erlangung bzw. Verlängerung eines Pachtvertrages unbedingt einer landwirtschaftlichen Kooperative beizutreten oder eine solche zu bilden. Auch mußten für solche Pachtverträge keine Gebühren mehr gezahlt werden. Pachtverträge waren dennoch nötig, um vom Staat bereitgestellte Agrartechnik nutzen zu können. Die irakische Landwirtschaftskooperationsbank hatte einen starken Rückgang von Krediten an Kooperationsprojekte zu verzeichnen. Ein staatlich kontrollierter privater Sektor entstand.

Entscheidend für Kurdistan waren das Jahr 1988 und die Anfal-Offensiven, in deren Verlauf ca. 4 500 Dörfer zerstört wurden. Wie schon Mitte und Ende der 70er Jahre waren Tausende Menschen gezwungen, sich in den Umsiedlungslagern (*mudjammaat* – collective towns) niederzulassen. Die Deportationen und Vertreibungen rissen viele Familien auseinander. Entschädigungen für den zerstörten Besitz an Land und Haus gab es nicht; oftmals mit der Begründung, das Land und die Grundstücke, auf denen die Häuser standen, gehörten laut Gesetz dem Staat und seien nur verpachtet worden.<sup>41</sup> Dahingegen boten Banken günstige Kredite für den Hausbau in den collective towns, die die weitere räumliche Aufspaltung der Familien in Einzelfamilien förderten, da Kredite an jede Einzelfamilie

---

41 Nach eigenen Recherchen über die landrechtlichen Verhältnisse in Kurdistan-Irak hatte die Autorin den Eindruck, daß in den seltensten Fällen Pachtverträge entsprechend dem Gesetz Nr. 90 jährlich verlängert und die Gebühren bezahlt worden waren. Mitglieder der Union irakischer Bauern dürften diesen Pflichten am ehesten nachgekommen sein, in den befreiten Gebieten hielt man sich jedoch nicht an die Bestimmungen.

vergeben werden konnten, was die Betroffenen als relativ vorteilhaft akzeptierten. In den collective towns, die in den Ebenen errichtet und militärisch abgeriegelt und kontrolliert wurden, etablierte das Baath-Regime zusätzlich ein System von Kollaborateuren, die für die innere Ruhe und Ordnung zu sorgen hatten und denen die Verteilung von Lebensmitteln auf Lebensmittelbezugskarten oblag. Zunächst herrschte auch ein generelles Arbeitsverbot, das erst später gelockert wurde.

Im Jahre 1990 reagierte das Bagdader Regime auf das UN-Embargo auch in der Weise, daß es in vorsätzlichem Bruch mit allen bis dahin erlassenen Agrarreformgesetzen große Landflächen an *mustashars* verteilte. Kollaborateure und ihre Familien konnten so in den verbotenen Zonen wieder Ackerbau betreiben. Dies sollte zu einer schnellen Steigerung der Weizen- und Gerstenproduktion führen.

Inzwischen war aber die gesamte Bevölkerung in Kurdistan-Irak von Lebensmittelbezugskarten abhängig. Diese Art Versorgung wurde gezielt gegen politische Oppositionskräfte eingesetzt und war eine der besten Kontrollmöglichkeiten für das Regime.

Nach dem Aufstand und der mehr oder weniger freiwilligen Rückkehr Tausender Flüchtlinge aus dem Iran und der Türkei wollten viele Familien in die verlassenen Dörfer zurückgehen. Inzwischen waren aber nicht nur kleine Bauern heimgekehrt, sondern auch ehemalige Großgrundbesitzer erhoben Ansprüche an Land. Viele ehemalige kleine Bauern wollten die collective towns verlassen, weil sie hier, und vor allem nach der Verhängung der internen Blockade und dem Ausbleiben der Bagdader Lebensmittelverteilungen keine Existenzmöglichkeit sahen. Aber auch einstige Bauern, die sich schon in den 70er Jahren in der Stadt eine andere Existenzgrundlage schaffen konnten, sahen jetzt die Notwendigkeit eines Stückchen Lands. Großgrundbesitzer mit Tapus in der Tasche erklärten jetzt die Agrarreform von 1970/1975 für anti-kurdisch und somit null und nichtig und verlangten ihr Land zurück, d. h. forderten von den Bauern Abgaben und Gehorsam wie früher. Vermutlich war es die Kurdische Bauernunion, die 1991/1992 die Bauern dazu aufrief, alte Pachtverträge nach dem Gesetz Nr. 90 bei der Verwaltung einfach erneuern zu lassen, um sich gegen die Ansprüche von ehemaligen Großgrundbesitzern abzusichern. Die Regionalregierung erkannte diese Erneuerungen in der Tendenz an und hat sie sogar als Einnahmequelle (Pachtgebühren) entdeckt. Die Situation ist konfus, es gibt mehrere Interessenlagen, die sich in vielfacher Weise widersprechen und aus ganz existentiellen Gründen nicht miteinander vereinbaren lassen.



## **Der Aufstand und die »humanitäre Intervention« 1991**

Am 26. Februar 1991 zog die irakische Armee aus Kuwait ab. Unmittelbar danach erhob sich im Süden des Irak die schiitische Bevölkerung. In Rania brach am 5. März 1991 ein kurdischer Aufstand aus. Innerhalb weniger Tage vertrieben die aufständischen Kurden die irakische Armee aus Kirkuk und weiten Teilen Kurdistan-Iraks. Die Ereignisse im März 1991 können nur schwer beschrieben werden, da keine umfangreicheren Darstellungen von kurdischer oder anderer Seite vorliegen. Viele Berichte über den Aufstand (kurdisch: raperin, arabisch: intifada) im März/April 1991 beginnen erst mit der katastrophalen Fluchtbewegung und dem Eingreifen der Alliierten. Das Geschehen vor diesen dramatischen Ereignissen ist innerhalb der kurdischen Bewegungen und der kurdischen Bevölkerung umstritten.

Nach dem Auslaufen des UN-Ultimatums, mit dem der Irak zum Abzug aus dem besetzten Kuwait gezwungen werden sollte (15. Januar 1991), mobilisierten die verschiedenen Parteien ihre Peshmerga-Verbände im iranischen Exil und verlegten sie direkt an die irakische Grenze, wo sie sich Anfang März noch befanden. Die kurdische Zivilbevölkerung war von den Kriegshandlungen zwischen den Alliierten und dem Irak betroffen, da die Alliierten auch kurdische Städte bombardierten. Gleichzeitig ließen sie Flugblätter abwerfen und erklärten den Kurden, es würden nur militärische und sicherheitspolitische Objekte angegriffen. Diese befanden sich oftmals inmitten der Städte, so in Suleimaniya und Kirkuk, wo mehrere Hundert Zivilisten ums Leben kamen. Die Alliierten bombardierten collective towns, da sie »Militärlagern sehr ähnlich«<sup>42</sup> sähen. Viele Kurden sahen im Frühjahr 1991 die Veränderung ihrer Situation in greifbare Nähe gerückt. Als Indiz dafür kann die Information der Kurdistan-Front und von medico international gelten, daß nach Kriegsausbruch Bauern im Bahdinan versuchten, in ihre alten, zerstörten Dörfer zurückzukehren.<sup>43</sup> Gleichzeitig befürchteten kurdische Politiker, daß die Türkei im Rahmen

---

42 »die tageszeitung« vom 18. Februar 1991. S. 9.

43 Siehe ebenda.

ihres Alliierten-Engagements den Norden des Iraks besetzt. Tatsächlich waren in grenznahen türkischen Gebieten Tausende Menschen vertrieben worden oder flohen aus Angst vor befürchteten Kriegshandlungen ins Landesinnere.

Kurz vor Ausbruch des Aufstandes schickten die PUK und die KDP Schreiben an bewaffnete Kollaborateure und riefen sie zur Unterstützung des kurdischen Volkes bei einer möglichen Erhebung auf. Im Verlauf des Aufstandes stellten sich viele dieser (ehemaligen) Kollaborateure an die Seite der Aufständischen in den Städten und collective towns.

In den Tagen nach dem 5. März überschlugen sich die Ereignisse. Nach Rania und Qala Dize brachen Erhebungen und Kämpfe in ganz Kurdistan aus. In Suleimaniya gipfelten sie in einem tagelangen Kampf um die berüchtigte Sicherheitszentrale (Amn-i sur), die nach ihrer Erstürmung durch Bewaffnete und die Zivilbevölkerung verwüstet wurde. (Heute leben dort mangels Unterkünften Flüchtlinge aus Kirkuk.) Die Wut der Aufständischen während und nach der Erhebung zeigte sich darin, daß sie die Einrichtungen und Wohnungen des Militärs und der Sicherheitskräfte so weit wie möglich plünderten und zerstörten. Das galt auch für staatliche und andere Verwaltungsstellen. Vielerorts wurden während des allgemeinen Chaos wichtige Unterlagen über die Baath und ihre Kollaborateure vernichtet. In Stadtvierteln und Betrieben von Suleimaniya und anderen Städten bildeten sich innerhalb kurzer Zeit Räte (Shura). Diese Räte trugen unabhängige Kommunisten und damals schon existierende kommunistische Organisationen. Die Shura propagierten nicht nur den Kampf gegen das Baath-Regime, sondern vor allem einen sozialistischen Umsturz der Gesellschaft. Außerdem traten sie von Anfang an gegen die Parteien und Peshmergas der Kurdistan-Front auf. Aktivisten dieser Rätebewegung behaupten, nur sie allein sind auf den Aufstand vorbereitet gewesen. Sie sagen, daß sich die Volksmassen ohne die Hilfe der zu spät kommenden Peshmergas erhoben. Nach den Erfahrungen von 1988 ist es unwahrscheinlich, daß die kurdische Zivilbevölkerung auf die Straße gegangen wäre, wenn sie sich nicht auf ein Eingreifen der Peshmergas hätte verlassen können. Abgesehen davon gab die unmittelbare Nähe der Golfkriegsalliierten vielen Menschen Mut, sich an dem Aufstand zu beteiligen. Es darf nicht vergessen werden, daß viele Familien Angehörige verloren haben, die für diese oder jene Partei der Kurdistan-Front gekämpft hatten. Schon deshalb erwarteten und begrüßten diese Familien die Peshmergas. In ihrem alten Konflikt mit den historischen Befreiungsbewegungen scheinen die kommunistischen Organisationen nicht unbedingt einen Blick für die gesellschaftli-

chen Realitäten gehabt zu haben. In verschiedenen Orten bildeten sich Räte ohne deren Hilfe, die schnell von kommunistischen Gruppen vereinbart wurden.<sup>44</sup>

Schon zwei Tage, nachdem es der Bevölkerung und den Peshmergas gelungen war, Kirkuk zu befreien und am 21. März ein freies Newroz-Fest zu feiern, rückte die irakische Armee wieder nach Norden vor. Da sie geschwächt war und der Großteil ihrer Truppen immer noch im Süden stand, setzte Bagdad seit Beginn des Aufstandes zumindest in den südöstlichen Gebieten Kurdistan-Iraks (Tuzkhurma, Kifri etc.) die iranische oppositionelle Modjahedin-i khalgh (Volksmudjaheddin) ein, die im Irak gut ausgerüstete Militärbasen besitzen. Das Regime verstärkte nun die Luftangriffe auf kurdische Städte und konnte schnell wieder Kirkuk und Erbil einnehmen.

Zur schnellen Niederlage der kurdischen Erhebung führte eine Reihe von Faktoren. Zum einen bestanden zwischen den einzelnen Peshmerga-Verbänden und Parteien, aber auch innerhalb letzterer, keine ausreichende Koordinierung und Organisation. Zum anderen nahmen an den Kämpfen seit dem 5. März nicht nur ehemalige Kollaborateure, sondern auch viele Zivilisten teil, die sich einfach ein Gewehr umgehängt hatten. Diese Gruppen waren noch schwieriger zu koordinieren. Abgesehen davon sollen die jash beim Vorrücken der irakischen Armee zu den Ersten gehört haben, die fluchtartig das Land verließen. Bei der Verteidigung des zurückeroberten Landes konnten sich die Peshmergas diesmal nicht auf ländliche Strukturen stützen. Der Einsatz übermächtiger Militärtechnik und die Drohungen Saddam Husains lösten bei einem Großteil der Bevölkerung Panik aus. Die PUK und die KDP waren sich überdies nicht einig, ob und wie die Kämpfe fortgesetzt und die Alliierten zum Eingreifen bewegt werden konnten. Noch wenige Wochen zuvor hatte ein Sprecher der Kurdistan-Front, Kemal Fuad, eine »Besetzung Iraks durch ausländische Truppen [als ...] weder notwendig noch wünschenswert«<sup>45</sup> ausgeschlossen und der irakischen Opposition den Sturz des Regimes zugetraut. Nun flohen über zwei Drittel der Bevölkerung ins Ausland, mehrere Hundert fanden dabei in den Minenfeldern den Tod, viele starben in den nächsten Tagen und Wochen an Kälte und Krankheit.

Die Alliierten sahen dem brutalen Vorrücken der Armee bis zum 5. April zu. Dann verkündete George Bush die Einrichtung eines »Safe

---

44 Interview der Autoren mit Wesira Jalal in Suleimaniya im September 1994.

45 »die tageszeitung« vom 18. Februar 1991. S. 10.

Haven«, der einen Teil des Gouvernerats Dohuk an der türkischen Grenze umfaßte. Die Niederlage des Aufstands, die im Ausland nie richtig verstanden wurde, läßt sich mit dem Trauma, das Halabça und die Anfal-Offensiven 1988 im kurdischen Bewußtsein hinterlassen haben, erklären. Es schien, als sei der Widerstandswillen der kurdischen Bevölkerung im Nordirak ein für allemal gebrochen. Irakische Sicherheitskräfte besetzten die Städte. Die Peshmerga-Verbände und Teile der geflohenen Bevölkerung blieben in vielen ländlichen Gebieten.

Etwa 900 000 Kurden flüchteten in die Türkei. Für sie stellten die Golfkriegsalliierten im Rahmen ihrer am 16. April begonnenen Operation »Provide comfort« Lebensmittel und andere Nothilfe im Wert von ca. 248 Mill. \$ zur Verfügung. Für die mehr als 1,3 Mill. Flüchtlinge im Iran mußte vor allem die Bundesregierung, die die besseren Beziehungen zum iranischen Regime hatte, eingreifen. Sie stellte Mittel im Wert von 128 Mill. \$ bereit. An der Umsetzung der »Hilfe« waren über 2 000 bundesdeutsche Soldaten beteiligt.<sup>46</sup>

Am 18. April vereinbarte der UN-Sonderbotschafter Sadruddin Agha Khan mit dem Baath-Regime ein »Memorandum of Understanding«. Darin vereinbarten die UNO, die Alliierten und das Baath-Regime die Modalitäten der Arbeit der Hilfsorganisationen. Auf diese Weise wollten die UNO und die Alliierten die Flüchtlinge wieder in den Irak zurücktreiben. Das widersprach der Genfer Flüchtlingskonvention, die die Alliierten und die anderen beteiligten westlichen Länder unterzeichnet hatten.<sup>47</sup> Sie warfen Lebensmittel für die Flüchtlinge in immer größerer Entfernung von der türkischen Grenze über irakischem Gebiet ab. Daß die Rückkehr der geflohenen Kurden nicht unbedingt freiwillig erfolgte, bewiesen die Protestdemonstrationen in den Flüchtlingslagern. Die Alliierten errichteten drei große Lager und zählten die Flüchtlinge. Ein längerer Aufenthalt war nicht vorgesehen. In Lkw-Kolonnen wurden viele Flüchtlinge wieder in den Irak, in den »Safe Haven« gebracht, wo sie von der UNO Nahrungsmittel für vier Monate erhielten. Dort legte die UNO für die Flüchtlinge große Zeltlager als Zwischenstationen an oder brachte sie in ehemaligen Militäreinrichtungen unter. Mitte Juni, nachdem sich die irakische Armee aus der Stadt Dohuk und aus Teilen der Provinz Erbil zurückgezogen

46 Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Hilfe der Bundeswehr für Menschen in Not. Bonn Juli 1991. S. 7f.

47 Im Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, keinen Flüchtling, dessen Leben und Freiheit aus ethnischen, politischen, religiösen und anderen Gründen bedroht ist, in sein Herkunftsland zurückzuschicken.

hatte, »repatriierten« die Alliierten Flüchtlinge aus der Türkei weiter ins Landesinnere. Im August unterzeichneten der UNHCR und CARE/USA einen Vertrag zur Auflösung der Flüchtlingslager in der Türkei.

Die Flüchtlinge im Iran übernahm der UNHCR und schaffte sie zurück in den Irak. Wegen der ungenügenden Vorbereitung der Massentransporte liefen die Flüchtlinge über Minenfelder in der Grenzregion. Etliche kamen ums Leben oder wurden verstümmelt. Da sich die Flüchtlinge nun wieder auf dem Territorium des Landes befanden, aus dem sie geflüchtet waren, wurden sie als internal displaced (Binnen-Vertriebene) betrachtet und nicht mehr als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention angesehen. Ein Mandat des UNHCR würde also nicht bestehen.

Das wichtigste Ziel der UNO, der Alliierten und des UNHCR war die Rückführung der Flüchtlinge. Bei einer solchen Aktion ist es immer eine Streitfrage, ob die Lebensgrundlagen der »Rückkehrer« gesichert sind. Das Ausmaß der Verminung Kurdistans war bereits 1983 bekannt. Ohne ein Programm zur Ortung und Beseitigung der Minenfelder ist eine Wiederansiedlung von Flüchtlingen in Kauf genommene Tötung. Trotz der schnellen Proklamierung der Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades ist die kurdische Bevölkerung nicht vor militärischen Übergriffen sicher. Bereits im August 1991 bombardierten türkische Flugzeuge Dörfer in Kurdistan-Irak. (Ein Vertrag aus dem Jahre 1983 erlaubt der Türkei und dem Irak grenzüberschreitende militärische Operationen.) Luftangriffe und Besetzungen irakischen Territoriums durch die türkische Armee häufen sich seit 1993. Die Türkei rechtfertigt ihre Kriegsführung in Kurdistan-Irak mit dem Kampf gegen die im türkischen Teil Kurdistans operierende PKK. Diese von der Türkei als Terrorismusbekämpfung bezeichneten Interventionen stießen weder bei den Alliierten noch bei der UNO auf Protest oder Widerstand. Pikant ist, daß die Türkei dabei Flugzeuge desselben Typs wie die Alliierten bei der Luftüberwachung benutzen. Seit 1993 bombardiert der Iran aus Flugzeugen und mit Raketen systematisch Dörfer in Kurdistan-Irak. Die stationierten UN-Guards sind die ersten, die flüchten. Doch auch hier schritt die Luftraumüberwachung nicht ein. Selbst der irakischen Armee gelangen Operationen in der Flugverbotszone.

Die Alliierten des zweiten Golfkrieges und die UNO stellten ihre Aktivitäten als »humanitäre Intervention« zugunsten der kurdischen Flüchtlinge dar. Die Tatsachen zeigen, daß die Türkei und der Iran nicht bereit waren, eine große Anzahl kurdischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Im Oktober 1991 demonstrierten Hunderttausende in Kurdistan für die Einbeziehung Kirkuks in die alliierte Sicherheitszone und die Eröffnung eines UNHCR-Büros in dieser Stadt. Viele Flüchtlinge konnten nach der Rückführung aus dem Iran nicht ihre Heimatstadt Kirkuk betreten. Zu diesem Zeitpunkt standen Stadt und Provinz Suleimaniya sowie Teile Kirkuks immer noch unter der Kontrolle der irakischen Armee. Gleichzeitig war es den Peshmergas im Rahmen eines Waffenstillstandes möglich, in Kurdistan präsent zu sein. Die Situation gestaltete sich zugleich merkwürdig und explosiv. So teilten sich in vielen Städten und auf Hauptstraßen irakische Soldaten und Sicherheitskräfte, die jetzt zahlenmäßig nur noch ein Bruchteil des Bestandes von vor 1991 ausmachten, mit den Peshmergas Kontrollpunkte. Die Peshmergas mußten auch Einrichtungen der Baath schützen. Provokationen und Zusammenstöße zwischen beiden Seiten gab es immer wieder. Die irakische Zentralregierung lieferte in die aufständischen Gebiete weiter große Mengen Lebensmittel, die von der immer noch funktionierenden staatlichen Verwaltung verteilt wurden. Allen staatlichen Bediensteten zahlte die Regierung in Bagdad den zustehenden Lohn. Aus dem Iran kehrten viele Flüchtlinge in ihre Häuser in den Umsiedlungslagern zurück, die nicht von der irakischen Armee kontrolliert wurden. Dort erhielten sie weiterhin die staatlichen Lebensmittelzuweisungen und ihren Lohn als staatliche Bedienstete. Es schien, als würde alles so weitergehen, bis ein neuer Autonomievertrag ausgehandelt wäre.

Mit dem Beginn der UN-Überwinterungshilfe brach die irakische Regierung die Verhandlungen mit der Kurdistan-Front ab. Nachdem sich die irakische Armee aus Suleimaniya zurückgezogen hatte, verhängte das Bagdader Regime im Oktober 1991 die interne Blockade über Kurdistan.

## **Die Arbeit der Hilfsorganisationen**

Die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen begann als Nothilfe für die zurückgekehrten bzw. rückgeführten Flüchtlinge. Der UNHCR bot als Anreiz für die Rückkehr Lebensmittelrationen für vier Monate und Baumaterial für primitive Häuser (shelter). Kurdische Organisationen nahmen Kontakt zu Flüchtlingen auf, die sofort in ihre größtenteils zerstörten Dörfer zurückkehren wollten. Noch im Spätsommer 1991 begannen Familien mit dem Bau einfacher Häuser aus Stein, Holz und Lehm, auch auf die Gefahr hin, daß der Lehm vor dem Herbstregen nicht mehr trocknen würde. Ausländische Hilfsorganisationen verteilten Lebensmittel, Decken und Haushaltsgegenständen für die in ihren Dörfern Überwinternden. Die meisten Dörfer sind im Winter mehrere Monate eingeschneit und auf befestigten Straßen nicht erreichbar. Wegen der früh einsetzenden Schneefälle erfolgte die Versorgung teilweise mit Hubschraubern. Die Versorgung der in den Städten und collective towns Bleibenden war einfacher. Ein grundsätzliches Problem für die tonnenweise Einfuhr von Lebensmitteln und Zement war und ist die Grenze zwischen der Türkei und dem kurdisch kontrollierten Kurdistan. Oft bildeten sich kilometerlange Staus der Hilfskonvois. Die Arbeit der Hilfsorganisationen kam fast völlig zum Erliegen, wenn die Türkei wie im November 1991 und im Sommer 1994 die Grenze schloß. Die Transitroute via Zakho ist die einzige Versorgungsader Kurdistans. Auch ein Großteil der Hilfslieferungen in den von Bagdad kontrollierten Irak erfolgt über diesen Weg. Die aus Mossul zurückkehrenden Truckfahrer nehmen irakisches Benzin in bis zu 2 000 Liter fassenden Kanistern mit und verkaufen es in der Türkei. Dieses Geschäft unterläuft das UN-Embargo. Von ihm profitieren sowohl der Irak als auch die Türkei. Die Türkei erlitt durch das UN-Embargo große wirtschaftliche Verluste, da der gesamte Handel mit dem Irak zum Erliegen kam. Für die kurdischen Orte in der Türkei sind die Werkstätten und Restaurants entlang der Transitstrecke ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Von dem großen Absatzmarkt in Kurdistan-Irak für Zement, Reis, Weizen und andere Grundnahrungsmittel profitieren nur wenige Betriebe und der türkische Staat durch Steuern und seine Grenzbeamten.

Kurdistan-Irak besaß im Sommer 1991 genügend Lebensmittel und Ressourcen um die Bevölkerung zu versorgen. Die Hilfsorganisationen orientierten sich hauptsächlich auf die »staatliche« Lebensmittelverteilung. Die damit sofort beginnende massenhafte Einfuhr von Lebensmitteln zerstörte die lokalen Marktstrukturen. Die Hilfsorganisationen begriffen nicht, daß die Bevölkerung auf mehr als Weizen, Reis und Öl angewiesen ist. Wenn finanzielle Mittel verfügbar waren, besorgte sie sich das Benötigte auf andere Weise. Auf die informellen Überlebensstrategien sind die Hilfsorganisationen bisher kaum eingegangen. Im besten Fall registrierten sie das Ausmaß des »Schmuggels«.

Mit dem Zusammenbruch des irakischen Staates in Kurdistan begann auch der Ausverkauf der materiellen Ressourcen. In der verständlichen Wut auf den repressiven Wohlfahrtsstaat wurden auch medizinische und soziale Einrichtungen zerstört. Maschinen, Geräte und was sich irgendwie veräußern ließ, eigneten sich einzelne an und verkauften dies hauptsächlich in den Iran. Die kurdische Bevölkerung löste ihre Rücklagen auf und wandelte private Wertgegenstände in Geld um. Das machte den Ausverkauf Kurdistans perfekt. Ein weiteres Anzeichen für die permante Unterversorgung ist der Verkauf verteilter Schafe und ausgegebenen Zements.

Eine unmittelbare Folge der Lebensmittellieferungen war die Blockade Kurdistans durch die irakische Regierung. Das Bagdader Regime reduzierte seine Lieferungen in die kurdischen Gebiete auf 25% der bisher üblichen Menge im Oktober 1991, auf 12,5% im Februar 1992 und auf 6% im März. Im Juli 1992 stellte es die Lieferungen ganz ein. Die Zentralregierung forderte Beamte und Lehrer auf, sich ihre Gehälter in Bagdad, Kirkuk oder Mosul abzuholen. Vor allem Ärzte und Fachkräfte sowie fast sämtliche Ausländer begaben sich in irakisch kontrolliertes Gebiet, was zu einer dramatischen Verschlechterung der Versorgungslage führte. Für die verbliebenen ehemaligen staatlichen Bediensteten zahlte nun die kurdische Regierung die Gehälter, die 1992 etwa 30% des Budgets von 1,37 Mrd. Irakischem Dinar (I. D.) ausmachten. Deren Haupteinnahmequelle waren Zölle auf die Hilfslieferungen aus der Türkei über Zakho nach Kurdistan und über Mossul nach Irak.<sup>48</sup>

Besonders fatal wirkt sich aus, daß Kurdistan seit der Verhängung der internen Blockade völlig vom irakischen Erdöl abgeschnitten ist. Benzin und Brennstoffe gelangen über informelle Kanäle aus dem Iran oder dem

---

48 Siehe Ronald Ofteringer/Ralf Bäcker: A Republic of Statelessness. In: Middle East Report (1994)187/188. S. 40–45.

von Bagdad kontrollierten Irak nach Kurdistan. Die Preise sind entsprechend hoch. Die Hilfsorganisationen verteilen im Winter Kerosin. Das Kerosin kaufen die UN-Organisationen von Bagdad. Von diesem Handel profitiert die Zentralregierung, da alle Geschäfte mit dem alten Wechselkurs aus der Zeit vor der Kuwait-Krise von 1990 (1 I. D. = 3 US \$) abgewickelt werden. Für 1 US \$ erhielt man 1993 in Kurdistan-Irak ca. 50–70 I. D. und in Bagdad bis zu 200 I. D. Nur auf dieser Grundlage konnten und können die UN-Organisationen im gesamten Irak tätig sein. Der permanente Brennstoffmangel führte zum fast vollständigen Abholzen der Wälder. In den Städten ist in beschränktem Maße Strom für das Heizen verfügbar. Die Überlastung des Netzes und die Größe des Gebietes erforderten tägliche Stromabschaltungen. Zum Teil versorgten die Kraftwerke in Kurdistan andere Teile des Irak, wie auch Teile Kurdistans von Mossul aus Strom erhielten. Im Sommer 1993 unterbrach das Baath-Regime die Stromtrasse in die kurdische Provinz Dohuk. Lange Verhandlungen mit Hilfe der UNO führten zu keinem Ergebnis. Schließlich vereinbarte die Kurdische Regionalregierung mit der Türkei Stromlieferungen. Kurdische Stellen arbeiten daran, über die Staudämme Derbendikhan und Dokan eine unabhängige Stromversorgung aufzubauen.

Da UN-Embargos für ganze Staaten gelten, kann die UNO Kurdistan-Irak völkerrechtlich nicht von ihrem gegen den Irak gerichteten Embargo ausnehmen. Daher dürfen nach Kurdistan nur Lebensmittel, Medikamente und Baumaterial für einfache Häuser (shelter), jedoch nicht Ersatzteile, Brennstoffe und Waren, die über die Grundversorgung von Flüchtlingen hinausgehen, eingeführt werden. Die Hilfsorganisationen beschränken sich deshalb auf die Unterstützung der Landwirtschaft und die Verteilung der Hilfsmittel. Das städtische und dörfliche Handwerk sowie die verarbeitenden Betrieben erhalten keine oder kaum Unterstützung. Fast sämtliche Fabriken sind geschlossen, weil Ersatzteile und oft jegliche finanzielle Mittel fehlen. Die Städte bleiben von ständiger Lebensmittelhilfe abhängig. Um die collective towns herum ist bedingt Landwirtschaft möglich.

Seit dem Spätsommer 1991 fördern internationale Hilfsorganisationen den Wiederaufbau der Dörfer, um die Landwirtschaft und die allmähliche Selbstversorgung anzuregen. Je nach Finanzkraft verteilen sie an registrierte Familien Baumaterial, Lebensmittel und Saatgut. In den meisten Fällen bedeutet der Wiederaufbau die Neuanlage eines Dorfes, das 1975 oder 1988 dem Erdboden gleichgemacht wurde. Brunnen und Quellen sind zerstört. Gärten und Felder lagen jahrelang brach und verwahrlosten. Im Gegensatz zu früher besitzt kaum eine Familie Schafe, Ziegen oder

andere Haustiere. Traktoren und Diesel sind kaum verfügbar. Die jetzigen landwirtschaftlichen Bedingungen unterscheiden sich wesentlich von denen vor den Vertreibungen. Die als Subsistenz bezeichnete Selbstversorgung auf landwirtschaftlicher Basis kommt in keinem Fall ohne eine gewisse Marktproduktion aus, da nie alle benötigten Güter von den Bauern hergestellt werden. Daher wäre in Kurdistan-Irak der Anbau landwirtschaftlicher Produkte zum Verkauf nötig. Insbesondere die Bewältigung der Transportprobleme der zum Verkauf bestimmten landwirtschaftlichen Güter ist teuer und läßt nur einen geringen Gewinn zu. Daher bleibt die Bevölkerung nach der Fertigstellung der Häuser weiter von den Lieferungen der Hilfsorganisationen abhängig. Diesen Zusammenhang beachten viele Organisationen zu wenig. Ihre Projekte basieren auf einem falschen Verständnis von Subsistenz. Sie befassen sich selten mit den Problemen der Verarbeitung und Vermarktung. An der Vielfalt der kurdischen Landwirtschaft knüpft die Arbeit der Hilfsorganisationen nicht an. In vielen Fällen folgen daraus enorme Ausbeutungsverhältnisse wegen strittiger Land- und Wasserrechte. Die katastrophale wirtschaftliche Situation läßt die soziale Schere weit aufgehen. Internationale Organisationen sind kaum in der Lage, lokale Verhältnisse wirklich zu durchschauen, geschweige denn zu beeinflussen.

Es gibt viele Beispiele von Mißerfolgen und Fehlern: Dörfer wurden falsch projiziert und im Stil der *collective towns* gebaut. Solche Projekte lassen für die Eigeninitiative der Bevölkerung wenig Raum. Dorfbewohner bauten die Häuser nicht fertig, weil ihnen die Situation in der Stadt sicherer erschien oder das Wasserproblem nicht gelöst wurde. Wiederaufbauprojekte bleiben unvollendet bzw. erweisen sich als sinnlos, weil die Bauern kein Land besitzen. Verteilte Schafe verendeten, da die veterinärmedizinische Betreuung nicht gewährleistet war. Schulen blieben leer, weil kein Haus für die Lehrer gebaut wurde. Die Hilfsorganisationen prüfen zu wenig die Nachhaltigkeit der Projekte. Problematisch ist, daß ein Teil der ländlichen Bevölkerung von den Hilfsmaßnahmen profitieren kann, während die Lehrer oder Mitarbeiter des Gesundheitswesens in den Dörfern weiterhin für maximal 250 I. D. tätig sind. Dieser Betrag reicht kaum zur eigenen Ernährung. Während in Zukunft ein Teil der Bevölkerung überleben kann, verkommen die *collective towns* zu Slums, in denen oftmals die Verlierer von Landstreitigkeiten und Witwen zurückbleiben. Die ehemals städtischen (Mittel-)Schichten (Arbeiter, Beamte, Lehrer) versinken in Arbeitslosigkeit und leben von den Lieferungen der Hilfsorganisationen. Die Regionalregierung hatte kein Geld, um Fabriken, die während des zweiten

Golfkrieges oder nach dem Aufstand bankrott gegangen sind oder zerstört wurden, wieder zu eröffnen. Im Ausland gibt es für solche Projekte kein Interesse. Kleinere Hilfsorganisationen versuchen mit dem Ideal selbstverwalteter Industriebetriebe, die Gründung von Manufakturen zur Textilherstellung oder Lebensmittelverarbeitung zu unterstützen.

Ein schwer zu lösendes und bis heute nicht bewältigtes Problem ist die Koordination unter den ausländischen Hilfsorganisationen. Die Lebensmittelhilfe erreicht viele Gebiete, aber nicht die gesamte Region. Die politischen Voraussetzungen für die kontinuierliche Arbeit sind denkbar schlecht. Schon 1991 bahnten sich starke Unterschiede in der Versorgungslage zwischen einzelnen Gebieten und die Konzentration der Projekte auf den Westen Kurdistan-Iraks (Bahdinan) an. Viele Organisationen stießen bei ersten Kontakten auf KDP-nahe Personen und blieben in KDP-dominierten Gebieten. Die einzige Einreisemöglichkeit ist der Weg über Zakho, der größten Basis der Hilfsorganisationen. Hier blieben viele Organisationen und planten Projekte hauptsächlich in Bahdinan. Wegen der zunehmend komplizierteren Sicherheitslage mag auch der kurze Fluchtweg zu einer Ansiedlung in Zakho beigetragen haben. Das immer größer werdende Ungleichgewicht zeigt sich in der Tatsache, daß im Sommer 1994, noch während der Kämpfe zwischen der KDP und der PUK, die Provinzregierung von Dohuk an 700 000 Personen Weizen verteilte und an ca. 1 300 »Beamte« zusätzlich 500 I. D. zahlte. (Das Durchschnittsgehalt betrug damals 200–250 I. D.) Der kurdischen Regionalregierung und den Provinzverwaltungen von Erbil, Suleimaniya und Kirkuk fehlten die Mittel für solche Maßnahmen. Lange Zeit weigerten sich große NGOs, südlich des 36. Breitengrades zu arbeiten. Als Begründung gaben sie Sicherheitsfragen an. In den seit Ende der 70er Jahre entsiedelten Grenzgebieten zur Türkei und zum Iran war keine Organisation zu Projekten bereit. 1991 bombardierte die türkische Luftwaffe in dieser Region wiederaufgebaute Dörfer. Auch die Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und Peshmergas der KDP mit der PKK-Guerilla im Herbst 1992 fanden in den grenznahen Gebieten statt.

Im März 1992 wurde das »Memorandum of Understanding« nicht sofort verlängert. Während der Verhandlungen kamen die Hilfsaktionen fast zum Erliegen. Erst im Oktober konnten die UN-Mitarbeiter wieder einreisen. In der neuen Vereinbarung verpflichteten sich alle unterschreibenden Organisationen zur umfassenden Zusammenarbeit mit der Bagdader Zentralregierung. Das Memorandum soll die Grundlage für die Arbeit aller internationalen Hilfsorganisationen sein. Doch nur wenige unterzeichne-

ten die Vereinbarung, da die Behinderung der Arbeit keine Grenzen kennt. Beispielsweise müssen UN-Mitarbeiter über Jordanien und Bagdad nach Kurdistan einreisen. Das Warten auf ein Einreisevisum dauert Monate. Das heißt, daß Organisationen, die das Memorandum nicht unterzeichnet haben, illegal in Kurdistan arbeiten. Damit sind sie Zielscheibe für Attentate. Die Sicherheit der UN-Mitarbeiter ist nicht besser. Ihnen gelten die meisten Anschläge, da sie ein US-gesteuertes Weltsystem repräsentieren, das für die katastrophale Situation im Irak verantwortlich gemacht wird.

Die Schwierigkeiten der Nicht-Anerkennung der kurdischen Administration erkannten selbst die Hauptgeberländer. Sehr zögerlich begannen sie mit Ministerien und Gouvernements zusammenzuarbeiten. Dennoch geht ein viel zu großer Teil der Hilfsgelder für die Planung und die Projektbetreuung der eigentlichen Hilfe verloren. Durch die Kooperation mit der Administration könnten viele Kosten gespart werden, und die Arbeit wäre effektiver.<sup>49</sup>

Die politischen Umstände degradieren die Hilfsorganisationen zu Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung. Sie übernehmen staatliche Funktionen und leisten Fürsorge. Sinnvoller wäre es, wenn sie die selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in Kurdistan-Irak fördern würden.

UN-Organisationen und NGO's nutzen bei der Lebensmittelverteilung die Einrichtungen, die das Baathregime nach der Zerstörung der ländlichen Strukturen aufbaute. Dieselben Agenten sind für die Weiterverteilung der Lebensmittel zuständig und bekommen eine kleine Provision. Die Lebensmittel werden nur in den Städten und den collective towns verteilt. Da die kurdische Bevölkerung hier relativ sicher ist, wird so ihre Abhängigkeit verstärkt und der Wiederaufbau der Landwirtschaft gestört. Oftmals bekommen Menschen, die mit dem Baath-Regime zusammengearbeitet haben, ökonomische Machtmittel in die Hand. Sie erlangen Kontrolle über Land-, Wasser-, Öl- und Lebensmittelressourcen und können so ihre Existenz auf Kosten anderer sichern. In ihrem Familienzusammenhalt stellen sie auch eine lokale militärische Macht dar und rekrutieren Anhänger. Mitunter machen diese Personen heute in den etablierten Parteien Karriere. Das zeigt, daß sie sich langfristig politisch und ökonomisch absichern konnten, und daß die Parteien auf ihre Machtposition angewiesen sind. Besonders die Islamische Bewegung (IBK), die im Befreiungskampf bisher keine Rolle spielte, profitierte von solch einflußreichen Personen.

---

49 Siehe Ronald Ofteringer/Ralf Bäcker: A Republic of Statelessness. In: Middle East Report (1994)187/188. S. 40–45.

Unter den ausländischen Hilfsorganisationen verfügen UNICEF und UNHCR über die größten Mittel. Sie beschränken sich auf Verteilungsmaßnahmen. Zu den kontinuierlich arbeitenden Hilfsorganisationen zählten bis zum Mai 1994 die hauptsächlich aus Mitteln des Landes Niedersachsen finanzierten Organisationen Arbeiter-Samariter-Bund und Kinder in Not, die Schweizer Caritas, medico international, OXFAM (Großbritannien), Medicines sans Frontiers, Equi Libre, France Liberté (Frankreich), OFDA (USA), World Food Programme und Care International. Viele Organisationen finanzieren ihre Projekte aus Mitteln der Regierungen, der Europäischen Union sowie mit Spenden. In einigen Organisationen arbeiten ehemalige amerikanische und britische Offiziere, die 1991 als Alliierte im Nordirak stationiert waren. Sie nutzten die Gelegenheit, um dem Militärdasein zu entfliehen und Menschen helfen zu können. Daneben gab es viele kleine private Organisationen, die sich mit Sach- und Geldspenden in Kurdistan engagierten. Sie mußten oft feststellen, daß ihre Vorstellungen nicht den wirklichen Verhältnissen entsprachen. So viel Mühe diese kleine Hilfe auch macht, sie bleibt letztlich ineffektiv.

Wegen des Fehlens konsularischer Vertretungen repräsentieren die ausländischen Hilfsorganisationen die westlichen Geldgeberländer. In ihrer Arbeit spiegeln sich außenpolitische Interessen wieder. Zweifellos dient die Anwesenheit bestimmter Mitarbeiter auch der Informationsbeschaffung. Der Military Coordination Council (MCC) in Zakho, der den Schutz der Alliierten für die Bevölkerung symbolisieren soll, ist selbst keine Hilfsorganisation, nimmt aber für die NGO unterstützende Funktionen wahr.

Kurdische NGO entstanden fast ausschließlich auf Initiative von Fachleuten, die vor dem Aufstand in verschiedenen Departments und als Beamte gearbeitet haben. Viele Spezialisten besitzen Erfahrungen im Bausektor. Sie gehen mit großem Engagement und Professionalität an die zu lösenden Aufgaben und bemühen sich vorsorglich um eine gute Zusammenarbeit mit den ausländischen Hilfsorganisationen, von denen der überwiegende Teil der Mittel für den Wiederaufbau stammt. Trotzdem ist eine permanente Konkurrenz zwischen den Organisationen zu spüren. Die meisten dehnten ihre Aktivitäten auf das gesamte Kurdistan aus. Die Verwirklichung prestigeträchtiger Projekte steht manchmal im Vordergrund. Die NGO sind mittlerweile zu profitorientierten Wirtschaftsunternehmen geworden. Einzelne Mitarbeiter sichern sich persönlich ab und unterhalten daher Verbindungen zur irakischen Verwaltung.

Die Kurdistan Reconstruction Organization (KRO) gründeten Mitarbeiter einer Baufirma in Dohuk. Sie erarbeitete ein komplexes Programm

für den flächendeckenden Aufbau von Dörfern und die Ankurbelung der Landwirtschaft. Damit erwies sie sich als der geeignetste Partner für Hilfsorganisationen wie caritas und ASB, die mit einem großen Budget arbeiten. Ihr Vorsitzender wechselte später für die KDP ins Ministerium für Wiederaufbau. Die Kurdistan Agriculture Rehabilitation and Development Organization (KARDO) entstand im April 1991 in Erbil. Sie unterstützt vielfältige landwirtschaftliche Projekte und erwarb mit konkreter und direkter Hilfe das Vertrauen der Bauern. Die Kurdistan Shelter Reconstruction Organization (KSRO) engagiert sich bei der Errichtung landwirtschaftlicher Gebäude und Einrichtungen. Die Kurdistan Reconstruction Society (KURDS) baut vor allem Schulen sowie Krankenstationen und organisiert Wasserprojekte. Die Kurdistan Relief Assoziation (KRA) ist an kleineren Dorfprojekten und an der Verteilung von Saatgut beteiligt.

## **Das kurdische Nationalparlament und die Regionalregierung**

Die Verhandlungen zwischen der Kurdistan-Front und der Bagdader Regierung wurden im Sommer/Herbst 1991 ergebnislos abgebrochen. Zusätzlich zum UNO-Embargo litten die befreiten kurdischen Gebiete nun unter der inneren Blockade der Zentralregierung. Die Bevölkerung begann die Folgen der wirtschaftlichen Krise zu spüren. So geriet die Kurdistan-Front innenpolitisch unter Druck. Während und nach dem Aufstand im Frühjahr 1991 entstanden neue politische Parteien und Vereinigungen, die ihr Profil suchten. Es war abzusehen, daß die Alliierten ihre Schutzfunktion noch eine Weile ausüben würden. In diesem Umfeld schuf die kurdische Befreiungsbewegung Institutionen, die die erkämpfte Autonomie organisieren bzw. nach außen repräsentieren konnten.

Am 8. April 1992 erließ die Kurdistan-Front das Gesetz über das Kurdische Nationalparlament des Irak. Es legt fest, daß nach dem Verhältniswahlrecht (auf 30 000 Stimmen ein Mandat) und mit einer Sperrklausel von 7% 100 Abgeordnete für eine Legislaturperiode von drei Jahren gewählt werden. Am 19. Mai 1992 fanden die Wahlen statt. Die Listen der Parteien waren farblich gekennzeichnet und enthielten die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge. Wahlberechtigt war jede Bürgerin und jeder Bürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hatte. Problematisch war, daß als Wahlberechtigungsausweis die irakische Identitätskarte galt, die viele gar nicht mehr besaßen. Also mußten in den Büros der örtlichen Kurdistan-Front unter Hinzuziehung von jeweils mehreren Zeugen neue Karten ausgestellt werden. In anderen Fällen genügte es, wenn jemand unmittelbar vor dem Wahlgang in Anwesenheit der Wahlkommission des Büros und wiederum mehrerer Zeugen beim Koran die eigene Identität schwor.

Am Wahltag explodierte in Zakhō eine Autobombe, drohte Saddam Husain mit einem Angriff, griffen türkische Flugzeuge den Norden Bahdīnans an und bezeichnete die Regierung in Ankara die Wahlen als feindlichen Akt, da im Gegensatz zur christlichen für die turkmenische Minderheit die Sperrklausel nicht aufgehoben wurde. Dennoch verlief die Wahl in friedlicher Atmosphäre und ergab folgendes Bild:

Partei/Listenverbindung	Stimmen	in %	Mandate <sup>50</sup>
KDP/gelb	437 879	45,26	51
PUK/Zahmet Kêshan/grün	423 833	43,81	49
IBK/weiß-grün	49 108	5,07	0
KSP/PASOK/blau	24 882	2,57	0
IKP/rot	21 123	2,18	0
KDPD/rot-grün	9 930	1,23	0
Unabhängige Demokraten /weiß-rot	501	0,51	0

Gleichzeitig wählten die Kurden einen Präsidenten. Keiner der aufgestellten Kandidaten erreichte die erforderliche absolute Stimmenmehrheit:<sup>51</sup>

Massud Barzani/KDP	48,61%
Jalal Talabani/PUK	45,50%
Osman Abdul Aziz/IBK	3,47%
Dr. Mahmud Osman/KSP/PASOK	2,87%

Noch vor den 14 Tage später angesetzten Stichwahlen für das Präsidentenamt einigten sich die KDP und die PUK darauf, die Parlamentssitze sowie alle Regierungs- und Verwaltungsposten paritätisch zu besetzen. Das erste kurdische Parlament bildeten Abgeordnete der gelben und der grünen Liste. Über die PUK-Liste zogen drei Vertreter von Zahmet Kêshan bzw. über die Liste der KDP Repräsentanten von Parti Gel und ein Abgeordneter islamischer Organisationen ins Parlament ein. Zusätzlich und ohne Sperrklausel erhielten fünf Christen (vier Bevollmächtigte der Assyrisch-Demokratischen Bewegung und ein weiterer Christ) Parlamentssitze. Unter den PUK-Abgeordneten gab es fünf und unter denen der KDP zwei Frauen. Zum Parlamentspräsidenten wurde Jawhar Namiq (KDP) und zu seinem Stellvertreter Najad Agha (PUK) gewählt.

Vor und besonders nach der Wahl artikulierten einige politische Kräfte ihre Ablehnung des Regionalparlaments. Die kleineren kommunistischen Gruppen, von denen sich viele erst nach 1991 gebildet hatten, sahen in den Wahlen einen nationalistischen Akt und boykottierten sie. Die IBK, die unter der 7%-Hürde geblieben war, stellte sich offen gegen das Parlament.

50 Siehe Hannes Kempmann: Bericht über die Wahlen in Irakisch Kurdistan. [o. O.] 1992.

51 Siehe ebenda.

Die erste kurdische Regionalregierung bildeten am 5. Juni 1992 die beiden Premierminister Muhammad Fuad Maasum (PUK) und Roj Nuri Shaweis (KDP). Die einzige Frau in der Regierung war Kafiyya Suleiman Abdullah (PUK), die das Ressort Tourismus und kommunale Angelegenheiten übernahm.<sup>52</sup> Am 27. August 1993 konstituierte Kosrat Rassul Ali (PUK) ein neues Kabinett, das ein neues Regierungsprogramm vorlegte sowie strukturelle und personelle Veränderungen einleitete.

Am 4. Oktober 1992 beschloß das Parlament eine Erklärung zur Föderation innerhalb des Irak. Laut der Erklärung betrachtet sich Kurdistan-Irak in Anerkennung staatlicher Grenzen als ein Teil des Irak und ist an einer Konföderation innerhalb eines parlamentarisch verfaßten demokratischen Irak interessiert. Das kurdische Parlament erwartet von diesem Staat die Anerkennung und Durchsetzung der internationalen Verträge und Konventionen zum Schutz der Menschenrechte. Diese Erklärung ist gleichzeitig eine grundlegende Definition des Verhältnisses zum Irakischen Nationalkongreß (INC).<sup>53</sup>

Zu den Grundproblemen der kurdischen Autonomie gehörte von Anfang an die Rolle der Peshmergas. In dem am 14. November 1992 erlassenen Gesetz Nr. 9 legten die Parlamentarier fest, daß alle seit Beginn des Barzani-Aufstandes 1961 im nationalen Befreiungskampf gefallenen Märtyrer zu ehren sind.<sup>54</sup> Im August 1994, d. h. während der Auseinandersetzungen zwischen der KDP, der PUK und der IBK, faßte das Parlament den Beschluß, auch die Märtyrer des Barzani-Aufstandes und Marsches in die Sowjetunion 1948 besonders zu ehren. Das Gesetz Nr. 5 über das Ministerium für Peshmerga-Angelegenheiten vom 1. Oktober 1992 bestimmt die Kompetenzen und Aufgaben des Ministers und des Ministeriums.<sup>55</sup> Trotz des Engagements der PUK für eine gemeinsame kurdische Armee ist das Projekt gescheitert. In Kurdistan-Irak gibt es keine allgemeine Wehrpflicht. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit treten dennoch viele junge Männer in militärische Einheiten oder in die Polizei ein bzw. arbeiten bei ausländischen Organisationen als Wächter.

Das Gesetz Nr. 17 über die Parteien in Kurdistan-Irak verabschiedeten die Abgeordneten im Oktober 1993. In grundlegenden Punkten unterscheidet es sich nicht von den Parteiengesetzen bürgerlicher Demokratien.

---

52 Siehe »Perleman«. Arbil (1992)4 und 11.

53 Siehe »Perleman«. Arbil (1992)2.

54 Siehe »Perleman«. Arbil (1992)5.

55 Siehe »Perleman«. Arbil (1993)13.

Die Parteien dürfen nicht innerhalb der Einrichtungen des Peshmerga-Ministeriums und der des Innenministeriums arbeiten. Die Bildung von militärischen und paramilitärischen Einheiten ist ebenfalls verboten.<sup>56</sup>

Die Bildung der Regionalregierung und die Wahl des Parlaments sind große historische Leistungen des kurdischen Befreiungskampfes, auch wenn die paritätische Aufteilung der Parlamentssitze und der Regierungsposten beiden Institutionen Kompromißcharakter verlieh. Relativ problemlos verabschiedeten die Abgeordneten Gesetze zur Konstituierung der verschiedenen Ministerien und andere Gesetze, von denen einige oben angeführt wurden. Weitergehende Fragen, wie die nach einer Agrarreform, verwiesen die Parlamentarier in entsprechende Arbeitsgruppen oder behandelten sie nicht. Die Nichtbehandlung von wirklich strittigen Fragen begründeten sie damit, daß Meinungsverschiedenheiten zu großen Konflikten führen bzw. alte Streits wieder aufleben könnten. Die kurdische Bewegung schuf zum ersten Mal Organe, die das gesamte autonome Gebiet hätten repräsentieren können. Die Parteien ließen eine höhere Autorität des Parlaments nicht zu. Talabani und Barzani konkurrierten weiter um die politische Vorherrschaft. Die Vertretung Kurdistan-Iraks im Ausland wurde und wird in den meisten Fällen von Parteibüros wahrgenommen. Parteichefs und Parteikader galten weiterhin als Vertreter für die internationale und Irak-interne Diplomatie.

---

56 Siehe »Perleman«, Arbil (1993)15.

## Neue soziale und politische Bewegungen

Im Sommer 1994 gab es laut einer Liste des Innenministeriums der kurdischen Regionalregierung 65 zugelassene Vereinigungen und Parteien. Zu den zwölf erfaßten politischen Parteien gehören die Konservative Partei<sup>57</sup>, die Parteien der turkmenischen und der assyrischen Minderheit, die Islamische Bewegung und die Unabhängige Arbeiterpartei. Daneben enthält die Liste 14 Berufsverbände, mehrere Vereinigungen arbeitsloser Landarbeiter und Arbeiter, Arbeitergewerkschaften, zwei Organisationen für den Umweltschutz, zahlreiche Frauen- und Jugendorganisationen, Kulturzentren und Sportclubs, Interessenverbände von körperlich Behinderten sowie Wohlfahrtsverbände. Außerdem existiert eine weitere Liste mit 40 Vereinigungen, die aus bürokratisch-technischen und anderen Gründen nicht zugelassen wurden. Eine Reihe kurdischer Hilfsorganisationen und kleinerer Initiativen organisiert zusammen mit ausländischen (Hilfs-)Organisationen Projekte. Damit ist das gesamte gesellschaftliche und politische Leben des autonomen Kurdistan nicht erfaßt.

Während des Aufstandes 1991 und in der Zeit danach entstanden in Kurdistan-Irak neue Bewegungen und Organisationen, von denen hier drei Vereinigungen vorgestellt werden.

### Yeketi Mafi Mrofi Kurdistan – Menschenrechtsvereinigung Kurdistans

Nachdem sich die irakische Armee im Spätsommer 1991 aus Suleimaniya zurückgezogen hatte, bombardierte sie Anfang Oktober die Stadt. Als bei diesen Bombardements und Raketenanschlägen viele Menschen starben und verletzt wurden, demonstrierten ca. 80 Intellektuelle, Lehrer, Geschäftsleute, Ärzte und Rechtsanwälte vor dem Quartier des UNHCR.

---

57 Die Partei der Konservativen wurde nach den Parlamentswahlen 1992 nach dem britischen Vorbild der Tories gegründet. Sie ist ein Sammelbecken vor allem für Großgrundbesitzer, Rechtsanwälte und Ärzte, das als politisches Ziel die Neuschaffung eines Velayet Mosul unter britischem Schutz anzustreben scheint.

Die Mehrheit der Demonstranten bildete ein Komitee, das am selben Tag mit einem Vertreter der UNO und mit dem damaligen, noch von der Baath-Partei eingesetzten, Gouverneur von Suleimaniya sprechen wollte. Das Komitee sollte deutlich machen, daß die Demonstranten »unabhängige Menschen [seien], die nichts mit den Peshmergas zu tun [hätten] und die zivile Bevölkerung von Suleimaniya repräsentieren [würden ...] Wer kämpfen will, soll es außerhalb der Stadt tun«<sup>58</sup>. In den folgenden Wochen verfaßte das »Komitee zur Verteidigung der bürgerlichen Rechte der Bevölkerung von Suleimaniya« eine Erklärung, die in der Zeitung der Kurdistan Front erschien.

Am 10. Dezember 1991 fand nach vielen Gesprächen mit Gleichgesinnten die Gründungskonferenz in Erbil statt, an der Personen aus allen Provinzen teilnahmen. In jeder Provinz bildeten sich Komitees mit einem Obersten Komitee aus dreizehn Mitgliedern an der Spitze. Als Generalsekretär fungiert bis heute Jamal Abdul, der bis zu seiner Ernennung zum Kulturminister Gouverneur von Suleimaniya war. Im Menschenrechtsverein gibt es kaum Frauen sowie keine Arbeiter und Bauern. Nach eigenen Angaben hat sie in Suleimaniya-Stadt 90 Mitglieder. Eine Mitgliedschaft kommt erst für über Dreißigjährige in Frage. Die Menschenrechtsvereinigung begründet dies damit, daß sich junge Leute, die in die baathistischen Schulen gegangen sind, kaum der Propaganda von Parteien entziehen können. Daraus erwächst die Gefahr der parteipolitischen Unterwanderung der Organisation. Außerdem werden junge Menschen, so die Menschenrechtler weiter, in der kurdischen Gesellschaft sehr lange in Unmündigkeit gehalten und entwickeln so erst spät ein eigenes politisches und humanistisches Bewußtsein<sup>59</sup>.

Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählt die Vereinigung die Aufarbeitung baathistischer Verbrechen. Dazu gehören die mühsame Auswertung von Dokumenten und die Dokumentation der Anfal-Offensiven sowie der Giftgasmassaker von 1988. Außerdem erfaßt die Organisation Deportationen, Verschleppungen, Inhaftierungen, Folterungen und Hinrichtungen aus den letzten zwanzig Jahren. Dabei arbeitet die Vereinigung mit den neu gegründeten Anfal-Komitees und mit Middle East Watch zusammen.

Die Yeketi Mafi Mrof bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit mit amnesty international. Über diesen Kontakt versucht sie, beobachtete Menschenrechtsverletzungen nach 1991 anzuprangern. Sie registrierte einer-

---

58 Interview der Autoren mit dem Komitee von Suleimaniya im August 1994.

59 Siehe ebenda.

seits die terroristischen Anschläge im Interesse Bagdads und ausländischer Mächte sowie andererseits die Menschenrechtsverletzungen durch kurdische Parteien. Diese Arbeit ist schwierig. Die Organisation besitzt wenig Geld. Daher erschien ihre Zeitung »Dengi Mafi Mrof« (Stimme der Menschenrechte) bisher nur zweimal. Sie kann nur über die Parteienmedien Öffentlichkeitsarbeit leisten. Im ersten Halbjahr 1994 strahlte das PUK-Fernsehen im vierzehntägigen Rhythmus ein zwanzigminütiges Programm der Vereinigung aus. Im Sommer 1994 litt die Arbeit der kurdischen Menschenrechtler unter der Tatsache, daß nach eigenen Aussagen nur noch das Suleimaniya-Komitee arbeitete. Wenn ausländische Organisationen wie amnesty international verlässliche Angaben suchen, erhalten sie von der Yeketi Mafi Mrofi Kurdistan viele Angaben über Suleimaniya und kaum Informationen über Dohuk. Im Gouvernement Dohuk sind in den letzten zwei Jahren ebenfalls politische Morde geschehen. Unter den Opfern waren Mitglieder der Assyrischen Demokratischen Bewegung, von Zahmet Kêshan und anderen linken Organisationen. Die linken Organisationen, die die Repressionen der PUK in Suleimaniya kritisierten, räumten gleichzeitig ein, daß in Dohuk die politische Tätigkeit erst recht eingeschränkt ist.<sup>60</sup>

Die Yeketi Mafi Mrof verteidigt die Todesstrafe, die in den letzten drei Jahren über Personen verhängt wurde, die im Auftrag Bagdads Terroranschläge verübt hatten. Das kurdische Parlament schrieb 1992 die Todesstrafe für Mordanschläge an Ausländern sowie an Kurden, die für Hilfsorganisationen oder die UNO tätig sind, fest. Nach dem Doppelmord an der Journalistin Lissy Schmidt und dem Peshmerga Aziz Faraj am 3. April 1994 forderten tausende Demonstranten die Todesstrafe für die beiden Mörder. Ein Mitglied des Menschenrechtsvereins mußte als Rechtsanwalt einen der Mörder pflichtverteidigen. Er bejahte die Todesstrafe für solche Verbrechen, da sie zur Abschreckung notwendig sei. Nach der Verkündung des Todesurteils legte er sein Mandat nieder. Die Yeketi Mafi Mrofi argumentiert, daß es bei der Situation in Kurdistan unklar ist, ob jemand wirklich lebenslänglich im Gefängnis bleibt. Diese Haltung der Vereinigung widerspricht dem Menschenrechtsbegriff von amnesty international.

Die Yeketi Mafi Mrofi Kurdistan unterscheidet zwischen Mördern wie im obigen Fall und Söldnern der IBK. Mit Fotos wurde dokumentiert, wie IBK-Söldner während der Auseinandersetzung zwischen der PUK

---

60 Interview der Autoren mit Vertretern von Zahmet Kêshan und anderen kleinen linken Parteien im August/September 1994 in Suleimaniya.

und der IBK um die Jahreswende 1993/1994 und im Frühling/Sommer 1994 Peshmergas der PUK hinrichteten oder verstümmelten. Nach den Kämpfen im Januar 1994 forderte die Menschenrechtsvereinigung die PUK auf, die IBK-Gefangenen nach Feststellung der Personalien freizulassen.

Während der Kämpfe im Sommer 1994 engagierte sich die Vereinigung im Komitee für Frieden und Brüderlichkeit. Dieser Zusammenschluß von Intellektuellen und Akademikern setzt sich für Verhandlungen zwischen den Parteien und ein demokratischeres Kurdistan-Irak ein.

### Die zersplitterte Linke

Neben der IKP bzw. KPK, der PUK und Zahmet Kêshan existieren in Kurdistan-Irak viele kleine linke Parteien und Organisationen, die sich personell oft überschneiden und sich vorwiegend aus den städtischen Mittelschichten rekrutieren. Viele dieser Gruppen sind aus der Komalai Rendjaran hervorgegangen. Eine der größeren Vereinigungen, die Hizbi Rauti Kommunist (Partei der kommunistischen Strömung), entstand 1984/1985 nach den in der Komala umstrittenen Verhandlungen mit der Baath. Inzwischen haben sich die Rauti Kommunisten mit der Yeketi Xabati Kommunisti Krekaran (Vereinigung des kommunistischen Arbeiterkampfes) und den Serinci Krekar (Aufmerksamkeit des Arbeiters) zur Kommunistischen Arbeiterpartei des Irak (KAPI) vereinigt. Gemeinsam geben sie die Zeitungen »Aufstand der sozialistischen Arbeiter« und »Fortschritt« heraus. Ideologisch und organisatorisch beeinflußt ist die KAPI von Manzur Hikmet, einem bedeutenden kommunistischen Ideologen aus dem Iran. Die Rauti Kommunisten gründeten eigene Organisationen für Frauen, Studenten, Bauarbeiter, Postarbeiter, Mitarbeiter des Gesundheitswesens und der Textilindustrie.

Als sich nach Beginn des Aufstandes im Februar/März 1991 zahlreiche Komitees und Räte in Betrieben, Krankenhäusern und Stadtvierteln konstituierten, waren die Rauti Kommunisten eine der treibenden, letztlich aber eine vereinnahmende Kraft. Viele Aktivisten in den Räten wollten gegen die Baath-Diktatur und Kollaborateure vorgehen, während die Rautis den Kampf gegen den Kapitalismus propagierten.

Viele kommunistische Gruppen sind ausgesprochen zivil ausgerichtet und lehnen die bewaffneten Peshmergas ab. Die Gegenüberstellung von bewaffnetem und zivilem Widerstand ist der Nährboden für die bis heute

während Feindschaft zwischen diesen Gruppen und der PUK. Andere ideologische Differenzen und negative Erfahrungen, die einige Mitglieder linker Splittergruppen 1984 mit der Komala und der PUK gemacht haben, treten hinter diesem Gegensatz zurück.

Im Januar 1994 erklärten im Fernsehen der PUK ehemalige Aktivisten der Räte, daß deren Arbeit beendet sei. Die Rätebewegung in Kurdistan scheiterte sowohl an der dominierenden Politik der Kurdistan-Front als auch an dem Anspruch vor allem der Rautis, die revolutionäre Vorreiterrolle zu spielen. Andererseits gingen von den Räten positive Impulse für die Frauen- und die Bauernbewegung aus.

Fast alle linken Gruppen beziehen sich nicht nur auf die kurdische, sondern viel mehr auf die irakische Arbeiterklasse. Die Mitglieder dieser Organisationen sind meist keine »klassischen« Arbeiter. Das spielt aber, dem marxistisch-leninistischen und dogmatischen, stereotypen Vokabular dieser Gruppen folgend, keine Rolle bei der Beschreibung des »revolutionären Subjekts«. Die dogmatische Weltsicht dieser linken Gruppen spiegelt sich in ihren Namen wider: Yeketi Krekarani Komunist (Vereinigung kommunistischer Arbeiter), Grupi Komunisti International (Internationale Kommunistische Gruppe), Krekarani Internationalist (Internationalistische Arbeiter), Xabati Sur (Roter Kampf), Parti Tekoshani Rendjdaran (Partei des Strebens des Proletariats) oder Parti Kari Serbekhoi Kurdistan (Aktionspartei für die Unabhängigkeit Kurdistans). Als Ableger der in der Türkei operierenden PKK arbeitet in Dohuk die Freiheitspartei (PAK).

Die Mehrheit der linken Kleinparteien strebt eine proletarische Revolution im ganzen Irak an. Alles, was diesem Ziel entgegenzustehen scheint, betrachten sie als nationalistisch, »sozial-tribal«<sup>61</sup> und bürgerlich. Folglich lehnen sie die kurdische Regionalregierung als separatistische Institution ab. Neben dem »Weltimperialismus« und seinen »Handlangern« (den Hilfsorganisationen) machen sie die kurdische Regierung für die wirtschaftliche Krise in Kurdistan-Irak verantwortlich. Vor dem Hintergrund dieser Propaganda sind Maßnahmen der kurdischen Regierung zu sehen, die sich gegen die linken Gruppen richteten. Einige von ihnen versuchten im März 1993 eine Demonstration der Arbeitslosen zu organisieren, um die Regierung zur Zahlung von Arbeitslosengeld zu veranlassen. Einige Tage zuvor berichtete eine irakische Regierungszeitung, die in Kurdistan

---

61 Die Rauti Kommunisten bezeichnen die PUK ironisch als »sosiyal-asha'iri« statt »sosiyal-demokrati«. Sie spielen damit auf den von ihnen angenommenen »patriarchalischen« und »tribalistischen« Charakter der PUK an.

regulär erscheint, daß für diesen Tag eine Demonstration der Volksmassen gegen die kurdische Regionalregierung geplant sei. Daraufhin forderten alle Fernsehstationen der Parteien der Kurdistan-Front die Bevölkerung auf, dieser »zweifelhaften« Demonstration fernzubleiben. – Das geschah auch.

Seit Sommer 1994 gibt es ein aus vielen dieser Gruppen, Zahmet Kêshan und der KP-Kurdistan bestehendes Komitee zur Verteidigung der politischen Freiheit. Es will sich in erster Linie für ein uneingeschränktes Demonstrationsrecht einsetzen. Grundsätzlich wird der IBK das Recht auf Organisation zugebilligt, obwohl sie ideologisch konträr zu den linken Organisationen steht. Die Mehrheit der linken Gruppen sieht heute den offensiven Boykott der Parlamentswahlen 1992 als Fehler. Sie arbeiten jetzt gemeinsam mit der KPK bzw. mit Zahmet Kêshan an Wahlbündnissen.

Die linken Gruppen verurteilen mehrheitlich die Tätigkeit und die Rolle der UNO und der NGO's. Gleichzeitig verlangen sie von ihnen die Verteilung von Lebensmitteln und weitere Hilfsleistungen. Sie befehden die kurdische Regierung und kaum konkrete Kriegsgewinnler, die nicht unbedingt durch das Parlament repräsentiert werden. Zur Bauernbewegung haben sie so gut wie keinen Kontakt. Mit typisch städtischem Argwohn behaupten sie pauschal, den Bauern und Leuten auf dem Land gehe es übermäßig gut. Fast ausnahmslos negieren sie die historische Rolle der Peshmergas und begreifen die Erringung der kurdischen Autonomie nicht als Fortschritt.<sup>62</sup>

## Rekkhrawi Bêkaran – Organisation der Arbeitslosen

Die Rekkhrawi Bêkaran ist ein kommunistischer Arbeitslosenverband, der Arbeitslose auch praktisch unterstützt. Anfang 1994 spaltete sich die Rekkhrawi Bêkaran von der Yeketi Bêkaran, einer anderen Arbeitslosenorganisation, ab. Die neue Initiative mietete ein Haus und nahm dort ihre Tätigkeit auf. Die Rekkhrawi versucht die Arbeitslosenrate in Kurdistan statistisch zu erfassen. Das ist schwierig, da kaum zwischen »arbeitslos« und »ohne Einkommen« unterschieden werden kann. Der ausgedehnte informelle Sektor und insbesondere die Basarökonomie sorgen für eine schwer zu ermittelnde Dunkelziffer. Undifferenziert macht die Rekkhrawi die Partei-

---

62 Interview der Autoren mit Vertretern von Zahmet Kêshan und anderen kleinen linken Parteien im August/September 1994 in Suleimaniya.

en der Kurdistan-Front und der Regierung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die KDP und die PUK, so der Verband, bereichern sich an den Zoll- und Einnahmen von den Hilfsorganisationen und versäumen es, die seit 1991 geschlossenen Fabriken wieder zu eröffnen.

Nach eigenen Angaben hat die Rekkhrawi 260 Mitglieder, davon 60 Frauen. Büros der Organisation arbeiten in Suleimaniya und in Rania, wo auch die meisten Exemplare ihrer Zeitung »Khabati Bêkaran« (Kampf der Arbeitslosen) verteilt werden. In ihrem Haus betreibt die Rekkhrawi einen Laden, der Lebensmittel und Haushaltswaren einige Dinar billiger als auf dem Basar verkauft. Finanziert wird dieses Projekt aus den Mitgliedsbeiträgen. Jedes neue Mitglied zahlt 30 I. D. Auf dem Basar kauft die Organisation davon Produkte in großen Mengen und kann sie wegen des Rabatts billiger an die Mitglieder abgeben. Außerdem vereinbarte die Rekkhrawi mit einigen Ärzten die kostenlose Behandlung ihrer Verbandsmitglieder.

Der kommunistische Arbeitslosenverband engagiert sich auch in anderen sozialen Kämpfen. Er organisierte Demonstrationen, um von der UN die Verteilung von mehr Lebensmitteln zu fordern. Die UN nahm diese Aktionen nicht ernst. In einem anderen Fall drohte der Gouverneur von Suleimaniya, Salar Aziz, im September 1994 mit dem Abriß des Viertels Hamiye. Viele Flüchtlinge aus Kirkuk und Suleimaniya hatten dort aus den Trümmern des alten Militär- und Sicherheitsgeländes kleine Häuser errichtet. Der Gouverneur plant hier eine Parkanlage, um das Stadtbild von Suleimaniya zu verschönern. So will er die Armut aus der Stadt verbannen. Dagegen richtete sich eine Demonstration der Bewohner von Hamiye, an deren Spitze die Arbeitslosenorganisation und linke Splittergruppen standen. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei kam ein Bewohner des Viertels ums Leben. Die Rekkhrawi und die kommunistischen Kleingruppen hoffen, daß sie auf diesem Wege die Unterstützung der Bewohner von Hamiya erhalten. Ein Sprecher von Zahmet Kêshan schätzte die Stimmung so ein: »Die Leute aus Hamiya wählen das nächste Mal die KDP.«<sup>63</sup>

---

63 Ebenda



## Frauen und Frauenorganisationen

Wie in vielen Ländern muß bei der Betrachtung der sozialen und politischen Stellung der kurdischen Frauen zwischen dem städtischen und dem ländlichen Bereich unterschieden werden. Weiterhin ist in Kurdistan-Irak die Lage der Frauen in den collective towns und die der Anfal- und Märtyrerwitwen zu beachten. Politische Veränderungen und Krisen, wie der Krieg mit dem Iran und die Anfal-Offensiven, führten und führen zu tiefen Einschnitten im Leben der Frauen. Der Aufstand von 1991 schuf wieder eine andere Ausnahmesituation.

Mitte der 70er Jahre lebten 70% der kurdischen Bevölkerung auf dem Land. Dieser Zustand hat sich – wie in vorangegangenen Kapiteln beschrieben – aus ökonomischen und politischen Gründen grundlegend verändert. In der traditionellen bäuerlichen Wirtschaft obliegt der Kurdin neben der Hauswirtschaft die Hausproduktion. Die Bäuerin trägt die unmittelbare Verantwortung für die Kinder und erledigt haushaltstypische Arbeiten. Außerdem verarbeitet sie pflanzliche und tierische Rohstoffe zu Produkten, die für den baldigen Verzehr, den Wintervorrat, zum Tausch oder Verkauf bestimmt sind. Daneben sind die Frauen direkt in landwirtschaftliche Prozesse, wie die Ernte auf dem Feld, den Gartenbau und die Kleinviehbetreuung, eingebunden. Samia Tschauschli schildert, daß Frauen in den 70er Jahren verstärkt »männerspezifische« landwirtschaftliche Arbeiten übernahmen, da ein Großteil der männlichen Dorfbevölkerung in den Städten einem zusätzlichen Lohnerwerb nachging.<sup>64</sup> Die außerhalb des Hauses liegenden Arbeitsbereiche der Frauen veränderten sich nach 1991 erneut, als die Bevölkerung in ihre alten Dörfer zurückkehrte, aus denen sie vor 1988 vertrieben worden war. Die Männer finden bei ca. 80% Erwerbslosigkeit keine zusätzliche Arbeit in den Städten. Die Dorfbevölkerung bearbeitet heute (eigenes) Land in einem seit Mitte der 70er Jahre nicht gekanntem Ausmaß, um überleben zu können.

Die Blockade Kurdistans durch die Bagdader Regierung führt zum Mangel an Brennmaterialien. War früher das Wasserholen die körperlich

---

64 Siehe Samia Tschauschli: Die gesellschaftliche Stellung der kurdischen Frau in der Republik Irak in den 60er und 70er Jahren. Diss. Leipzig 1986. S. 84ff.

schwerste Arbeit der Frauen, so ist es heute das Brotbacken. Vor dem Backen müssen sie viel Brennholz sammeln. Das ist für die kurdischen Frauen schwerer, als zweimal am Tag Wassereimer zu schleppen.<sup>65</sup> Der Bedarf an Brennstoff treibt immer noch Kinder und Frauen in verminten Wäldern und Gegenden, so daß gerade in den Wintermonaten die Zahl der Minenunfälle sehr hoch ist.

Die Analphabetinnenquote in den Dörfern liegt heute immer noch bei etwa 70%. Im Irak gibt es eine allgemeine Schulpflicht. Allerdings ließ die Zentralregierung im Unterschied zu den anderen Landesteilen die Struktur der Sozial- und Bildungseinrichtungen in Kurdistan bewußt unterentwickelt. Die schlechte ökonomische Situation veranlaßt die Eltern, die Kinder frühzeitig in die verschiedenen Arbeitsprozesse einzugliedern. Aus diesen Gründen und wegen des Terrors der irakischen Regierung wachsen gerade die Mädchen auf dem Land ohne Schulbildung auf. Die Geschichte von Alphabetisierungskampagnen und -programmen läßt sich zumindest bis in die 50er und 60er Jahre zurückverfolgen, als sich die IKP und deren Frauenorganisation des Problems annahmen. In den 80er Jahren organisierte die Baath-Regierung staatliche Alphabetisierungsprojekte. Über die von den Peshmergas in den 80er Jahren befreiten Gebiete liegen den Autoren keine verlässlichen Informationen über Alphabetisierungsaktivitäten vor. Nach 1991 nahmen fast alle Frauenorganisationen dieses Problem in ihre Arbeit auf. Unterstützt werden sie dabei materiell von NGO's und dem UNHCR, der 1994 neue Bücher für solche Vorhaben drucken ließ.

Während der vielen bewaffneten Kämpfe in Kurdistan versorgten die ländlichen Frauen die Peshmergas. Sie trugen die größten Leiden unter der baathistischen Herrschaft, namentlich während der Anfal-Offensiven. Anfal-Witwen, die nach 1991 aufs Land zurückkehren wollen, können kaum Ansprüche auf ein Stück Land geltend machen. Das gilt auch für den Boden, der ihnen nach dem Gesetz Nr. 90 von 1975 zusteht. Ein mit verwandtschaftlicher Hilfe oder mit Unterstützung der NGO's wieder errichtetes Haus, ein Stück Garten(-land) und ein Paar Ziegen können zur Existenzsicherung einer Anfal-Witwenfamilie beitragen. Allerdings lebt die Mehrheit von ihnen immer noch in den collective towns, die als Ghettos immer mehr zu Slums werden.

Ein anderes Ergebnis baathistischer Herrschaft ist angesichts der Zerstörung dörflicher Verwandtschafts- und Sozialbeziehungen die Tendenz,

---

65 Siehe Andrea Fischer: Die landrechtliche Situation in Kurdistan-Irak. Untersuchung in der Region Qaradagh. Leipzig 1994 (unveröffentlicht). S. 26.

daß die männliche Bevölkerung Frauenwaschstellen (Kani Jnan) nicht mehr, wie früher üblich, außerhalb des Dorfes zulassen will. Diese Plätze stellten für die Frauen nicht nur einen Ort der Arbeit, sondern auch der gesellschaftlichen Kommunikation dar. Aus Sicherheitsgründen, aber auch aus Gründen des Mißtrauens und der Kontrolle, werden die Frauenwaschstellen heute oft innerhalb des Dorfes angelegt.

Unter den Frauen auf dem Land gibt es traditionell ein soziales Gefälle sowie verschiedene dörfliche Funktionen und Arbeitsbereiche. In den traditionellen Dörfern muß zwischen Bäuerinnen, Landarbeiterinnen, Frauen aus Familien mit größerem Grundbesitz sowie aus Familien religiöser Würdenträger differenziert werden. Diese Unterschiede fallen heute unter den zurückgekehrten Familien einer kleinen Region sehr viel weniger auf als früher. Nicht mehr nur Aghas, sondern auch andere »reichere« Familien leben in den Städten. Dort sind die sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich deutlich sichtbar. An den Stadträndern leben heute Familien, die erst in den 80er Jahren aus den Dörfern abgewandert sind oder vertrieben wurden. Jetzt bearbeiten sie wieder eigenes oder vom Staat gepachtetes Land bzw. lassen den Boden durch Landarbeiter bestellen. Diese Familien leben nur noch saisonal oder überhaupt nicht mehr in den Dörfern. Ihre Ernährung ist zumindest gesichert. Die Lehrer- und Beamtenfamilien leben mit dem geringen Gehalt von 250 bis 300 Irakischen Dinar weit unter dem Existenzminimum und verarmen. Noch schlimmer trifft es Arbeitslose.

Natürlich bieten die politischen Parteien und Hilfsorganisationen recht gut bezahlte Arbeitsplätze, allerdings nicht flächendeckend und oft nicht qualifikationsgerecht.<sup>66</sup> In Kurdistan ist es notwendig und üblich, sich auf dem Basar und durch Schmuggel etwas zum Lebensunterhalt zu verdienen. Häufig schrecken (ehemalige) Lehrer und Lehrerinnen aus moralischen Gründen davor zurück. Sie verkaufen nach und nach Schmuck und alle möglichen Haushaltsgegenstände, um Lebensmittel zu erwerben.

In den 80er Jahre zog der irakische Staat immer mehr städtische Frauen in die gesellschaftliche Produktion. Das war nicht unbedingt ein Gradmesser für ihre Emanzipation. In diesen Jahren arbeiteten viele Frauen in dem aufgeblähten Verwaltungsapparat, in der Textil- und anderen Industriezweigen. Die Zentralregierung förderte die Einrichtung von Kindergärten. In Kurdistan-Irak gibt es viele Ingenieurinnen und Rechtsanwältinnen. Letztere haben durch die Veränderungen seit 1991 zwar nicht unbedingt

---

66 So arbeiten z. B. Lehrer oder Ingenieure als Wächter bei NGO's.

– so wie viele Arbeiterinnen und Kindergärtnerinnen – ihre Arbeitsplätze verloren, im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen aber weniger Arbeit.

In den Städten hatten die Frauen immer den besseren Zugang zu Gesundheits-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Hier ist die Kindersterblichkeit sehr viel niedriger als auf dem Land. Die meisten Frauen in den Städten gebären heute in Krankenhäusern. Die gynäkologische Betreuung der kurdischen Frauen in den Städten und auf dem Land ist immer noch unzureichend, ihre Aufklärung über Hygiene und Schwangerschaft marginal. Die Schwangerschaftsverhütung gilt als Tabu-Thema. Das kurdische Parlament setzte das irakische Gesetz aus den 80er Jahren, nach dem illegale Abtreibungen mit dem Tode bestraft werden, nicht außer Kraft.

Ein hoher Prozentsatz der städtischen Mädchen absolviert eine mittlere Ausbildung bis hin zur Fachschule. Allerdings nützt der Bildungsabschluß nicht viel, da die Frauen so früh wie möglich heiraten. Wenn sie verheiratet sind, werden sie durch Hausarbeiten viel mehr als die ländlichen Frauen an die Familie gebunden. Wenn eine städtische Frau außerhalb des Hauses einer monetären Arbeit nachgehen will, muß sie ihren Ehemann, als ledige Frau ihren Vater oder ältesten Bruder, um Erlaubnis fragen.

Aufgrund der verschärften ökonomischen Situation in Kurdistan-Irak sind viele Familien und Mütter, denen gewöhnlich die notwendigen Schritte zur Festlegung einer Hochzeit obliegen, daran interessiert, ihre Töchter mit Exilkurden zu verheiraten. Damit kommen sie vielen Exilanten entgegen. Diese streben oft nach politischen Zwecken oder nach Verbindungen mit jungen, noch nicht »entehrten« Frauen.

An dieser Stelle sollen vier in Kurdistan-Irak tätige Frauenorganisationen vorgestellt werden.

### Yeketi Afretani Kurdistan – Union der Frauen Kurdistans

Während des Exils von mehreren Hundert Barzani-Anhängern in der Sowjetunion (1948 bis 1958) faßte ein KDP-Kongreß 1952 den Beschluß, Organisationen für Frauen, Studenten und Lehrer zu gründen. Die Gründung der Frauenunion galt als Ausdruck der Demokratie.

Die Gründerinnen der Afretan als der ersten, ausdrücklich kurdischen Frauenorganisation des Irak setzten sich für einen eigenständigen Nationalstaat, die gleichberechtigte Teilnahme am politischen Leben der Partei so wie allgemeine und spezifisch kurdische Frauenrechte ein. Ihre Arbeit ori-

enterte sich zunächst eindeutig an den politischen Zielen und bewegte sich im ideologischen Rahmen der KDP. Die ersten Afretanvertreterinnen waren intellektuelle und gebildete Frauen, die sich in der KDP engagierten. Heute ist es nicht mehr unbedingt üblich, daß Afretanmitgliederinnen auch der Partei angehören. Dennoch hat sich diese Frauenorganisation bis zum heutigen Tage nicht von ihrer Partei emanzipiert. Sie wurde und wird oft für politische Ziele instrumentalisiert, die im Widerspruch zu den von ihnen angestrebten Frauenrechten stehen. Seit der Gründung der KDP gehörte nur einmal eine Frau dem ZK an. Die Partei legte inzwischen fest, daß sich Frauen nur mit sozialen Problemen beschäftigen sollen. Aber selbst in diese Arbeit mischen sich die Männer ein.

In den Jahren des iranischen Exils (1975 bis 1991) nahm die Frauenunion typische Aufgaben im sozialen Bereich wahr. Die Komitees der Afretan kümmern sich um soziale Belange der Anfal-Witwen, helfen der UNICEF bei der Verteilung von Lebensmitteln, versuchen bei Ehe- und Familienproblemen zu vermitteln und Frauen in vielfältiger Weise zu unterstützen. Den zwei weiblichen Abgeordneten der KDP ist es nicht gelungen, wichtige Probleme der Frauen im Parlament diskutieren zu lassen. Bis zum heutigen Tag fordern Afretan-Frauen für das autonome Kurdistan die Änderung des geltenden Personenstandsrechts, vor allem die Abschaffung des Schwesterntauschs<sup>67</sup> und anderer Eheschließungsformen<sup>68</sup>, der Polygamie<sup>69</sup> und der willkürlichen Tötung von Frauen aus sogenannten »moralischen Gründen«. Diese Forderungen werden von den in der eigenen Partei dominierenden Männern nicht aufgegriffen, da sehr viele ihre durch Gesetze und Traditionen legitimierte Privilegien der patriarchalischen kurdischen Gesellschaft nutzen. Die kurdischen Parlamentarier befaßten sich während der einzigen Debatte zu Frauenfragen mehrere Stunden damit, ob Frauen »Afretan« oder »Jinan« genannt werden.<sup>70</sup>

---

67 Zwei Freunde oder Cousins tauschen ihre Schwestern zur Heirat. Scheitert eine der beiden Ehen, so hat dies meist Konsequenzen für die andere Beziehung. Ein Mann kann in diesem Fall seine Schwester aus der noch bestehenden Ehe zurückfordern.

68 In verschiedenen Regionen Kurdistans ist die Eheform »gaure ba pitchuk« verbreitet, bei der eine herangewachsene Tochter verheiratet wird, wenn die Familie des Bräutigams als Gegenleistung ein bislang heiratsunfähiges Mädchen verspricht. Die Eheform »jin ba xwuen« steht für den Fall, daß zur Beendigung einer Blutrache eine Frau in die gegnerische Familie als Ehefrau gegeben wird.

69 Der Koran legitimiert in der Sure 4 Vers 3 die polygame Ehe mit 4 Frauen.

70 Beide Begriffe stehen für »Frau«. Einerseits wird gesagt, daß »Jin« nur verheiratete Frauen bezeichnet, während »Afret« »Frau« und »Mädchen« einschließt. Andererseits wird das Wort »Afret« nach seiner Herkunft aus der arabischen Sprache konstruiert.

Die Frauen der Afretan stammen fast ausschließlich aus dem Soran-Gebiet. Sie beklagen sich oft, daß in ihren Reihen nur wenige Bahdinan- und kaum Barzani-Frauen mitarbeiten. Die Afretan ist überall dort präsent, wo die KDP ihre Stützpunkte hat. Das zentrale Büro der Organisation befindet sich in Erbil. Die Frauenorganisation gibt die Zeitschrift »Dengi Afretan« (Stimme der Frauen) heraus.

Ihre außerordentliche Konferenz vom 20. bis 22. Februar 1992 benannte die Afretan nach der Märtyrerin Leyla Qasim.<sup>71</sup> Die Afretan-Mitgliederinnen diskutierten mit anderen kurdischen und ausländischen Frauenorganisationen die veränderte Situation in Kurdistan und die wichtigsten Aufgaben. Solche sehen sie in der Unterstützung vertriebener Familien sowie der von Märtyrern und Verschleppten, in der Arbeit im Bildungsbereich und im Engagement für die Menschenrechte. Die Konferenz beschloß, daß sich die Frauen an den Feierlichkeiten zur Beerdigung Mulla Mustafa Barzanis, den Gedenkfeierlichkeiten für die Opfer von Halabça sowie an den Wahlen zum Nationalparlament beteiligen, und daß die Frauen in Zukunft eine größere Rolle in allen sozialen Bereichen spielen sollen. Das neu gewählte Sekretariat besteht aus 15 Mitgliedern und 5 Ersatz-Kandidatinnen. Kurdistan Pir Dawud, die seit über 15 Jahren für die KDP und die Afretan aktiv ist, wurde mit den meisten Stimmen zur Vorsitzenden gewählt. Im Ausland bzw. gegenüber ausländischen Gästen tritt sie kaum in Erscheinung. Hier wird die Organisation von anderen, sehr jungen Frauen repräsentiert, die unter dem Schutz wichtiger KDP-Kader stehen.

### Rabita al-Mar'á al-Iraqiyya – Liga der irakischen Frauen Komalai Afretani Kurdistan – Liga der Frauen Kurdistans

Die Irakische Kommunistische Partei (IKP) gründete die Rabita 1958 als ihre Frauenorganisation. Die meisten Frauen, die an der ersten Konferenz 1959 teilnahmen, waren Intellektuelle und Mitglieder der IKP. Die Liga formulierte von Anfang an politische und soziale Ziele. Sie trat gegen die iraki-

---

Möglicherweise geht die durch die Parteiengeschichte geprägte Verwendung von »Jin« oder »Afret« auf den unterschiedlichen Gebrauch in den Dialekten zurück. Immerhin gibt es für die Frauenwaschstellen im Soran-Gebiet den Begriff »Kani Jinan«.

71 Leyla Qasim war parteilos und nahm 1974 als Studentin an einer Guerilla-Aktion teil. Sie wurde festgenommen, gefoltert und hingerichtet.

sche Monarchie (bis 1958), den britischen Einfluß und den Bagdad-Pakt auf. Zu ihren Zielen gehörten die soziale und politische Gleichberechtigung der Geschlechter und ein Familiengesetz, das z. B. die Zwangsverheiratung von unter 18-jährigen Mädchen verbietet und Polygamie nur bei einer ernsthaften Krankheit der Frau und mit deren Zustimmung gestattet. Die organisierten Frauen versuchten bei Ehescheidungen zu helfen, anwaltlichen Beistand zu garantieren und im Gerichtssaal anwesend zu sein.

Als kommunistische Organisation pflegte die Rabita internationale Beziehungen. Sie war Mitglied des Weltbundes demokratischer Frauen. Zur damals illegalen Afretan hatte sie kein gutes Verhältnis. Die Liga warf ihr – völlig unberechtigt – »kleinbürgerlichen Nationalismus« vor. 1969, als sich die IKP in die von der Baath-Partei initiierte sogenannte Patriotische Nationale Front integrieren ließ, drohte die Auflösung der Rabita. Die Baath hatte von der IKP die Auflösung aller Organisationen gefordert. An der Basis der IKP und in der Rabita gab es viel Widerspruch gegen die Verhandlungen mit der Baath. Die IKP und die Rabita trugen alle Schritte von der März-Erklärung bis zur Niederschlagung der Barzani-Revolution mit. Als nach 1974 der Legislativrat der »Region unter autonomer Verwaltung« konstituiert wurde, erhielten Mitglieder der IKP Abgeordneten-Mandate. Im ersten Legislativrat arbeiteten zwei Frauen, Samia Tschauqli (Mitglied der IKP und der Rabita) sowie Badia Muhammad Naqib (parteilos und von Luqman Barzani gefördert).<sup>72</sup> Die Arbeit des vom Legislativrat gebildeten Komitees für soziale Rechte unterstützte die Rabita, sobald es um Frauen und Kinder ging.<sup>73</sup> Als herausragende Vertreterin der Rabita und der IKP ist Naziha ad-Dulaimi zu erwähnen. Seit den 40er und 50er Jahren arbeitete die Ärztin für die IKP. Bis in die 80er Jahre setzte sie sich als ZK-Mitglied der IKP für die Rechte der Frauen ein. Sie nahm Einfluß auf wesentliche Entscheidungen der Partei und repräsentierte sie bei verschiedenen Anlässen nach außen.

Im November 1991 nahm die kurdische Sektion der Rabita den Namen Komalai Afretan an. Sie entwickelte ein neues Programm, das sich auf Kurdistan konzentrierte. In jeder der drei autonomen Provinzen gibt es ein aus jeweils fünf Mitgliedern bestehendes Sekretariat. In Suleimaniya-Stadt befindet sich das Sekretariat für die Provinz Kirkuk. Die Koma-

72 Luqman Barzani ist ein Sohn Mulla Mustafas, der mit der Baath zusammenarbeitete.

73 Da über die Rabita eine umfangreiche Literatur existiert, wird auf eine weitere Darstellung verzichtet. Siehe: S. H. al-Chalabi: Die Frau in der irakischen Gesellschaft und ihre Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung (1945–1963). Diss. Berlin 1971.

lai Afretan ist praktisch aus dem WBDF ausgeschieden. Die Beziehungen zu den anderen kurdischen Frauenorganisationen haben sich verbessert, punktuell arbeitet sie mit dieser oder jener zusammen. Mit Hilfe der NGO's schaffte es auch die Komalai Afretan, kleine Wiederaufbauprojekte zu betreiben. Dazu gehören eine kleine Alphabetisierungsschule in Kifri, landwirtschaftliche Projekte zur Honiggewinnung und zur Tomatenverarbeitung sowie eine Nähwerkstatt in Erbil.

### Yeketi Jinani Kurdistan – Union der Frauen Kurdistans

Im November 1989 beschlossen elf Frauen, die als Peshmergas oder als Ehefrauen von Peshmergas im iranischen Exil waren, die Gründung der Frauenorganisation der PUK. Die Idee zur Gründung einer Frauenorganisation entstand innerhalb der PUK nach den Ereignissen von 1988. Im Iran gab es viele Flüchtlingslager mit großen Problemen bei der Nahrungs- und Gesundheitsversorgung. Hero Talabani und die spätere Ministerin für kommunale Angelegenheiten und Tourismus in der kurdischen Regionalregierung, Kafiyya Suleiman, sowie die anderen Gründerinnen hatten illegal in den Städten oder als Peshmergas bzw. an deren Seite jahrelang am Kampf der PUK teilgenommen. Nun versuchten sie, unter den Frauen Selbsthilfegruppen zu organisieren und deren politische Bildung zu fördern. Sie diskutierten mit den weiblichen Peshmergas, mit den Frauen von Peshmergas und mit den Frauen in den Lagern. Gleichzeitig schickten sie an Frauen, die in Suleimaniya illegal arbeiteten, eine Botschaft über die Notwendigkeit einer eigenen Organisation. Noch 1989/1990 erschien die erste Zeitschrift der Yeketi Jinan »Tawar«. Die wichtigste Zeit der Organisierung war die nach den Aufständen von 1991. Heute arbeitet die Jinan in ganz Kurdistan-Irak. Ihr Programm ist noch immer das von 1989. Die Frauen sagen selbst, daß es unbedingt aktualisiert werden mußte. Das gilt besonders für die damals sehr aktuellen Fragen des bewaffneten und des illegalen Kampfes sowie die Arbeit in den Flüchtlingslagern. Das Exekutivkomitee besteht heute noch aus den elf Gründungsfrauen. In dieses Gremium wurde Bahiya Maarouf gewählt. Diese über sechzigjährige Frau engagierte sich bis zur Gründung der Yeketi Jinan in der Yeketi Afretan für die Rechte der Frauen.

Auch die Yeketi Jinan stößt bei ihren Forderungen und in ihrer Arbeit an die Grenzen der eigenen Partei. Diese fördert zwar jedes soziale Engagement, politische Aktivitäten der Frauen aber nur, wenn sie im Interesse

der überwiegend männlichen Mitglieder der PUK sind. Die Frauenunion betreibt mit Unterstützung ausländischer NGO's soziale Projekte für Anfal-Witwen und -Familien sowie für Analphabetinnen. In den collective towns Smoud und Shorisch sowie in Chamchamal und Suleimaniya eröffnete die Frauenunion workshops für Handarbeit und Handwerk bzw. für die Ausbildung von Frauen auf diesen Gebieten. Neben folkloristischen Gegenständen wie Spielzeug und Plasteb Blumen stellen die Frauen auch Teppiche her. Diese Waren werden in den Räume der Frauenorganisation und auf den lokalen Märkten verkauft. Außerdem organisierte die Jinan Nähwerkstätten und Ausbildungsmöglichkeiten für Näherinnen. In den Nähwerkstätten sollen die Arbeiterinnen durch die Herstellung von Frauen- und Kinderbekleidung ein Einkommen erwirtschaften. In all diesen Projekten arbeiten vor allem Anfal-Frauen.

Daneben unterstützt die Yeketi Jinan Alphabetisierungsprojekte, die meist von parteilosen Frauen in den Städten oder Dörfern ausgehen. Die Jinan legte inzwischen mit einigen NGO's und dem Bildungsministerium die Ziele der Alphabetisierungs-, Mathematik-, Geschichts- und Gesundheitskurse fest. Diese Bildungsveranstaltungen erkennt die Verwaltung an.

Mehr als die Yeketi Afretan setzt sich die Jinan für die Rechte der Frauen bei der Eheschließung und der Ehescheidung ein. Die Frauenunion hat nach den Wahlen zum Regionalparlament konkrete Änderungsvorschläge für mehrere Artikel des Personenstandsgesetzes ausgearbeitet. Die fünf weiblichen PUK-Abgeordneten konnten die grüne Fraktion bislang kaum für eine Diskussion über dieses Thema gewinnen.

Angesichts des wochenlangen Krieges zwischen der PUK und KDP/IBK leitete die Yeketi Jinan im Juni 1994 einen Friedensmarsch von Suleimaniya nach Erbil und besetzte das Regionalparlament. In Suleimaniya war zuvor die Jinan über das PUK-Fernsehen informiert worden. Obwohl sich während der Demonstration und besonders in Erbil viele Frauen der Komalai Afretan angeschlossen hatten, bewerteten Kritiker diese Aktion als von der PUK initiiert und in deren Interesse liegend. Allerdings mobilisieren die anderen Parteien ihre Frauenverbände in ähnlicher Weise.

## Rekkhrawi Afretani Serbekho – Unabhängige Frauenorganisation

Die Rekkhrawi Afretani Serbekho unterscheiden sich in ihrer Entstehungsgeschichte und in ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben Kurdistans von den anderen vorgestellten Frauenorganisationen. Diese Frauenvereinigung entstand am 8. März 1993. Eine Erklärung zur Gründung gab es nicht, dafür aber ein Flugblatt zum Internationalen Frauentag, das an die »Arbeiterfrauen« gerichtet war. Der Text erläutert die »historischen Aufgaben des Proletariats« und erklärte nicht, warum Kurdistan eine unabhängige Frauenbewegung braucht. Die Mehrheit der Serbekho-Frauen kommt aus den während des Aufstands 1991 gegründeten Frauenkomitees und ist Mitglied der kommunistischen Gruppe Rauti Kommunist bzw. der Kommunistischen Arbeiterpartei des Irak (KAPI). Nur wenige Frauen innerhalb der Rekkhrawi engagieren sich parteiunabhängig für die Durchsetzung von Frauenrechten. Die meisten Frauen der Rekkhrawi stammen aus den Mittelschichten und arbeiten als Krankenschwester, Ärztin oder Beamtin.

Im Jahre 1993 zählte die Rekkhrawi über 120 Frauen. Wegen der Dominanz der KAPI-Frauen blieben nur noch knapp 30 übrig. Das sind zu wenig, um in Suleimaniya, Erbil und Rania wirksam politisch zu arbeiten. Die Rekkhrawi kritisiert massiv die willkürliche Tötung von Frauen und verlangt die Beseitigung der Frauenarbeitslosigkeit. Das oberste Ziel für die KAPI und damit die Rekkhrawi ist der Sturz der Baath-Partei. Während der letzten anderthalb Jahre setzte sie sich jedoch nur mit der kurdischen Regionalregierung und besonders mit der PUK auseinander. Die Rekkhrawi, wie übrigens auch die Komalai Afretan, warf der PUK vor, daß die Partei nach dem Aufstand im März 1991 zahlreiche Frauen, die unter der Baath zur Kollaboration und Prostitution gezwungen worden sind, töteten ließ. Wesira Jalal, eine Gründerin der Rekkhrawi Serbekho, betrachtete im September 1994 diese Vorwürfe als überzogen und zum Teil ungerechtfertigt. Für sie war es erschreckend, wieviele kurdische Frauen immer noch aus »moralischen Gründen« sterben müssen. Zurückgekehrte Peshmergas brachten 1991 ihre Frauen um, weil sie in der Zwischenzeit Verbindungen mit anderen Männern eingegangen waren. Diese Verbrechen lastete sie keiner Partei der Kurdistan-Front an. Sie ging davon aus, daß nur wenige Kollaborateurinnen hingerichtet wurden und bestritt die Darstellung vor allem der kommunistischen Parteien und Gruppen. Die Vorwürfe gegen die PUK dienten nur dem Erhalt des Feindbildes der IKP/KPK und der kleinen kommunistischen Gruppen.

Das alles, so Wesira Jalal, schadete der Glaubwürdigkeit der Kampagne, die sich allgemein gegen die Tötung von Frauen richtete. Abschließend stellte Wesira Jalal fest, daß diese Kampagne juristisch immer noch keine Sanktionen für die Täter bedeutet.<sup>74</sup> Gemeinsam mit der Komalai Afretan organisierte die Rekkhrawi Serbekho im Oktober 1993 ein gut besuchtes, öffentliches Seminar zu dieser Problematik. Die Rekkhrawi erarbeitete ebenfalls ein Papier zur Änderung des Personenstands- und anderer, frauendiskriminierender Gesetze. Diese Forderungen debattierte sie mit dem Premierminister Kosrat Rasul Ali.

Ende 1994 setzten sich die Mitgliederinnen aus den Reihen der KAPI innerhalb der Rekkhrawi durch. Unabhängige Frauen wie Wesira Jalal verließen die Organisation. Die KAPI erklärte die verbleibende Gruppe zur parteieigenen Frauenorganisation. Die Kommunistische Arbeiterpartei Iraks zeigte in ihrem Verhältnis zur Rekkhrawi, daß sie so wie die von ihr so hart kritisierte PUK gegen Personen und Gruppen vorgeht, die unabhängig von einer Partei- oder einer ideologisch-dogmatischen Linie politische und sozialrevolutionäre Ansätze verfolgen.<sup>75</sup>

In allen Parteien versuchen die herrschenden Männer, die Rolle der Frauen auf den Sozialbereich zu reduzieren. Diese als sozial-politisch zu bezeichnende Tätigkeit greift in die Macht der kurdischen Männer ein. Folgerichtig erklären Frauen der IKP und der PUK, daß ihre Arbeit nur dann gefördert wird, wenn sie partei-strategisch nützlich ist. Die Verhältnisse im heutigen Kurdistan-Irak veranschaulichen, wie schwierig die Emanzipation der kurdischen Frauen im täglichen Leben ist. Der Prozentsatz bewaffneter Kämpferinnen ist ein unzureichender Gradmesser für die Gleichberechtigung der Frauen. Oftmals verbieten hohe Kader der Parteien ihren eigenen Ehefrauen politische oder sozial-politische Tätigkeiten. Das politische Engagement einer Frau muß meist von männlichen Verwandten »abgesegnet« werden und führt oft in soziale Isolation.<sup>76</sup> Es ist nicht immer patriarchalische Unterdrückung, wenn Männer ihre weib-

---

74 Interview der Autoren mit Wesira Jalal in Suleimaniya im September 1994. Wesira Jalal ist eine Schwester des berühmtesten Komala-Gründers, Kak Aram. Sie war bis zu den Verhandlungen zwischen der Baath und der PUK in den Jahren 1984/1985 Mitglied der Komalai Rendjaran.

75 Im Herbst 1994 gründeten sich in Kurdistan-Irak zwei neue Frauenorganisationen: eine der Islamischen Bewegung in Kurdidstan-Irak (IBK) und eine der Sozialistischen Partei Kurdistans (Hisek).

76 Die meisten Gesprächspartnerinnen, mit denen die Autorin im Sommer 1994 zusammentraf, waren über 30 Jahre und unverheiratet.

lichen Verwandten an der politischen Arbeit hindern. Männer, die lange Jahre in der Illegalität oder als Peshmergas gekämpft haben, wollen Frauen nicht die harten Entbehrungen in den Bergen und die Gefahren bei Inhaftierungen und barbarischen Folterungen zumuten. Ein Vergleich mit der Situation in Kurdistan-Türkei oder Kurdistan-Iran legt den Schluß nahe, daß die Dominanz des militärischen Elements im irakisch-kurdischen Befreiungskampf die Entwicklung einer starken Frauenbewegung behindert hat. Durch die Veränderungen nach dem Aufstand im März 1991 sollte es den kurdischen Frauen im Irak nun auch besser möglich sein, in der Legalität eine wirksamere Frauenbewegung zu etablieren.

## **Bewaffnete Konflikte seit 1991**

Die irakische Regierung erkennt das Regionalparlament von Kurdistan-Irak nicht an, da es nach ihrer Meinung außerhalb früherer irakischer Gesetze steht. Mit der internen Blockade, Sabotageakten und Manipulationen stört das Bagdader Regime massiv den Wiederaufbau in den befreiten Gebieten. Kurdische und ausländische Hilfsorganisationen sind mit ihrem Personal, ihren Einrichtungen und Projekten wie Krankenstationen, Schulen, Werkstätten und Rehabilitationszentren Ziel irakischer Terroranschläge. Immer wieder kommt es in den kurdischen Gebieten südlich des 36. Breitengrades zu Luft- und Artillerieüberfällen der irakischen Armee auf ungeschützte Dörfer. Dabei werden wiederaufgebaute Häuser und Anlagen zerstört, die Bauern an der Ernte gehindert und landwirtschaftliche Produkte vernichtet. 1991 und 1992 verschwanden große Teile der Ernte ins irakische Inland und in den Iran, da Agenten Bauern lukrative Preise für Getreide zahlten. Die im Aufbau befindliche kurdische Administration konnte nichts gegen diese Spekulationen ausrichten. Um die Wirtschaft der autonomen Region in den Ruin zu treiben, erklärte die Zentralregierung im Mai 1993 die 25-Dinar-Note, die werthöchste Banknote, für ungültig. Durch diese Aktion verloren die Bevölkerung, die Administration und die Parteien einen großen Teil der Ersparnisse und Guthaben.

Seit Sommer 1991 griff die türkische Armee im Nordirak wiederholt Stützpunkte der PKK, Flüchtlingslager von Kurden aus der Türkei und Dörfer irakischer Kurden an. Offensiven startete sie im August und Oktober 1991, im Oktober 1992 und von März bis Mai 1995. Türkische Flugzeuge bombardierten Gebiete fern der türkisch-irakischen Grenze und im Iran. Bei diesen Attacken starben zumeist kurdische Zivilisten. Die Türkei versucht die Bevölkerung aus dem Grenzgebiet zu vertreiben und mit Hilfe irakisch-kurdischer Grenzpolizisten PKK-frei zu halten. Sie demonstriert ihre militärische Stärke gegenüber der kurdischen Regierung. Die westlichen Staaten zeigten Verständnis für die Invasionen. Daher ist jederzeit mit neuen Interventionen der Türkei in Kurdistan-Irak zu rechnen.

Die Differenzen zwischen der PKK und der KDP sowie den anderen kurdisch-irakischen Parteien nehmen unter dem außenpolitischen Druck und der türkischen Einmischung zu. Abgesehen von den Militäraktionen

schließt die Türkei zeitweilig den einzigen Grenzübergang Habur, koppelt Lebensmittellieferungen an Söldnerdienste, reduziert die Stromlieferungen für die Region Zaho/Dohuk und verweigert die Einreise für Politiker verschiedener Parteien. Die PKK übt ebenfalls Druck auf die irakisch-kurdischen Parteien aus, um deren engere Zusammenarbeit mit der Türkei zu sabotieren. Wegen der Streitigkeiten entschloß sich das kurdische Parlament im Herbst 1992 zum Angriff auf die PKK. Danach unterzeichneten beide Seiten ein Abkommen, das der PKK die Propaganda gegen die Regionalregierung verbietet. Ihre Kämpfer durften nur die zur Selbstverteidigung dienenden Waffen behalten. Die gefangenen PKK-Guerillas konnten sich in Zaho in der Region Rania an der iranischen Grenze ansiedeln. Ihre Auslieferung an die Türkei lehnte die kurdisch-irakische Seite ab.

Seit den Parlamentswahlen 1992 verschlechterten sich die ehemals guten und strategisch wichtigen Beziehungen der KDP und der PUK zur Regierung in Teheran. Der Iran unterstützt nun die Islamische Bewegung Kurdistans (IBK), die nach ihrer Wahlniederlage offen gegen die Regierung auftrat. Teheran griff die kurdische Opposition im Iran (KDP-Iran, Komala-Iran) und Flüchtlinge aus Kurdistan-Iran mit militärischen Mitteln an. Die iranische Regierung vertrieb Tausende irakische Kurden aus ihren Dörfern. Im Sommer 1993 drohte eine Eskalation, als in der Nähe von Halabça iranische Pasdaran (Revolutionswächter, Soldaten der regulären iranischen Armee) gefangen genommen wurden. Zum Jahreswechsel 1993/94 brachen Kämpfe zwischen der IBK und der PUK aus. Der Iran unterstützte die Islamische Bewegung so massiv, daß sie nicht nur die PUK bedrohte. Die IBK traf mit ihrem Terror politische Kader und Aktivisten linker Parteien und Bewegungen. Daher fand das Vorgehen der PUK in der Bevölkerung breite Zustimmung. Nach zweiwöchigen blutigen Kämpfen vertrieb die PUK die IBK in den Iran.

Der Sozialistischen Partei Kurdistans (SPK) werden enge Verbindungen zum Iran nachgesagt. Im Sommer 1992 schlossen sich die Parti Gel, die PASOK und die SPK zur Vereinigten Partei Kurdistans zusammen. Mitte 1993 traten sie der KDP bei.<sup>77</sup> Bei der Verteilung der Schlüsselpositionen in Partei und Armee wurde die SPK weitgehend entmachtet. Deshalb zog sie sich im November 1993 aus dem Bündnis zurück. Anschließend kämpften in Halabça, Erbil, Suleimaniya, Rania und Arbat Peshmergas der SPK und der KDP gegeneinander. An diesen Auseinandersetzungen beteiligten sich auf der Seite der KDP Einheiten des Kom-

---

77 Der neue Name der KDP ist eigentlich Vereinigte Demokratische Partei Kurdistans.

mandeurs Tahsin Shaweis, ein ehemaliger hochrangiger Kollaborateur. 1991 wechselte er mit seinem beträchtlichen militärischen Potential rechtzeitig die Seiten. Die SPK konnte sich nur in Arbat und Halabça behaupten. Hama Hadji Mahmoud, der Generalsekretär der Sozialisten, ging ins iranische Exil. Die Kämpfe zwischen der KDP und der SPK sowie zwischen der PUK und der IBK blieben lokal begrenzt. Ende 1993 erreichten die Beziehungen zwischen den großen Parteien KDP und PUK einen Tiefpunkt. Innerhalb der Regionalregierung gab es schwere Auseinandersetzungen, die mit Ministerrücktritten endeten. Die nun amtierende Regierung von Kosrat Rassul (PUK) konnte bestimmte Beschlüsse nur noch in der sie unterstützenden Provinz Suleimaniya durchsetzen. Die Gouverneure der KDP-beherrschten Provinzen Dohuk und Erbil trafen politische Entscheidungen, die nicht der Regierungspolitik entsprachen.

Die Auseinandersetzungen um Land zwischen Bahdinanis und Bauern bei Qala Dize am 1./2. Mai 1994 eskalierten schnell zum Krieg der beiden großen Parteien. Innerhalb weniger Tage griffen Peshmergas Stützpunkte und Büros der anderen Partei an. Die Kämpfe erfaßten fast die gesamte Region. Die PUK wurde aus Bahdinan vertrieben, die KDP aus weiten Teilen des Ostens. In Halabça kämpfte die Islamische Bewegung an der Seite der KDP. Als sich die PUK und die KDP am 10. Mai auf einen Waffenstillstand einigten, begann die iranische Armee Halabça zu beschießen. Sie zog sich aus dem Grenzgebiet erst zurück, als eine UN-Delegation die Anwesenheit iranischer Einheiten bestätigte. Zur gleichen Zeit besetzte die Türkei einen Grenzstreifen im Bahdinan.

In dem Konflikt versuchen seitdem Vertreter des Irakischen Nationalkongresses (INC), der KP, von Zahmet Kêshan, der Konservativen Partei, des neugegründeten Komitees für Frieden und Brüderlichkeit sowie Politiker Frankreichs, Großbritanniens und der USA zu vermitteln. Allerdings zeigt sich im Verlaufe der Kämpfe, daß es weniger um den Konflikt zwischen der KDP und der PUK geht. Während solcher Auseinandersetzungen kann sich jeder, der eine Landstreitigkeit oder lokale Machtfrage zu seinen Gunsten entscheiden will, auf die Zugehörigkeit zu einer der Parteien berufen. Die Parteien sind äußerst heterogen. Die Autorität der Parteiführer oder anderer Persönlichkeiten verhindert nicht, daß die Feindseligkeiten plötzlich wieder ausbrechen können. Für das tiefsitzende Mißtrauen gibt es viele Anlässe. Letztlich kämpfen einzelne Militärführer und die Parteien um einen möglichst großen Anteil an den Überlebensressourcen der Region. Die KDP setzte im Mai 1994 ihre uneingeschränkte Kontrolle über den Grenzübergang Habur durch. Mit einer Blockade und

der Destabilisierung der Grenze zum Iran versuchte sie die PUK-dominierten Regionen von der Versorgung abzuschneiden. Die kurdische Administration verlor damit ihre Haupteinnahmequelle. Die KDP kann in ihren Gebieten eigene Hilfsaktionen organisieren. Im Gegenzug bemühte sich die PUK, die informellen Handelswege in den Iran unter ihrer Kontrolle zu behalten.

Zeitweise entspannte sich die Lage. Büros der jeweils anderen Partei konnten wieder arbeiten. Mehrere Waffenstillstandsabkommen hielten beide Seiten weitestgehend ein. Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens in Paris scheiterte im Spätsommer 1994 an der Weigerung der Türkei, die Verhandlungsdelegationen durchreisen zu lassen. Der türkische Außenminister Soysal betrieb 1994/1995 die Annäherung an den Irak und die Aufhebung des UN-Embargos gegen Bagdad. Von der Herrschaft des Bagdader Regimes über die kurdische autonome Region scheint sich die Türkei die größte Sicherheit gegen die PKK zu versprechen. Die türkische Regierung forderte die KDP und die PUK wiederholt auf, mit Bagdad zu verhandeln. Die irakische Seite signalisierte ihre Gesprächsbereitschaft immer dann, wenn die Kämpfe zwischen den Parteien eskalierten und eigene militärische Aktivitäten zunahmen.

Wegen der Not tausender kurdischer Flüchtlingen aus der Türkei und der langen Anwesenheit türkischer Truppen im Grenzgebiet gerieten im Sommer 1994 die KDP und die PKK aneinander. Gleichzeitig kamen sich die PKK und die PUK wieder näher. So erklärt sich, daß die PKK mit Maßnahmen gegen die Bahdinan drohte, falls die KDP ihre Lebensmittelblockade gegen das Soran-Gebiet weiter aufrecht erhält.<sup>78</sup>

Ende 1994 bekämpften sich die KDP und die PUK erneut. Die KDP besetzte die von der PUK dominierte Stadt Shaqlawa, während die PUK Einheiten der KDP aus der Hauptstadt Erbil vertrieb. Der Versuch, ein neues Kabinett zu bilden, scheitert. Die kurdische Regionalregierung ist damit aufgelöst. Die Versorgungssituation in Erbil und Suleimaniya verschlechterte sich durch die Blockade der KDP. Andererseits gelang es der PUK im Januar 1995, mit der Förderung von Erdöl im Gebiet Kojsinjak zu beginnen. Seit Februar konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die nördlich von Erbil gelegene und von der PUK kontrollierte Stadt Rawanduz. Gleichzeitig verstärkte die irakische Armee ihre Artillerieüberfälle auf Erbil und Chamchamal. Der INC und andere kurdische Parteien griffen daraufhin Stellungen der Bagdader Regierungstruppen an.

---

78 Siehe »Özgür Ülke«. Istanbul vom 7. Juni 1994. S.3.

Charakteristisch für den Parteienkrieg sind längere Phasen relativer Waffenruhe mit im In- und Ausland durchgeführten Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes und zur Wiederherstellung der kurdischen Administration. Sie werden immer wieder durch die plötzlich ausbrechenden Kämpfe beendet. Einen chronologischen und detaillierten Überblick kann sich der Beobachter kaum verschaffen. In Erinnerung bleiben traurige Höhepunkte: Die iranischen Raketenangriffe und die anschließende Besetzung Halabça's durch die IBK und die KDP vertrieben im Mai 1994 Tausende aus der Stadt. Eine Autobombe tötete am 27. Februar 1995 in der Grenzstadt Zakho 70 Menschen und verletzte über 120. Die Anfang Juli 1995 im Zusammenhang mit dem Einmarsch der türkischen Armee ausgebrochenen Kämpfe um Rawanduz forderten in kurzer Zeit fast 200 Tote unter den Peshmergas und der Zivilbevölkerung.

Die internationale Gemeinschaft respektiert Kurdistan-Irak nicht als eine autonome Region und behandelt die Kurden im Irak als »Flüchtlinge«. Die Interventionen der Bagdader Regierung, des Iran und der Türkei verschärfen die Konflikte zwischen den kurdischen Parteien, die lange unter der Oberfläche brodelten. Die seit Jahren heftigsten Auseinandersetzungen zwischen der KDP und der PUK zersetzen die kurdische Autonomie im Irak.

Die kurdischen Parteien aller Staaten denken gezwungenermaßen im Rahmen völkerrechtlicher Grenzen. Die meisten Parteien orientieren sich regional. Die Staaten der Region unterdrücken seit Jahrzehnten das Selbstbestimmungsrecht der Kurden. Dabei nutzen die Herrschenden in Bagdad, Teheran, Ankara und Damaskus jedes Problem zwischen den kurdischen Organisationen und fordern für ihre Unterstützung der kurdischen Parteien aus den anderen Staat Gegenleistungen.

Frankreich, Rußland, die USA, Großbritannien und die BRD verfolgen im Irak und in Kurdistan eigene Interessen. Vertreter von Firmen und Staaten führten in Bagdad Gespräche, wie die Zeit nach der Aufhebung des Embargos zu gestalten sei. Während der Kämpfe 1994 sollen über 1 000 Geschäftsleute nach Bagdad gereist sein, um Verträge mit einem geschätzten Volumen von über 150 Milliarden Dollar abzuschließen. Frankreich nahm im März 1994 quasi-diplomatische Beziehungen zum Irak auf.<sup>79</sup>

---

<sup>79</sup> Siehe Zum Leben keine Zeit. Ein kurdischer Aufstand und was davon blieb. In: »junge Welt« vom 6. März 1995. S. 9.

Heute dringen die westlichen Staaten nicht mal mehr formell darauf, daß der Irak sämtliche Forderungen der UN-Resolution 688 erfüllt. Sie verlangt von Bagdad neben der Rüstungskontrolle und der Anerkennung Kuweits die Gewährleistung der Menschenrechte und die Beendigung der staatlichen Verfolgungsmaßnahmen. Die Bundesregierung lehnte jüngst den Vorsitz im UN-Ausschuß für Kompensationszahlungen/Irak ab, weil dies ihren Interessen schaden würde.<sup>80</sup>

Den Beobachtern in Westeuropa mögen die innerkurdischen Kämpfe nach dem 2. Golfkrieg absurd erscheinen. Jeder, der selbst Hilfsarbeit in Kurdistan-Irak geleistet hat, mag verzweifeln, daß kurdische Bewaffnete Brücken sprengen und Stromleitungen kappen, um der gegnerischen Partei zu schaden. Sie zerstören das Wiederaufgebaute, was die irakische, türkische und iranische Armee ganz gelassen hat. Der Konflikt zwischen der KDP und der PUK läßt sich nicht mit dem »tribalistischen« Charakter der kurdischen Gesellschaft und der Einschätzung, daß kurdische Männer »bewaffnet am sozialen Leben teilnehmen«<sup>81</sup>, erklären. Auch die unterschiedliche konfessionelle Zugehörigkeit der Barzani-Familie (Naqshbandi-Orden) und der Talabani-Familie (Qadiri-Orden) ist kein zwingender Grund für die Feindschaft der Parteien. Man kann in Kurdistan-Irak grob die zwei unterschiedlich entwickelten Regionen Bahdinan und Soran erkennen, die ungefähr den von der KDP bzw. der PUK dominierten Gebieten entsprechen. Die Linien des politischen Regionalismus stimmen jedoch nicht mit dieser Zweiteilung überein. Die aktuellen Konflikte spiegeln auch Streitigkeiten wider, die in den 60er und 70er Jahren mit den gleichen Protagonisten wie heute zur Spaltung der KDP geführt hatten. Letztlich geht es heute darum, die besten Ausgangspositionen für die künftigen Verhandlungen mit einer wie auch immer gearteten Bagdader Zentralregierung zu erlangen.

Die extremen Lebensbedingungen verschärfen die Unterschiede zwischen arm und reich. Zahlreiche Kirkuk-Flüchtlinge leben in erbärmlichen Verhältnissen unter dem Existenzminimum. Die Armut der städtischen Mittel- und Unterschichten wird immer größer. Auf der anderen Seite können einzelne Unternehmer und »war-lords« Luxusrestaurants und Villen bauen. Autorität, Macht und Überlebenskampf beruhen zu einem erheblichen Maß auf verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen. In der heutigen wirtschaftlichen Krise in Kurdistan-Irak werden diese Beziehungen wiederbelebt und gefestigt.

---

80 Siehe Profit geht vor Prestige. In: »die tageszeitung« vom 13. Dezember 1994. S. 8.

81 Auswärtiges Amt: Ergänzungsbericht zum Nordirak. Bonn 25. März 1994.

Die Kurden im Irak können ihre jetzigen Lebensverhältnisse, die entscheidend vom internationalen Umfeld geprägt werden, kaum beeinflussen. Halabça und die Anfal-Offensiven brachen das Selbstbewußtsein vieler irakischer Kurden. Allein das Gerücht eines größeren irakischen Angriffs führt zu enormer Unruhe. Viele Kurden sehen in ihrer Heimat keine persönliche und politische Perspektive. Wer es sich leisten kann, versucht ins Ausland zu gehen. Monatlich stellen in der BRD ca. 350 Iraker – die meisten sind Kurden aus der autonomen Region – einen Asylantrag.<sup>82</sup> Unter den Flüchtlingen sind frustrierte Politiker und Intellektuelle aller Parteien. Der Aufstand der Überlebenden des Völkermordes gegen das baathistische Regime war von den Alliierten nicht gewollt. Zwischen Anfal-Trauma auf der einen Seite, der Kontrolle durch die Bagdader Regierung, die Nachbarstaaten, die Alliierten und die UNO auf der anderen Seite, hat die Fortführung des Aufstands keine Chance. Die jahrhundertlange Konfrontation mit Gewalt und Krieg und der bewaffnete Kampf in den Bergen als Synonym für den irakisch-kurdischen Widerstand begünstigen, daß innere Machtkonflikte militärisch ausgetragen werden. Der Anspruch des Aufstandes von 1991 ist verlorengegangen.

---

82 Siehe amnesty international: Asyl-Info und Rechtssprechungsübersicht. Bonn Januar [1995].



## Zeittafel

(20. Jahrhundert)

1916–1918	Britische Truppen besetzen nacheinander die Vilayete Basra, Bagdad und Mosul.
1918/1919	Kurdenaufstand gegen britische Besatzung; Sheikh Mahmud wird Gouverneur in Suleimaniya.
1920	Vertrag von Sèvres: Briten sichern Mandat für den Irak.
1921	Irak wird konstitutionelle Monarchie; der Haschemit Faisal I. wird König des Irak.
1922–1924	Widerstand im ganzen Irak gegen die Einsetzung Faisals; zur Niederschlagung der Aufstände in Südwestkurdistan wird britische Luftwaffe eingesetzt.
1926	Eingliederung von Mosul in den Irak nach entsprechendem Beschluß des Völkerbundes.
1932	19. Mai: Der Irak wird aus britischem Mandat entlassen und am 3. Oktober in den Völkerbund aufgenommen.
1933	Gegen erneute Aufstände in Südwestkurdistan wird die Royal Air Force eingesetzt.
1943	Aufstand unter Mulla Mustafa Barzani gegen Bagdad; Barzani wird gefangengenommen und in Suleimaniya unter Arrest gestellt.
1945	Bagdad fordert erneut die Royal Air Force zur Unterdrückung eines Aufstandes unter Führung Barzanis; die Aufständischen ziehen sich nach Kurdistan-Iran zurück.
1946	22. Januar: Ausrufung der Republik von Mahabad unter der Führung von Qazi Muhammad.
1947	Niederschlagung der Republik von Mahabad; Barzani geht in den Irak zurück, muß aber mit mehreren Hundert Anhängern in die UdSSR fliehen.
1958	14. Juli: Sturz der Monarchie König Faisal II. und Ausrufung der Republik; General Abd al-Karim Qassim übernimmt die Regierung; Rückkehr Barzanis.
1961	September: Beginn des ersten kurdischen Krieges (Barzani-Revolution).
1963	8. Februar: Militär und Baath-Partei putschen gegen die Regierung; Qasim wird hingerichtet; brutale Verfolgung von Kurden, Kommunisten und anderen Oppositionellen.
1966	Vorübergehende Entspannung mit 12-Punkte-Plan zur Beilegung des Konflikts in Kurdistan.
1968	Machtübernahme durch die Baath-Partei.
1970	11. März: Deklaration des »Kurdenmanifests«, eines 15-Punkte-»Abkommens« zwischen Regierung und Demokratischer Partei Kurdistans; Kurden werden als Volksgruppe anerkannt; fünf Kurden als Minister in die Regierung aufgenommen, autonome Verwaltung wird zugesichert; Volkszählungen sollen Regionen mit mehrheitlich kurdischer Bevölkerung feststellen.

- 1971/1972 Deportation von 40 000 Failie-Kurden aus Khanaquin in den Iran. Nationalisierung des gesamten Erdölsektors.
- 1972 9. April: Vertrag über »Freundschaft und Zusammenarbeit« zwischen Irak und UdSSR: Moskau versagt Kurden jede Unterstützung; stattdessen militärische Hilfe für Bagdad; fortan Diskreditierung des kurdischen Selbstbestimmungskampfes als »reaktionär«.
- 1973 Irakische Kommunistische Partei muß auf Drängen Moskaus mit Baath die Progressive Nationale Front (PNF) bilden; Barzani verweigert trotz Aufforderung der Baath den Beitritt zur PNF.
- 1974 12. März: Bagdad verkündet einseitig Gesetz zum Legislativrat; aufgrund verstärkten Terrors gegen die Kräfte Barzani und forcierter Zwangsumsiedlung sowie Nichteinhaltung der Abmachung von 1970 durch Bagdad lehnt Barzani Bagdader Ultimatum ab; bislang schwerste Kämpfe beginnen.
- 1975 17. März: Vertrag von Algier: Iran stellt Hilfe für Barzani ein, während Bagdad auf Gebiete des Shatt al-Arab verzichtet; der kurdische Widerstand bricht zusammen. 130 000 Kurden fliehen in den Iran.  
25. Mai: Erlaß des Agrarreform(sonder)gesetzes Nr. 90 für die »Autonome Region Kurdistan«.  
1. Juni: Gründung der Patriotischen Union Kurdistans (PUK); mehrere neugegründete kurdische Organisationen nehmen den bewaffneten Kampf wieder auf.
- 1978 Verstärkter Terror gegen Kommunisten; IKP zieht sich aus PNF zurück; Kämpfe zwischen kurdischen Parteien.
- 1979 16. Juli: Saddam Husain wird Staatspräsident des Irak.
- 1980 17. September: Beginn des Krieges gegen den Iran.
- 1980–1988 Iran-Irak-Krieg; im Verlauf der 80er Jahre bringen Peshmergas große Gebiete unter ihre Kontrolle; fast alle Parteien arbeiten mit Teheran zusammen.
- 1983 Türkische Truppen dringen in Abstimmung mit Bagdad im Nordirak ein und greifen kurdisch-irakische Stellungen und Dörfer an.
- 1984/1985 Separatverhandlungen der PUK mit Bagdad.
- 1988 23. Februar: Erste Anfal-Offensive beginnt mit Bombardements und Giftgaseinsätzen auf den PUK-Stützpunkt Bergalou-Sergalou; die Anfal-Offensiven halten bis August an und fordern ca. 180 000 Menschenleben; ca. 4 500 Dörfer werden systematisch zerstört.  
17. März: Giftgasangriffe auf Halabça; ca. 5 000 Menschen werden getötet.  
12. Mai: Gründung der Kurdistan-Front.  
6. September: Bagdad erläßt Amnestie für »Separatisten«.
- 1990 2. bis 8. August: Irak besetzt und annektiert Kuwait als 19. Provinz.
- 1991 17. Januar bis 28. Februar: Krieg um Kuwait.  
3. März: Waffenstillstand.  
5. März: Beginn des kurdischen Aufstandes in Rania.  
Ende März: Rückkehr der irakischen Armee und Massenflucht der Kurden nach Iran und Türkei.  
16. April: Beginn der Alliierten-Operation »Provide Comfort«. – Bildung

- des »Safe Haven«, später Ausdehnung des Flugverbots bis zum 36. Breitengrad.  
Sommer: Türkei unternimmt verstärkt »grenzüberschreitende Operationen«.  
Oktober: Bagdad verhängt interne Blockade.
- 1992 19. Mai: Erste freie Wahlen zum »Kurdischen Nationalparlament«.  
5. Juni: Ernennung der ersten kurdischen Regionalregierung.  
Herbst: Bewaffnete Auseinandersetzungen mit der PKK.
- 1993 Sommer: Verstärkte militärische Angriffe des Iran.  
November: Auseinandersetzungen zwischen Sozialistischer Partei Kurdistan und KDP.
- 1993/1994 Dezember/Januar: PUK vertreibt Islamische Bewegung aus Kurdistan-Irak.
- 1994 1./2. Mai: Beginn des bewaffneten Konflikts zwischen KDP und PUK.  
23. Dezember: Nach Entspannungsphase erneute Kämpfe, die sich um die regionale Hauptstadt Arbil konzentrieren; großer Streitpunkt sind Zolleinnahmen.
- 1995 20. März bis 9. Mai: Bisläng größte militärische Intervention durch türkische Truppen.  
11. August: »Dubliner Abkommen« zwischen KDP und PUK über die Einstellung der Feindseligkeiten und für eine dauerhafte Lösung der Konflikte.

## Glossar

- ANCUMAN/ANJUMAN: »Rat«, hier Bezeichnung für Dorfräte in den befreiten Gebieten.
- ANFAL-OFFENSIVEN: Militärische Operationen 1988, die unter Einsatz von chemischen Waffen die kurdischen Befreiungsbewegungen außer Landes trieben; Tausende Menschen wurden deportiert, ihre Dörfer vernichtet und ganze Regionen zu »verbotenen Zonen« erklärt. Nach Schätzungen wurden ca. 180 000 Menschen verschleppt bzw. ermordet.
- AUTONOME REGION KURDISTAN: Umfaßt nach »Autonomiegesetz« von 1970/1974 die Provinzen Dohuk, Arbil und Suleimaniya; seit 1991 stehen Teile dieser drei Provinzen sowie der Provinzen Kirkuk und Mosul unter kurdischer Verwaltung.
- BAATH-PARTEI: Arabisch-Sozialistische Partei der Wiedergeburt; 1947 in Damaskus gegründet, seit 1968 im Irak herrschende Partei; die Baath ist eine panarabische Partei mit sogenannten Regionalleitungen.
- CHRISTEN: In Kurdistan sind mehrere christliche Gemeinschaften verbreitet, die zur syrisch-orthodoxen Kirche, zur syrianischen Kirche des Katholischen Patriarchats von Antiochia, der Assyrischen Alten Apostolischen Kirche des Ostens sowie der des Katholisch-Chaldäischen Patriarchats von Babylon zählen; Kultsprachen sind Aramäisch, Arabisch, Latein. Im Alltag wird oftmals eher Arabisch als Kurdisch gesprochen.
- COLLECTIVE TOWN: (arab.: mudjammaat, kurd.: orduga) Umsiedlungsstädte, in denen sich vertriebene Bauern ansiedeln mußten.

- DEMOKRATISCHE PARTEI KURDISTANS:** 1946 in Kurdistan-Irak gegründet, am 16. August 1946 Gründung der irakischen DPK (engl.: KDP); Partei besteht aus Angehörigen der intellektuellen, sozialistischen Mittelschicht und traditionellen religiösen bzw. Stammeseliten; derzeitiger Vorsitzender ist der Sohn Mulla Mustafas, Masud Barzani. Die KDP ist nach kommunistischem Vorbild zentralistisch organisiert, an der Spitze stehen ein Zentralkomitee und Politbüro; 1952 wurde die Frauenorganisation Yeketie Afretan gegründet. Bis heute besteht in Syrien eine DPK; die DPK-Iran wird durch das Regime hart verfolgt (Ermordung der Generalsekretäre Ghassemlou 1989 und Sherefkendi 1992) und unterhält im Nordirak kleine Stützpunkte.
- DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI KURDISTANS (Parti Gel):** Am 19. August 1981 mit Sami Abrahaman an der Spitze gegründet; 1993 Vereinigung mit der DPK.
- FAILI-KURDEN:** Luri- und lakisprachige Gruppe, die ursprünglich aus der iranischen Provinz Ilam vor allem nach Khanaqin und Bagdad zugewandert war; nach Massendeportationen Anfang der 70er und Anfang der 80er Jahre hat sich ihre Zahl im Irak stark dezimiert.
- IRAKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (KPI):** 1934 gegründet; im Nordirak immer mit kurdischer Sektion präsent; 1973–1979 Zusammenarbeit mit der → Baath; seit 1993 existiert neben der kurdischen Sektion eine eigenständige Kommunistische Partei Kurdistan; 1958 Gründung der Liga der Frauen.
- IRAKISCHER NATIONALKONGRESS:** Bündnis aus 17 kurdischen und arabischen oppositionellen Parteien; Vorsitzender des Exekutivkomitees ist der arabische Geschäftsmann Ahmed Celebi.
- ISLAMISCHE BEWEGUNG IN KURDISTAN-IRAK:** 1988 im Iran von Mulla Osman und anderen gegründet; erhält großzügige iranische Unterstützung; ist mit wenigen Anhängern, aber mit unverhältnismäßiger finanzieller und militärischer Basis zur drittstärksten Kraft geworden; kontrolliert seit Ende Mai 1993 Halabça.
- JASH:** »kleiner Esel«, Bezeichnung für Verräter und Kollaborateure, die meist auch militärisch als Söldner gegen Befreiungsbewegungen vorgehen.
- KOMALA:** (Komala Jiyanewe-i Kurd) Komitee zur Wiederbelebung der Kurden in Mahabad, 1942 gegründet; 1970 entsteht **KOMALA-I RENJARAN**, sich als marxistisch-leninistische Partei verstehend, von deren Gründungsmitgliedern nur noch Nawshivan Mustafa Amin lebt; Mitbegründung der → PUK, deren Bestandteil sie bleibt; gute Beziehungen zur Komala-i Iran, die im Nordirak Stützpunkte unterhält.
- KURDISTAN-FRONT:** Am 12. Mai 1988 gegründet: → KDP, → PUK, → KPI, → PASOK und Hisek.
- MAHABAD:** Republik von Mahabad, iranisch-Kurdistan; am 13. Januar von Qazi Mohammad ausgerufen; nach Vereinbarungen zwischen Teheran und Moskau verliert Mahabad die sowjetische Unterstützung; die iranische Armee marschiert in Mahabad ein; Qazi Mohammad wurde am 31. März 1947 öffentlich hingerichtet.
- MCC – MILITARY COORDINATION COUNCIL:** Kommandostelle der Golfkriegsalliierten (USA, Frankreich, Großbritannien, Türkei) nach Abzug der Truppen zur Überwachung des Flugverbotes in Zakho.
- MUSTASHAR:** (arab.: »Berater«) Bezeichnung für hochrangige, einflussreiche Kollaborateure, die Ende der 80er Jahre auch für Verwaltungsfragen zuständig waren (in → collective towns).
- NAQSHBANDIYA:** Islamische Bruderschaft, geht zurück auf Mohammad Naqshband (1317 bis 1389) aus Buchara, in mehreren Ländern verbreitet, vor allem unter Kurden im Irak und Syrien; die Barzanis gehörten dieser Richtung an.

- NON GOVERNMENTAL ORGANIZATIONS (NGO): (dt.: NRO – Nichtregierungsorganisationen), Hilfsorganisationen, die mit privaten Spendengeldern, aber auch staatlichen Zuschüssen Projekte durchführen; ausländische NGO sind nach der sogenannten »humanitären Intervention« in Kurdistan-Irak tätig geworden; hier in loser Koordinierung, die sich meist nur auf Sicherheitsfragen beschränkt; daneben gibt es viele kurdische NGO; die größeren arbeiten für die bedeutenden Parteien.
- PASOK/SOZIALISTISCHE PARTEI KURDISTANS: September 1976 gegründet; enge Zusammenarbeit mit Hisek; Sommer 1993 Vereinigung mit → KDP; auch in Kurdistan-Türkei existiert eine PASOK.
- PATRIOTISCHE UNION KURDISTANS (PUK): Am 1. Juni 1975 gegründet; drei Flügel: → Komala, Sozialistische Bewegung (SBK) unter Ali Askeri und Hauptlinie (hel-i gishti) unter Talabani; ursprünglich marxistisch-sozialistisches Programm; nach Auszug großer Teile der SBK schloß sich der Rest mit der Hauptlinie 1982 zur Union der Kurdischen Revolutionäre (Yeketi-i Shorshgeran) zusammen; die PUK ist anfänglich von maoistischen und sozialistischen Ideen stark beeinflusst; zur Erreichung breiter Unterstützung durch die (ländliche) Bevölkerung von sozialistischen Grundsätzen aber weit abgerückt.
- PESHMERGA: »Vor dem Tod sein«, Bezeichnung für die bewaffneten Kämpfer in Kurdistan-Irak.
- PROGRESSIVE NATIONALE FRONT: 1972/1973 unter Führung und Diktat der → Baath gebildete Einheitsfront im Irak
- QADIRIYA: Islamische Bruderschaft; geht zurück auf den Sufi Muhammad al-Qadiri (12. Jahrhundert), der in Bagdad gewirkt hat; im Nahen Osten von Iran bis Algerien verbreitet; in kurdischer Gesellschaft haben Sheikhs bis heute großen Einfluß; sie haben sich während der Landreformen um die Jahrhundertwende aufgrund ihrer Stellung viel Landbesitz angeeignet; die Talabani-Sheikhs gehören dem Orden an.
- SOZIALISTISCHE PARTEI KURDISTANS (Hisek): Am 8. Mai 1982 aus Anhängern des Märtyrers Ali Askeri und der Vereinigten Sozialistischen Partei von Dr. Mahmud Osman gegründet; während der 80er Jahre drittstärkste Kraft in Kurdistan; nach Versuch des Zusammenschlusses mit der → KDP im Sommer 1993 Auseinandersetzungen mit KDP.
- UNHCR: Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen.
- YEZIDI/EZIDI: Religiöse Gemeinschaft in Kurdistan; synkretistische Religion, deren Genese in der Literatur sehr umstritten ist; in der Lehre ist die Gestalt des Engels Melek Taus von zentraler Bedeutung; Lehre und Kult unterliegen strenger Geheimhaltung; Hauptheiligtümer befinden sich im Sheikhan-Bezirk (Grab des legendären Propheten Sheikh Adi) und im Gebiet des Jabal Sinjar (Provinz Mosul); die Gemeinschaft ist geteilt in Laien und in Träger religiöser Würden (»Kasten«).
- ZAHMET KÊSHAN/HIZBI ZAHMET KÊSHAN (KURDISTAN TOILERS PARTY – KTP): gehört zu den wichtigsten Bewegungen in Kurdistan-Irak; wird von vielen Intellektuellen unterstützt. Zahmet Kêshan spaltete sich von der → SPK ab und nimmt seit 1985 eigenständig am bewaffneten Kampf in Kurdistan-Irak teil.

## Auswahlbibliographie

*Birgit Ammann*: Kurden in Israel. In: Kurden im Exil. Bd. 1. Berlin 1991. – *Abdulmesin Brahim*: Assyrer im Irak. Dokumentation. Augsburg 1992. – *Martin M. van Bruinessen*: Agha, Scheich und Staat. Berlin 1989. – *Martin M. van Bruinessen*: Kurdish society, ethnicity, nationalism and refugee problems. In: The Kurds. London, New York 1992. – *S. H. al-Chalabi*: Die Frau in der irakischen Gesellschaft und ihre Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung (1945–1963). Diss. Berlin 1971. – *Günther Deschner*: Saladins Söhne. München 1980. – *Andrea Fischer*: Die landrechtliche Situation in Kurdistan-Irak. Untersuchungen in der Region Qaradagh. Leipzig 1994 [unveröffentlicht]. – *Erhard Franz*: Kurden und Kurdentum. Hamburg 1986. – *Michael M. Gunter*: Foreign influences on the Kurdish insurgency in Iraq. In: Orient (1993)34/1. S. 105–119. – *E. Haraldsson*: Land im Aufruhr. Hamburg 1966. – *Ferhad Ibrahim*: Die kurdische Nationalbewegung im Irak. Berlin 1983. – *Jalal Kanjori*: Die soziale Umwälzung in Iranisch Kurdistan. Diss. Münster 1992. – *Hannes Kempmann*: Bericht über die Wahlen in Irakisch Kurdistan. [o. O.] 1992. – *Fadel Khalil*: Kurden heute. Wien, Zürich 1985. – Kurdistan Aktuell. Hrsg. von medico international. Nr. 25, 27. März 1994. S. 97ff. – Genocide in Iraq. The Anfal Campaign against the Kurds. Hrsg. von Middle East Watch. New York 1993. – Die Zerstörung von Koreme. Hrsg. von Middle East Watch. Frankfurt/M. 1994. – *Ronald Ofteringer/Ralf Bäcker*: A Republic of Statelessness. In: Middle East Report (1994)187/188. S.40–45. – Perlaman: Ancumani Nish-tumani Kurdistan [Rat der Region Kurdistan]. Hewler. – PUK: Watha'iq al-idana [Dokumente zur Islamischen Bewegung in Kurdistan-Irak]. Damaskus 1993. – *Fadil Rasoul*: Großmacht-politik und Befreiungskampf. Wien 1988. – *Ilse Richter*: Der Kampf im Irak gegen das Mandatssystem. In: Geschichte der Araber von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bd. 3. Leipzig 1974. – *Issam A. Sharif*: Die irakischen Kurden. Wien 1991. – *Jawhar Shawais*: Die Entwicklung der kurdischen Nationalbewegung im Irak von 1958–75. Diss. Leipzig 1981. – *Samia Tschauschli*: Die gesellschaftliche Stellung der kurdischen Frau in der Republik Irak in den 60er und 70er Jahren. Diss. Leipzig 1986. – *Ismet Cherif Vanly*: Kurdistan und die Kurden. Bd. 2. Göttingen 1986. – *Ismet Cherif Vanly*: Kurdistan im Irak. In: Kurdistan und die Kurden. Bd.1. Göttingen 1988.

## Zu den Autoren dieses Heftes

**Andrea Fischer-Tahir**

geb. 1971 in Berlin; studiert Arabistik, Ethnologie und Religionsgeschichte; Praktikum bei medico-international; 1993/1994 in Kurdistan-Irak, Suleimaniya; arbeitet seit drei Jahren in der Flüchtlingshilfe – KAHINA.

**Christian Pommerening**

geb. 1968; studiert Ethnologie, Orientalistik und Religionswissenschaft in Leipzig; Sommer 1993 bei Caritas in Zakho tätig; derzeit Mitarbeiter von MdB Steffen Tippach.

## Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

### Mitteilungen

*Heft 1. Leipzig 1991. 28 S.* [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3–5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6–8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9–15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16–24. – Erste Presseresonanz. S. 25–28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5–17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18–27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28–32. – Informationen des Vorstandes. S. 33–35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3–16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17–30. – Informationen des Vorstandes. S. 31–33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3–10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11–19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20–31. – Informationen des Vorstandes. S. 32–34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5–16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17–35. – Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36–44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872–1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5–46.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5–34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35–50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51–52.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5–9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausga-

ben. S. 11–16. – Faksimiles. S. 17–35. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37–40. – Personalialia. S. 41–47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47–51.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 58 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 – 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7–11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11–13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13–14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15–16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17–39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41–55.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. – Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5–6. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7–14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15–25. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27–39. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41–48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinesische Mauer‹. Die DDR im Zwielficht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49–50. – Personalialia. S. 51.] – *Heft 14. Leipzig 1993. 66 S.* [Enthält: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV. – Hans Jürgen Friederici: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« S. 5–14. – Hans Jürgen Friederici: »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. S. 15–20. – Helmut Hirsch: Marxens Verhältnis zu Lassalle. S. 21–28. – Wolfgang Schröder: Zur Position des ADAV im Geschichtsbild. Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei. S. 29–38. – Volker Külöw: Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses. S. 41–43. – Henrike Dietze: »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« – ein Trauerspiel in mehreren Akten. S. 45–50. – Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle. S. 51–52. – Personalialia. S. 53–61.] – *Heft 15. Leipzig 1994. 83 S.* [Enthält: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. – Heinrich Gemkow: Grußwort. S. 5–7. – Rolf Dlubek: Marx als Politiker in den ersten Jahren der Internationalen Arbeiterassoziation. Zum Erscheinen von Band I/20 der MEGA. S. 9–26. – Martin Hundt: Am Ursprung kommunistischer Parteipraxis. Über das Entstehen einer Monographie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. S. 27–42. – Volker Külöw: Ein Gedenkbuch und mehr. S. 43–60. – Heinrich Gemkow: Statt einer Schlußbemerkung. S. 61–62. – Personalialia. S. 63–70. – Chronik April bis Dezember 1993. S. 71–77.] – *Heft 16. Leipzig 1995. 55 S.* [Enthält: Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie. S. 5–42. – Chronik Januar bis Juni 1994. S. 46–50.]

## Osteuropa in Tradition und Wandel

*Heft 1. Leipzig 1994. 80 S.* [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Wolfgang Geier: Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-) Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas. S. 7–26. – Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen. S. 27–51. – Willi Beitz: Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichend-typologischem Aspekt. S. 54–68.] – *Heft 2. Leipzig 1995. 88 S.* [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Erhard Crome: Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. S. 7–17. – Eckart Mehls: Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers. S. 19–35. – Bernd Koenitz: »Wir sind ein kleines Volk«. Zu den Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen. S. 37–53. – Dietmar Endler: Südslawische Literaturen im Spannungsfeld zwischen nationaler Identitätssuche und zwischennationalen Gemeinsamkeiten. S. 55–69. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 71–76.

## Rohrbacher Manuskripte

*Heft 1. Leipzig 1995. 84 S.* [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Ist unser Planet noch zu retten? S. 9–32. – Gerhard Poppei: Die globalen Dimensionen der Energie S. 33–47. – Gerhard Gruhn: Alternative Energien. S. 49–58. – Reinhard Grienig: Globale Zivilisationskrise – gibt es einen Ausweg? S. 59–67. – Manfred Jödecke: Dialog als lokales Problem (menschlichen) Überlebens. S. 69–72. – Kurt Reiprich: Wissenschaft und Wert. S. 73–78.] – *Heft 2. Leipzig 1996. 112 S.* [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Gibt es einen methodologischen Dualismus zwischen Natur- und »Geisteswissenschaften«? S. 9–19. – Wolfgang Jantzen: Diagnostik, Dialog und Rehistorisierung: Methodologische Bemerkungen im Zusammenhang von Erklären und Verstehen im diagnostischen Prozeß. S. 21–40. – Manfred Jödecke: Paradigmenwechsel in der Sonderpädagogik oder wider den methodischen Reduktionismus. S. 41–48. – Horst Pickert: Methoden in der philosophischen Anthropologie der Gegenwart. S. 49–58. – Gerhard Poppei: Entwicklung und Entropie. Selbstorganisation, Strukturbildung und Energieproduktion. Reflexionen über ein womöglich allgemeingültiges Problem. S. 59–69. – Hans Eigler: Methoden bei der Entwicklung und Überleitung mikroelektronischer Bauelemente und Mikrosysteme und ihr Gültigkeitsbereich. S. 71–80. – Jan-Peter Domschke: Die Rezeption philosophischer Auffassungen von Natur- und Technikwissenschaftlern in der Philosophie. S. 81–90. – Roland Opitz: Russische Schriftsteller in der deutschen Emigration. S. 91–101.]

## Texte zur Hochschulpolitik

*Heft 1: 4. Alternativer Hochschultag (11. März 1995). Leipzig 1995. 124 S.* [Enthält: Werner Bramke/Giesela Neuhaus: Vorwort. S. 5. – Torsten Bultmann: Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. S. 7–11. – Markus Gunkel: Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet. S. 13–17. – Barbara Höll: Frauen in der Wissenschaft. S. 19–21. – Astrid Franzke:

Frauen unter Hochschulgesetzen. S. 23–32. – Rainer Rilling: Mit der Datenautobahn in den Elfenbeinturm? S. 35–40. – Peter Döge/Brigitte Fenner: Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik. S. 41–56. – Peer Pasternack: Die Zusammenführung der Defizite. Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. S. 57–64. – Siegfried Kiel: Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneuerung. S. 65–70. – Ludwig Elm: Aufarbeitung von Vergangenem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen. S. 71–80. – Werner Bramke: Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz. S. 81–88. – Uwe Hirschfeld: Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit. Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven. S. 89–97. – Werner Grahn: Hochschulen und Staat in Thüringen. S. 99–101. – Andreas Trunschke: Brandenburgische Hochschulreformen in der Krise. S. 103–114.]

### Texte zur Literatur

*Heft 1. Leipzig 1994. 72 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7–32. – Klaus Pezold: »So kam ich unter die Deutschen«. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33–48. – Günter Mieth: Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49–65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg): Hölderlin. Der Pfleghsohn. Texte und Dokumente 1806–1843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pflugschäftsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 66–67.] – *Heft 2. Leipzig 1995. 76 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Vernichtungssymbol und Mobilisierungssignal. Zum ideologiegeschichtlichen Ort der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933. S. 7–28. – Hans Jürgen Friederici: Bücherverbote und Bücherverbannung in der Buchstadt Leipzig. S. 29–36. Aus der Diskussion: Anneliese Feurich: Erinnerung an Karl Barth. S. 37/38. – Wolfgang U. Schütte: Bücherverbrennung 1933 und Büchervernichtung 1989/1990. S. 39–41. – Juliane Krummsdorf: Probleme einer Bibliothekarin im Umgang mit Schwarzen Listen, Schandpfahl und Autodafé. S. 42–46. – Frank Andert: Tucholsky auf den Müll? S. 47–51. – Rahel Springer: Der Verlust von Büchern war schmerzlicher als der von Möbeln. S. 52/53. – Rudolf Scholz: Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »Verbrannt, verboten verbannt. Vergessen?«. S. 55–63.]

### Texte zur Philosophie

*Heft 1. Leipzig 1994. 42 S.* [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. S. 5. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. S. 9–34. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37–38.] – *Heft 2. Leipzig 1996. 35 S.* [Enthält: Claus Träger: Johann Gottfried Herder und der Fortschritt als Beförderung der Humanität.]

## Texte zur politischen Bildung

*Heft 1:* Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 8:* Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5–38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39–52. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 53–55.] – *Heft 9:* Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – *Heft 10:* Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 55 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5–15. – Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17–58 [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verfasser auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] – Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto. S. 59–61.] – *Heft 12:* Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13:* Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14:* Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15:* Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16:* Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit. S. 5–6. – Gustav Seeber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7–16. – Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17–23. – Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden. S. 25–30. – Kurt Pätzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. S. 31–50. – Helmut Eschwege: Zur Deportation alter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen« 1942–1945. S. 51–73. – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken ...« Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rolle in den »Säuberungen« in Sachsen 1949 bis 1953. S. 75–83.] – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 18:* Kurt

Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 19*: Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92 S. – *Heft 20*: Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21*: Sarkis Latchinian: »Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S.

*SPD – PDS. Zwischen Abgrenzung und Annäherung.* Das Jahr 1994. Mit einem Anhang: Integraler Sozialismus. Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht von Michael Franzke. Hrsg. im Auftrag des Politikwissenschaftlichen Arbeitskreises des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V. Leipzig 1995. 134 S.

## Buchveröffentlichungen

*Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V.* Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

*Rußland und Europa.* Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig, des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V. hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

»Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig 1995. 262 S.